

376 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VIII. GP.

11. 1. 1958.

Regierungsvorlage.

**Abkommen zwischen der Republik Österreich und der
Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der
Internationalen Atomenergie-Organisation**

國際原子能總署與奧地利共和國
關於國際原子能總署總部之協定

**Agreement between the Republic of Austria and the International
Atomic Energy Agency regarding the Headquarters of the
International Atomic Energy Agency**

**Accord entre la République d'Autriche et l'Agence internationale
de l'énergie atomique relatif au siège de l'Agence internationale
de l'énergie atomique**

**Соглашение между Австрийской Республикой и Международным
Агентством по Атомной Энергии о Центральных учреждениях Между-
народного Агентства по Атомной Энергии**

**Acuerdo entre la República de Austria
y el Organismo Internacional de Energía Atómica
relativo a la Sede del Organismo Internacional de Energía Atómica**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Die Republik Österreich
und

die Internationale Atomenergie-Organisation

haben, in dem Wunsche, ein Abkommen über die Errichtung des Sitzes der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien oder in der Umgebung von Wien sowie über die Regelung der sich in diesem Zusammenhang ergebenden Fragen zu schließen, zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

der Bundespräsident der Republik Österreich:

DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl,
Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten,

sowie

die Internationale Atomenergie-Organisation:

W. Sterling Cole,
Generaldirektor,

die wie folgt übereingekommen sind:

ARTIKEL I

Begriffsbestimmungen

Abschnitt 1

In diesem Abkommen sind zu verstehen:

- a) unter dem Begriff die „IAEO“, die Internationale Atomenergie-Organisation;
- b) unter dem Begriff „Regierung“, die Bundesregierung der Republik Österreich;
- c) unter dem Begriff „Generaldirektor“, der Generaldirektor der IAEO oder jeder Funktionär, der beauftragt ist, in seinem Namen zu handeln;
- d) unter dem Begriff „zuständige österreichische Behörden“, die Bundes-, Landes-, Gemeinde- oder sonstigen Behörden der Republik Österreich, die je nach dem Zusammenhang und gemäß

den in der Republik Österreich geltenden Gesetzen und Übungen zuständig sind;

e) unter dem Begriff „Gesetze der Republik Österreich“ insbesondere:

- (i) die Verfassungen des Bundes und der Länder; und
- (ii) gesetzgeberische Akte, Verordnungen und Durchführungsverordnungen, die von der Regierung, von den zuständigen österreichischen Behörden oder in deren Namen ausgehen;

f) unter dem Begriff „Amtssitzbereich“:

- (i) das Gelände des Amtssitzes mit dem darauf befindlichen Gebäude oder den darauf befindlichen Gebäuden, wie es jeweils in den im Abschnitt 3 vorgesehenen Zusatzabkommen näher umschrieben wird; und
- (ii) jedes sonstige Grundstück oder Gebäude, welches jeweils auf Grund des vorliegenden Abkommens oder eines Zusatzabkommens mit der Regierung zu diesem Bereich vorübergehend oder ständig zugehörig anzusehen ist;

g) unter dem Begriff „Mitgliedstaat“, ein Staat, der Mitglied der IAEO ist;

h) unter dem Begriff „Gouverneur“, jeder in den Gouverneursrat der IAEO berufene Gouverneur;

i) unter dem Begriff „Stellvertreter eines Gouverneurs sowie Gouverneuren beigegebene Berater bzw. Sachverständige“, Stellvertreter der Gouverneure und den Gouverneuren beigegebene Berater und Sachverständige, jedoch nicht Kanzlei- und sonstiges Hilfspersonal;

j) unter dem Begriff „ständiger Vertreter bei der IAEO“, der von einem Mitgliedstaat bei der IAEO bestellte leitende ständige Vertreter;

4

k) unter dem Begriff „Angehöriger der ständigen Vertretung eines Mitgliedstaates bei der IAEO“, jeweils die Angehörigen der Delegation des ständigen Vertreters bei der IAEO, jedoch nicht das Kanzlei- und sonstige Hilfspersonal;

l) unter dem Begriff „Vertreter der Mitgliedstaaten“, beglaubigte Vertreter der Mitgliedstaaten und die Angehörigen ihrer Delegationen, jedoch nicht das Kanzlei- und sonstige Hilfspersonal;

m) unter dem Begriff „von der IAEO einberufene Tagungen“, alle Tagungen der Generalkonferenz der IAEO oder des Gouverneursrats der IAEO sowie alle von der IAEO oder über ihre Veranlassung einberufenen internationalen Konferenzen oder sonstigen Zusammenkünfte;

n) unter dem Begriff „Archive der IAEO“, insbesondere Aufzeichnungen und Schriftverkehr, Schriftstücke und Manuskripte, photographische Aufnahmen und Filmaufnahmen, Filme und Tonaufnahmen, die im Eigentum oder Besitz der IAEO stehen;

o) unter dem Begriff „Angestellte der IAEO“, der Generaldirektor und alle Angehörigen des Personals der IAEO mit Ausnahme des an Ort und Stelle aufgenommenen und nach Stundenlohn bezahlten Personals;

p) unter dem Begriff „Eigentum“ im Sinne des Artikels VIII alles Eigentum einschließlich Kapitalien und andere Vermögenswerte, die Eigentum der IAEO sind oder in Durchführung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben in ihrer Innehabung oder in ihrer Verwaltung stehen, sowie alle Einkünfte der IAEO.

ARTIKEL II

Amtssitzbereich

Abschnitt 2

a) Der ständige Amtssitz der IAEO befindet sich im Amtssitzbereich. Er kann von dort nur über Beschluß der IAEO verlegt werden. Eine zeitweilige Verlegung des Amtssitzes an einen anderen Ort soll nicht als Verlegung des ständigen Amtssitzes gelten, wenn nicht ein ausdrücklicher Beschluß der IAEO vorliegt.

b) Jedes Gebäude, das mit Zustimmung der Regierung für Tagungen verwendet wird, die von der IAEO einberufen werden, wird vorübergehend in den Amtssitzbereich einbezogen.

c) Die zuständigen österreichischen Behörden werden alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um zu gewährleisten, daß der IAEO nicht ohne ihre ausdrückliche Zustimmung der Besitz eines Teiles des Amtssitzbereiches oder des gesamten Amtssitzbereiches entzogen wird.

Abschnitt 3

Die Regierung gewährt der IAEO und die IAEO nimmt von der Regierung die Befugnis entgegen, einen Amtssitzbereich, wie er jeweils in zwischen der Regierung und der IAEO abzuschließenden Zusatzabkommen näher umschrieben wird, zu beziehen und ständig zu benützen.

Abschnitt 4

a) Um der IAEO die Einschaltung in das Kurzwellennetz der Vereinten Nationen zu ermöglichen, wird die Regierung der IAEO über Ersuchen für amtliche Zwecke geeignete Funk- und sonstige Fernmeldeanlagen entsprechend technischen Abmachungen, die mit dem Weltnachrichtenverein zu treffen sind, bewilligen.

b) Die IAEO kann zusätzliche Funk- und sonstige Fernmeldeanlagen errichten und betreiben, die in einem Zusatzabkommen zwischen den zuständigen österreichischen Behörden und der IAEO näher bezeichnet werden.

Abschnitt 5

Die IAEO kann Forschungs- und andere technische Einrichtungen jeder Art errichten und betreiben. Diese Einrichtungen unterliegen den entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, die für Einrichtungen, durch welche Gefahren für Gesundheit und Sicherheit oder Einwirkungen auf Vermögen entstehen können, mit den zuständigen österreichischen Behörden einvernehmlich festzulegen sind.

Abschnitt 6

Die in den Abschnitten 4 und 5 vorgesehenen Einrichtungen können, soweit dies für ihren ordentlichen Betrieb erforderlich ist, außerhalb des Amtssitzbereiches errichtet und betrieben werden. Die zuständigen österreichischen Behörden werden über Ersuchen der IAEO, gemäß den in einem Zusatzabkommen zu vereinbarenden Bestimmungen und Modalitäten, für den Erwerb oder die Benützung entsprechender Räumlichkeiten durch die IAEO für derartige Zwecke und für die Einbeziehung derselben in den Amtssitzbereich Vorsorge treffen.

ARTIKEL III

Exterritorialität des Amtssitzbereiches

Abschnitt 7

a) Die Regierung anerkennt die Exterritorialität des Amtssitzbereiches, der nach den Bestimmungen dieses Abkommens der Aufsicht und Verfügungsgewalt der IAEO unterworfen ist.

b) Soweit in diesem Abkommen nicht anders vorgesehen und vorbehaltlich allfälliger gemäß Abschnitt 8 erlassener Vorschriften, gelten inner-

halb des Amtssitzbereiches die Gesetze der Republik Österreich.

c) Soweit in diesem Abkommen nicht anders vorgesehen, sind die innerhalb des Amtssitzbereiches gesetzten Handlungen und vorgenommenen Rechtsgeschäfte der Jurisdiktion der Gerichte oder sonst zuständigen Organe der Republik Österreich auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen unterworfen.

Abschnitt 8

a) Die IAEO ist befugt, für den Amtssitzbereich geltende Vorschriften zu erlassen, um darin alle für die vollständige Wahrnehmung ihrer Funktionen notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Gesetze der Republik Österreich, welche mit einer von der IAEO im Rahmen dieses Abschnittes erlassenen Vorschrift unvereinbar sind, sind in dem Ausmaß, in dem eine solche Unvereinbarkeit gegeben ist, für den Amtssitzbereich nicht anwendbar. Jede Meinungsverschiedenheit zwischen der Republik Österreich und der IAEO darüber, ob eine Vorschrift der IAEO als im Rahmen des vorliegenden Abschnittes erlassen erscheint oder ob ein Gesetz der Republik Österreich mit einer im Rahmen dieses Abschnittes erlassenen Vorschrift der IAEO unvereinbar ist, ist unverzüglich nach dem in Abschnitt 51 vorgesehenen Verfahren beizulegen. Bis zu einer solchen Beilegung bleibt die Vorschrift der IAEO in Geltung und das Gesetz der Republik Österreich ist in dem Ausmaß für den Amtssitzbereich nicht anwendbar, als von der IAEO seine Unvereinbarkeit mit der Vorschrift der IAEO behauptet wird.

b) Die IAEO wird die Regierung erforderlichenfalls von Zeit zu Zeit über die von ihr gemäß Unterabschnitt a) erlassenen Vorschriften unterrichten.

c) Dieser Abschnitt steht der angemessenen Anwendung der Feuerschutz- bzw. Gesundheitsvorschriften der zuständigen österreichischen Behörden nicht entgegen.

Abschnitt 9

a) Der Amtssitzbereich ist unverletzlich. Kein Funktionär oder Beamter der Republik Österreich noch irgendeine in der Republik Österreich Hoheitsrechte ausübende Person darf den Amtssitzbereich betreten, um dort dienstliche Weisungen auszuführen, außer mit Zustimmung des Generaldirektors und unter den von ihm festgelegten Bedingungen. Gerichtliche Vollzugshandlungen, einschließlich der Beschlagnahme privaten Eigentums, dürfen im Amtssitzbereich nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Generaldirektors und unter den von ihm festgelegten Bedingungen stattfinden.

b) Die IAEO wird, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels XI, verhindern, daß der

Amtssitzbereich Personen als Zuflucht dient, die sich der Verhaftung auf Grund eines Gesetzes der Republik Österreich entziehen wollen, die die Regierung an ein anderes Land ausliefern will oder die gerichtlichen Vollzugshandlungen zu entgehen versuchen.

ARTIKEL IV

Schutz des Amtssitzbereiches

Abschnitt 10

a) Die zuständigen österreichischen Behörden werden entsprechend Vorsorge treffen, um zu gewährleisten, daß die Ruhe im Amtssitzbereich nicht durch Personen oder Personengruppen gestört wird, die ihn ohne Erlaubnis zu betreten versuchen oder in der unmittelbaren Umgebung des Amtssitzbereiches Unruhe stiften; sie wird ferner an den Grenzen des Amtssitzbereiches den zu diesem Zweck erforderlichen Polizeischutz beistellen.

b) Wenn dies vom Generaldirektor gewünscht wird, so werden die zuständigen österreichischen Behörden eine ausreichende Zahl von Polizisten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Amtssitzbereich beistellen.

Abschnitt 11

Die zuständigen österreichischen Behörden werden entsprechende Vorkehrungen treffen, um zu gewährleisten, daß die mit dem Amtssitzbereich verbundenen Annehmlichkeiten nicht beeinträchtigt werden und die Aufgaben, denen der Amtssitzbereich dient, nicht durch die Verwendung der Grundstücke oder der Gebäude in der Umgebung desselben erschwert werden. Die IAEO wird ihrerseits entsprechende Vorkehrungen treffen, um zu gewährleisten, daß die mit den Grundstücken in der Umgebung des Amtssitzbereiches verbundenen Annehmlichkeiten nicht durch die Verwendung des Geländes oder der Gebäude des Amtssitzbereiches beeinträchtigt werden.

ARTIKEL V

Öffentliche Leistungen im Amtssitzbereich

Abschnitt 12

a) Die zuständigen österreichischen Behörden werden in dem vom Generaldirektor erbetenen Ausmaß ihre Befugnisse dahingehend geltend machen, daß für den Amtssitzbereich die notwendigen öffentlichen Einrichtungen und Leistungen einschließlich Elektrizität, Wasser, Kanalisierung, Gas, Post, Telephon, Telegraph, örtliche Verkehrsmittel, Entwässerungen, Müllabfuhr, Feuerschutz und Schneefuhr von öffentlichen Fahrbahnen, ohne daß jedoch dieser Aufzählung einschränkende Wirkung zukommen soll, zu angemessenen Bedingungen beigestellt werden.

b) Im Falle einer Unterbrechung oder drohenden Unterbrechung solcher Leistungen werden die zuständigen österreichischen Behörden dem Bedarf der IAEO gleiche Bedeutung zumessen wie dem der wichtigsten Regierungsämter und dementsprechende Maßnahmen treffen, um zu gewährleisten, daß die Arbeit der IAEO keine Beeinträchtigung erfährt.

c) Der Generaldirektor wird über Ersuchen die erforderlichen Vorkehrungen treffen, um den gehörig bevollmächtigten Vertretern der zuständigen öffentlichen Einrichtungen zu ermöglichen, die Anlagen, Leitungen, Netze und Kanalanlagen im Amtssitzbereich zu überprüfen, instandzusetzen, instandzuhalten, wiederherzustellen oder zu verlegen, und zwar in einer Weise, daß dadurch die Durchführung der Aufgaben der IAEO nicht über Gebühr gestört wird.

d) Soweit die Gas-, Strom-, Wasser- oder Wärmezufuhr von den zuständigen österreichischen Behörden bewerkstelligt wird oder die bezüglichen Tarife unter deren Kontrolle stehen, ist die IAEO zu Tarifen zu beliefern, die nicht höher sein dürfen als die niedrigsten, vergleichbaren, der österreichischen staatlichen Verwaltung eingeräumten Sätze.

ARTIKEL VI

Nachrichtenverkehr und Transportmittel

Abschnitt 13

Soweit dies mit internationalen Verträgen, Regelungen und Übereinkommen, die für die Regierung verbindlich sind, vereinbar ist, genießt die IAEO für ihren amtlichen Nachrichtenverkehr keine weniger vorteilhafte Behandlung, als sie von der Regierung irgendeiner anderen Organisation oder Regierung einschließlich deren diplomatischen Vertretungsbehörden hinsichtlich der Priorität und Gebührensätze für Postsendungen, Telegramme auf dem Draht- und Funkweg und Bildtelegramme, Fernsehen, Telefon und andere Arten der Nachrichtenübermittlung sowie in bezug auf Pressetarife für Mitteilungen an Presse und Rundfunk gewährt werden.

Abschnitt 14

Die IAEO ist berechtigt, für ihre amtlichen Zwecke das Eisenbahnnetz der Regierung zu Tarifen zu benutzen, die nicht höher sein dürfen als die niedrigsten, vergleichbaren, der österreichischen staatlichen Verwaltung für Personen- und Frachtbeförderung eingeräumten Sätze.

Abschnitt 15

a) Die amtlichen Mitteilungen, die an die IAEO oder einen ihrer Angestellten im Amtssitzbereich gerichtet sind, sowie die von der IAEO abgehenden amtlichen Mitteilungen, auf welchem Wege

und in welcher Form immer sie übermittelt werden, unterliegen keiner Zensur und dürfen auch sonst nicht abgefangen oder in ihrem vertraulichen Charakter verletzt werden. Diese Immunität erstreckt sich — ohne daß jedoch dieser Aufzählung einschränkende Wirkung zukommen soll — auf Veröffentlichungen, photographische Aufnahmen, Filmaufnahmen, Filme und Tonaufnahmen.

b) Die IAEO ist befugt, Codes zu benutzen und ihre Briefe und sonstigen amtlichen Mitteilungen durch Kuriere oder versiegelt abzusenden und zu empfangen; auf diese finden dieselben Privilegien und Immunitäten Anwendung wie auf diplomatische Kuriere und Sendungen.

ARTIKEL VII

Rechtspersönlichkeit, Versammlungsfreiheit und Veröffentlichungsfreiheit

Abschnitt 16

Die Regierung anerkennt die Rechtspersönlichkeit der IAEO und im besonderen ihre Fähigkeit:

- a) Verträge zu schließen;
- b) bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben und darüber zu verfügen; und
- c) gerichtliche Verfahren anhängig zu machen.

Abschnitt 17

a) Die Regierung anerkennt das Recht der IAEO, in ihrem Amtssitzbereich oder, mit ihrer Zustimmung oder mit Zustimmung irgendwelcher von ihr bezeichneten zuständigen österreichischen Behörden, sonstwo in der Republik Österreich Tagungen einzuberufen.

b) Um die Versammlungs- und Redefreiheit in vollem Umfange zu gewährleisten, wird die Regierung alle geeigneten Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß der Durchführung der von der IAEO einberufenen Tagungen kein Hindernis in den Weg gelegt wird.

Abschnitt 18

a) Die Regierung anerkennt das Recht der IAEO, innerhalb der Republik Österreich für die in ihrer Satzung näher bezeichneten Zwecke unbehindert Veröffentlichungen durch Druckwerke und Rundfunk vorzunehmen.

b) Es besteht jedoch Einverständnis darüber, daß die IAEO auf Gesetze der Republik Österreich oder auf internationale Verträge, denen die Republik Österreich angehört, die das Urheberrecht betreffen, Bedacht nehmen wird.

ARTIKEL VIII

Eigentum der IAEO und Steuerfreiheit

Abschnitt 19

Die IAEO und ihr Eigentum, wo immer es liegt und in wessen Händen es sich befindet, ist

von jeglicher Jurisdiktion befreit, es sei denn, daß die IAEO in einem besonderen Fall ausdrücklich auf ihre Immunität verzichtet hat. Es besteht jedoch Einverständnis, daß der Verzicht sich nicht auf Zwangsvollstreckungsmaßnahmen erstrecken kann.

Abschnitt 20

Das Eigentum der IAEO, wo immer es liegt und in wessen Händen es sich befindet, ist vor jeder Durchsuchung, Requisition, Beschlagnahme, Enteignung oder sonstigen Form von Zwangsmaßnahmen der Vollzugs-, Verwaltungs-, Gerichts- oder gesetzgebenden Behörden geschützt.

Abschnitt 21

Die Archive der IAEO sind unverletzlich, wo immer sie sich befinden.

Abschnitt 22

a) Die IAEO und ihr Eigentum sind von jeder Form der Besteuerung befreit; eine solche Steuerbefreiung bezieht sich jedoch nicht auf den Eigentümer oder Bestandgeber des von der IAEO in Bestand genommenen Eigentums.

b) Sofern die Regierung aus wichtigen verwaltschaftlichen Erwägungen außerstande sein sollte, der IAEO Befreiung von indirekten Steuern zu gewähren, die einen Teil der Kosten von Waren oder Dienstleistungen darstellen, die von der IAEO gekauft bzw. für sie erbracht wurden, wird die Regierung der IAEO für solche Steuern durch Bezahlung von Pauschalbeträgen, die von der Regierung und der IAEO einverständlich festgelegt werden, von Zeit zu Zeit Rückerstattung leisten. Es besteht jedoch Einverständnis darüber, daß die IAEO in bezug auf kleinere Käufe keine Rückerstattung fordern wird. Im bezug auf diese Steuern wird die IAEO jederzeit zumindest die gleichen Befreiungen und Erleichterungen genießen, die der österreichischen staatlichen Verwaltung oder den bei der Republik Österreich beglaubigten Leitern diplomatischer Vertretungsbehörden gewährt werden, je nachdem, welche günstiger sind. Es besteht jedoch weiters Einverständnis darüber, daß die IAEO nicht Befreiung von solchen Steuern fordern wird, die tatsächlich nur ein Entgelt für öffentliche Leistungen darstellen.

c) Unbeschadet der Bestimmungen von Unterabschnitt b) sind alle Rechtsgeschäfte, an denen die IAEO beteiligt ist, und alle Urkunden über solche von allen Abgaben, insbesondere Beurkundungs- und Gerichtsgebühren, befreit.

d) Gegenstände, die von der IAEO für amtliche Zwecke ein- oder ausgeführt werden, sind von Zollgebühren und anderen Abgaben, Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit. Darunter fallen, ohne daß jedoch dieser

Aufzählung einschränkende Wirkung zukommen soll, wissenschaftliche und industrielle Anlagen, Einrichtungen und Materialien aller Art.

e) Die IAEO ist hinsichtlich der Einfuhr von Dienstwagen und Ersatzteilen für diese, soweit sie für ihren amtlichen Gebrauch benötigt werden, von Zollgebühren und sonstigen Abgaben, Verboten und Beschränkungen befreit.

f) Die Regierung wird über Ersuchen Zuteilungen von Benzin oder anderen Treibstoffen und Schmierölen für jeden derartigen von der IAEO betriebenen Wagen in den Mengen vornehmen, die für deren Betrieb erforderlich sind, und zwar zu jenen Sondersätzen, die für diplomatische Vertretungsbehörden in der Republik Österreich gelten.

g) Die gemäß Unterabschnitten d) und e) eingeführten oder gemäß Unterabschnitt f) dieses Abschnittes von der Regierung bezogenen Gegenstände dürfen von der IAEO in der Republik Österreich nur unter mit der Regierung vereinbarten Bedingungen verkauft werden.

ARTIKEL IX

Finanzielle Erleichterungen

Abschnitt 23

a) Die IAEO kann, ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Vorschriften oder Moratorien unterworfen zu sein, unbehindert:

- (i) jegliche Zahlungsmittel auf gesetzlich zulässigem Wege erwerben, besitzen und über sie verfügen;
- (ii) über Guthaben in jeder beliebigen Währung verfügen;
- (iii) Kapitalien, Wertpapiere und Gold auf gesetzlich zulässigem Wege erwerben, besitzen und darüber verfügen;
- (iv) ihre Kapitalien, Wertpapiere, Gold und Zahlungsmittel in die Republik Österreich oder aus der Republik Österreich, in jedes Land oder aus jedem Land oder innerhalb der Republik Österreich transferieren; und
- (v) sich durch Nutzung ihrer Kreditfähigkeit oder auf eine andere ihr wünschenswert erscheinende Weise Kapitalien beschaffen, jedoch mit der Maßgabe, daß für die Beschaffung von Kapitalien in der Republik Österreich die IAEO die Zustimmung der Regierung einzuholen hat.

b) Die Regierung wird der IAEO behilflich sein, bei Umwechslungen und ähnlichen Transaktionen hinsichtlich der Wechselkurse und Bankprovisionen möglichst günstige Bedingungen zu erzielen.

c) Die IAEO wird bei Ausübung ihrer Rechte im Rahmen dieses Abschnittes den von der Regierung erhobenen Vorstellungen gebührend

Rechnung tragen, soweit solchen Vorstellungen ohne Beeinträchtigung der Interessen der IAEO Folge gegeben werden kann.

ARTIKEL X

Sozialversicherung und Pensionsfonds

Abschnitt 24

Jeder von der IAEO eingerichtete oder unter ihrer Aufsicht geführte Pensions- oder Fürsorgefonds genießt in der Republik Österreich über Antrag der IAEO Rechtsfähigkeit, und es gelten für ihn die gleichen Befreiungen, Immunitäten und Privilegien wie für die IAEO selbst.

Abschnitt 25

Die IAEO ist von jeder Beitragspflicht an eine Sozialversicherungseinrichtung der Republik Österreich befreit, und die Angestellten der IAEO werden von der Regierung nicht verhalten, solchen Einrichtungen anzugehören.

Abschnitt 26

Die Regierung trifft die gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen, um es jedem Angestellten der IAEO, der an Sozialversicherungseinrichtungen der IAEO nicht teil hat, über Ersuchen der IAEO zu ermöglichen, einer Sozialversicherungseinrichtung der Republik Österreich beizutreten. Die IAEO hat unter zu vereinbarenden Bedingungen, soweit als möglich, Vorsorge dafür zu treffen, daß die an Ort und Stelle aufgenommenen Angehörigen ihres Personals, denen sie nicht einen Sozialversicherungsschutz zuteil werden läßt, der dem nach österreichischem Recht gewährten zumindest gleichwertig ist, Mitglieder einer österreichischen Sozialversicherungseinrichtung werden können.

ARTIKEL XI

Einreise, Ausreise, Durchreise und Aufenthalt

Abschnitt 27

a) Die Regierung wird alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um den nachstehend angeführten Personen die Einreise nach und den Aufenthalt in Österreich zu erleichtern, und wird ihrer Ausreise aus österreichischem Gebiet keine Hindernisse in den Weg legen und dafür sorgen, daß sie bei ihren Reisen zum und vom Amtssitzbereich nicht behindert werden, sowie ihnen während der Reise jeden erforderlichen Schutz zuteil werden lassen:

- (i) Gouverneuren, deren Stellvertretern und Gouverneuren beigegebenen Beratern und Sachverständigen, ständigen Vertretern und Angehörigen der ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten bei der IAEO, deren Familien und sonstigen Haushaltsangehörigen sowie dem dem Mitarbeiterstabe der Gouverneure oder ständigen Vertreter angehörigen Kanzlei- und anderen Hilfspersonal und den Ehegatten und unterhaltsberechtigten Kindern dieses Personals;

(ii) Vertretern der Mitgliedstaaten, deren Familien und sonstigen Haushaltsangehörigen sowie dem den Delegationen der Mitgliedstaaten angehörigen Kanzlei- und anderen Hilfspersonal und den Ehegatten und unterhaltsberechtigten Kindern dieses Personals;

- (iii) Angestellten der IAEO, deren Familien und sonstigen Haushaltsangehörigen;
- (iv) Angestellten der Vereinten Nationen oder einer anderen mit der IAEO gemäß Artikel XVI. A. ihrer Satzung in Verbindung gebrachten Organisation, die bei der IAEO amtlichen Obliegenheiten zu genügen haben, sowie deren Ehegatten und unterhaltsberechtigten Kindern;

(v) Vertretern anderer Organisationen, mit denen die IAEO zur Konsultation Verbindung aufgenommen hat, wenn diese bei der IAEO amtlichen Obliegenheiten zu genügen haben;

- (vi) Personen, die keine Angestellten der IAEO sind und die Aufträge ausführen, zu denen sie von der IAEO ermächtigt wurden, oder in Ausschüssen oder sonstigen Hilfsorganen der IAEO arbeiten, sowie deren Ehegatten;
- (vii) Vertretern von Presse, Rundfunk, Film, Fernsehen oder anderen Informationsdiensten, die bei der IAEO nach deren Ermessen im Einvernehmen mit der Regierung beglaubigt wurden;

(viii) Vertretern von Staaten, die nicht Mitglieder der IAEO sind, die gemäß den von der IAEO festgelegten Vorschriften zu den von der IAEO abgehaltenen Tagungen als Beobachter entsandt wurden; und

- (ix) Vertretern anderer Organisationen und anderen Personen, die von der IAEO in amtlicher Eigenschaft in den Amtssitzbereich eingeladen werden. Der Generaldirektor hat der Regierung die Namen dieser Personen vor der beabsichtigten Einreise bekanntzugeben.

b) Dieser Abschnitt findet bei einer allgemeinen Störung der Verkehrseinrichtungen, in welchem Falle gemäß Abschnitt 12, Unterabschnitt b), vorzugehen ist, keine Anwendung und beeinträchtigt nicht die Wirksamkeit der allgemein gültigen gesetzlichen Bestimmungen über den Betrieb von Verkehrsmitteln.

c) Die von den in diesem Abschnitt angeführten Personen benötigten Sichtvermerke werden kostenlos und so rasch als möglich erteilt.

- (x) Die von den in diesem Abschnitt angeführten Personen benötigten Sichtvermerke werden kostenlos und so rasch als möglich erteilt.

d) Eine von einer in diesem Abschnitt angeführten Person in ihrer amtlichen Eigenschaft für die IAEO gemäß Unterabschnitt a) ausgeübte Tätigkeit stellt keinen Grund dar, sie an der Einreise in das oder an der Ausreise aus dem Gebiet der Republik Österreich zu hindern oder sie zu verhalten, deren Gebiet zu verlassen.

e) Eine in Unterabschnitt a) angeführte Person darf von der Regierung nicht zum Verlassen der Republik Österreich verhalten werden, außer bei Vorliegen eines Mißbrauches des Rechtes auf Aufenthalt, in welchem Falle das folgende Verfahren anzuwenden ist:

- (i) Die Einleitung eines Verfahrens mit dem Ziele, eine solche Person zum Verlassen der Republik Österreich zu verhalten, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten der Republik Österreich.
- (ii) Handelt es sich hierbei um einen Vertreter eines Mitgliedstaates, dann darf diese Zustimmung nur nach Rücksprache mit der Regierung des betreffenden Mitgliedstaates erteilt werden;
- (iii) Handelt es sich um eine andere in Unterabschnitt a) genannte Person, dann darf diese Zustimmung nur nach Rücksprache mit dem Generaldirektor erteilt werden. Wird ein Ausweisungsverfahren gegen eine solche Person eingeleitet, hat der Generaldirektor das Recht, bei einem solchen Verfahren neben der Person, gegen die es eingeleitet wird, zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden; und
- (iv) Personen, die gemäß den Abschnitten 30, 31 oder 39 auf diplomatische Privilegien und Immunitäten Anspruch haben, dürfen nur entsprechend dem gegenüber Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden üblichen Verfahren zum Verlassen der Republik Österreich verhalten werden.

f) Dieser Abschnitt steht dem nicht entgegen, einen ausreichenden Nachweis dafür zu verlangen, daß die Personen, die die auf Grund dieses Abschnittes eingeräumten Rechte beanspruchen, unter die in Unterabschnitt a) angegebenen Kategorien fallen, beziehungsweise die angemessene Anwendung von Quarantäne und Gesundheitsvorschriften zu fordern.

Abschnitt 28

Die zuständigen österreichischen Behörden und der Generaldirektor setzen sich über Antrag eines Teiles hinsichtlich der Methoden ins Benehmen, die angewandt werden sollen, um aus

dem Ausland kommenden Personen, die sich in den Amtssitzbereich zu begeben wünschen und die in Abschnitt 27 vorgesehenen Privilegien nicht genießen, die Einreise nach Österreich und die Benützung der vorhandenen Verkehrsmittel zu erleichtern.

ARTIKEL XII

Ständige Vertretungen bei der IAEO

Abschnitt 29

Die ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten bei der IAEO genießen die gleichen Privilegien und Immunitäten, wie sie diplomatischen Vertretungsbehörden in der Republik Österreich eingeräumt werden.

ARTIKEL XIII

Gouverneure und ständige Vertreter bei der IAEO

Abschnitt 30

Jeder Gouverneur und ständige Vertreter bei der IAEO hat in der Republik Österreich auf die gleichen Privilegien und Immunitäten Anspruch, die die Regierung den bei der Republik Österreich beglaubigten Leitern diplomatischer Vertretungsbehörden einräumt.

Abschnitt 31

Vertreter von Gouverneuren und jeder einem Gouverneur beigegebene Berater und Sachverständige sowie Mitglieder ständiger Vertretungen von Mitgliedstaaten bei der IAEO haben auf die gleichen Privilegien und Immunitäten Anspruch, die die Regierung Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden einräumt.

Abschnitt 32

Dem Kanzlei- und sonstigen Hilfspersonal, das dem Personal eines Gouverneurs oder einer ständigen Vertretung eines Mitgliedstaates angehört, werden die gleichen Privilegien und Immunitäten wie dem Kanzlei- und sonstigen Hilfspersonal diplomatischer Vertretungsbehörden eingeräumt.

ARTIKEL XIV

Vertreter bei der IAEO

Abschnitt 33

Vertreter der Mitgliedstaaten bei von der IAEO einberufenen Tagungen genießen unbeschadet etwaiger anderer ihnen während der Ausübung ihrer Funktionen und auf ihren Reisen zum und vom Amtssitzbereich zustehender Privilegien und Immunitäten in und gegenüber

10

der Republik Österreich folgende Privilegien und Immunitäten:

- a) Schutz für ihre Person, ihre Ehegatten und ihre unterhaltsberechtigten Kinder vor persönlicher Verhaftung oder Anhaltung und vor Beschlagnahme ihres privaten und Dienstgepäcks;
- b) Befreiung von jeglicher Jurisdiktion in bezug auf die von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und in bezug auf alle von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen solche Funktionen nicht mehr ausüben;
- c) Unverletzlichkeit aller Schriftstücke, Dokumente und sonstigen amtlichen Materials;
- d) das Recht, Codes zu benutzen und Schriftstücke, Dokumente und anderes amtliches Material durch Kurier oder versiegelt abzusenden oder zu empfangen;
- e) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Ausländerregistrierung und vom nationalen Dienst für sich selbst, ihre Ehegatten, ihre unterhaltsberechtigten Verwandten und andere Haushaltsangehörige;
- f) den gleichen Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst, ihre Ehegatten, ihre unterhaltsberechtigten Verwandten und andere Haushaltsangehörige, wie sie Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden;
- g) die gleichen Privilegien in bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie die Regierung den Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission einräumt; und
- h) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen in bezug auf ihr privates und Dienstgepäck, wie sie die Regierung den Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden einräumt.

Abschnitt 34

Dem der Vertretung eines Mitgliedstaates angehörigen Kanzlei- und sonstigen Hilfspersonal werden die gleichen Privilegien und Immunitäten wie dem Kanzlei- und sonstigen Hilfspersonal diplomatischer Vertretungsbehörden eingeräumt.

Abschnitt 35

In jenen Fällen, in denen der Anfall irgendeiner Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, während derer die in Abschnitt 33 genannten Personen sich in der Republik Österreich zur Erfüllung ihrer Aufgaben aufhalten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen. Diese Personen sind insbesondere von der Steuerzahlung für ihre Gehälter und Bezüge während eines derartigen Dienstzeitraumes sowie von allen Fremdenverkehrsabgaben befreit.

Abschnitt 36

Die auf Grund dieses Artikels sowie des Artikels XIII eingeräumten Privilegien und Immunitäten werden den Betreffenden nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um die unabhängige Ausübung ihrer Pflichten im Rahmen der IAEO zu gewährleisten. Demzufolge obliegt einem Mitgliedstaat, die Immunität seiner Vertreter in jedem Falle aufzuheben, in dem nach Beurteilung des Mitgliedstaates die Immunität den Lauf der Gerechtigkeit hemmen würde und in dem sie ohne Nachteil für die Zwecke, für die sie gewährt wurde, aufgehoben werden kann.

Abschnitt 37

a) Die IAEO wird der Regierung eine Liste der unter die Bestimmungen dieses Artikels und des Artikels XIII fallenden Personen übermitteln und diese nach Bedarf von Zeit zu Zeit revidieren.

b) Die Regierung wird den in Artikel XIII genannten und, falls erforderlich, auch anderen Personen einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, ausstellen. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber allen österreichischen Behörden.

ARTIKEL XV

Angestellte der IAEO

Abschnitt 38

Angestellte der IAEO genießen in und gegenüber der Republik Österreich folgende Privilegien und Immunitäten:

- a) Befreiung von jeglicher Jurisdiktion in bezug auf die von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und in bezug auf alle von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gesetzten Handlungen, wobei diese Befreiung auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr Angestellte der IAEO sind;

- b) Schutz vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks;
- c) Schutz vor Durchsuchung des Dienstgepäcks und, falls der Angestellte unter Abschnitt 39 fällt, Schutz vor Durchsuchung des privaten Gepäcks;
- d) Befreiung von der Besteuerung der Gehälter, Bezüge und Vergütungen, die sie von der IAEO für gegenwärtige oder frühere Dienste oder in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit bei der IAEO erhalten;
- e) Befreiung von jeder Art Besteuerung von Einkommen, die aus Quellen außerhalb der Republik Österreich stammen;
- f) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen und von der Ausländerregistrierung für sich selbst, ihre Ehegatten, ihre unterhaltsberechtigten Verwandten und andere Haushaltsangehörige;
- g) Befreiung vom nationalen Dienst, jedoch mit der Maßgabe, daß sich diese Befreiung bei österreichischen Staatsbürgern auf jene Angestellten beschränkt, deren Namen im Hinblick auf ihre Obliegenheiten in einer vom Generaldirektor erstellten und von der Regierung gebilligten Liste aufscheinen, sowie mit der weiteren Maßgabe, daß im Falle der Einberufung anderer Angestellter zum nationalen Dienst, die österreichische Staatsbürger sind und auf dieser Liste nicht aufscheinen, die Regierung über Ersuchen des Generaldirektors für solche Angestellte einen zeitweiligen Aufschub der Einberufung, der zwecks Vermeidung der Unterbrechung wichtiger Arbeiten der IAEO notwendig sein könnte, einräumt;
- h) die Befugnis, in der Republik Österreich oder anderswo ausländische Wertpapiere, Guthaben in fremden Währungen und andere bewegliche und unbewegliche Vermögenswerte zu besitzen, sowie das Recht, bei Beendigung ihres Dienstverhältnisses bei der IAEO ohne Verbote oder Beschränkungen ihre Zahlungsmittel aus der Republik Österreich in der gleichen Währung und bis zu denselben Beträgen auszuführen, wie sie sie auf gesetzlich zulässigem Wege in die Republik Österreich eingeführt haben;
- i) der gleiche Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst, ihre Ehegatten, ihre unterhaltsberechtigten Verwandten und sonstige Haushaltsangehörige, wie sie Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden;
- j) das Recht, zum persönlichen Gebrauch steuer- und abgabefrei sowie frei von Einfuhrverboten und -beschränkungen folgendes einzuführen:
- (i) ihre Einrichtungsgegenstände und persönliche Habe in einem oder mehreren getrennten Transporten und danach die notwendigen Ergänzungen;
 - (ii) alle vier Jahre einen Kraftwagen; und
 - (iii) auf Grund eines zwischen der Regierung und der IAEO abzuschließenden Zusatzabkommens beschränkte Mengen bestimmter Artikel, die zum persönlichen Gebrauch und Verbrauch, jedoch nicht für Geschenk- oder Verkaufszwecke bestimmt sind.

Abschnitt 39

Neben den im Abschnitt 38 angeführten Privilegien und Immunitäten werden

- a) dem Generaldirektor die Privilegien und Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt, die Botschaftern, die Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden sind, eingeräumt werden;
- b) einem stellvertretenden Generaldirektor oder einem sonstigen höheren Angestellten der IAEO, während er den Generaldirektor in dessen Abwesenheit vom Dienst vertritt, die gleichen Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt, die dem Generaldirektor eingeräumt werden; und
- c) den stellvertretenden Generaldirektoren, denjenigen sonstigen Angehörigen des Personals, die den Dienstgrad P-5 oder einen höheren Dienstgrad besitzen, sowie jenen weiteren Kategorien von Angestellten, die vom Generaldirektor nach Rücksprache mit dem Gouverneursrat und mit Zustimmung der Regierung im Hinblick auf ihre verantwortliche Stellung in der IAEO namhaft gemacht werden, die gleichen Privilegien, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt, wie sie die Regierung den Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden einräumt.

Abschnitt 40

a) Die auf Grund dieses Artikels gewährten Privilegien und Immunitäten werden den Betreffenden im Interesse der IAEO und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil eingeräumt. Die Immunität von Angestellten der IAEO wird von der IAEO in jenen Fällen aufgehoben, in denen sie den Lauf der Gerechtigkeit hemmt und ohne Beeinträchtigung der Interessen der IAEO auf-

12

gehoben werden kann. In jedem Falle, in dem diese Privilegien und Immunitäten in Frage stehen, hat der betreffende Angestellte sofort an den Generaldirektor Bericht zu erstatten, der gegebenenfalls nach Rücksprache mit dem Gouverneursrat darüber entscheidet, ob sie aufgehoben werden sollen. Im Falle des Generaldirektors hat der Gouverneursrat das Recht, die Immunitäten aufzuheben.

b) Die IAEO und deren Angestellte werden jederzeit mit den zuständigen österreichischen Behörden zusammenarbeiten, um die ordnungsgemäße Vollziehung der Gesetze der Republik Österreich zu erleichtern und jeden Mißbrauch in Zusammenhang mit den im Rahmen dieses Artikels gewährten Privilegien und Immunitäten zu verhindern.

Abschnitt 41

a) Die IAEO wird der Regierung eine Liste aller Angestellten der IAEO übermitteln und diese nach Bedarf von Zeit zu Zeit revidieren.

b) Die Regierung wird den in diesem Artikel genannten Personen einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, ausstellen. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber allen österreichischen Behörden.

ARTIKEL XVI

Sachverständige, Mitglieder von Missionen und Ausschüssen der IAEO und Vertreter von Organisationen

Abschnitt 42

Sachverständige, soweit es sich nicht um solche handelt, die den Gouverneuren im Sinne des Artikels XIII beigegeben sind, oder soweit es sich nicht um Angestellte der IAEO im Sinne des Artikels XV handelt, die Aufträge ausführen, zu denen sie von der IAEO ermächtigt wurden, in Ausschüssen oder anderen Hilfsorganen der IAEO arbeiten oder mit der IAEO über deren Ersuchen in irgendeiner Weise Beratungen pflegen, und Vertreter von Organisationen, mit denen die IAEO gemäß Artikel XVI. A. ihrer Satzung Beziehungen hergestellt hat, oder Vertreter von Organisationen, die in amtlichen Obliegenheiten vom Gouverneursrat oder von der Generalkonferenz in den Amtssitzbereich eingeladen werden, genießen in und gegenüber der Republik Österreich die folgenden Privilegien und Immunitäten, soweit diese für die wirksame Ausübung ihrer Funktionen und auf ihren Reisen in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Rahmen solcher Aufträge, Ausschüsse oder anderer Hilfsorgane und während ihrer Anwesenheit im Amtssitzbereich und bei solchen Tagungen erforderlich sind:

- a) Schutz für ihre Person, ihre Ehegatten und ihre unterhaltsberechtigten Kinder vor persönlicher Verhaftung oder Anhaltung und vor Beschlagnahme ihres privaten und ihres Dienstgepäcks;
- b) Befreiung von jeglicher Jurisdiktion in bezug auf die von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und in bezug auf alle von ihnen in Ausübung ihrer amtlichen Funktionen gesetzten Handlungen, wobei dieser Schutz auch dann weiterbesteht, wenn die betreffenden Personen nicht mehr mit Aufträgen für die IAEO beschäftigt sind, in ihren Ausschüssen arbeiten oder als Berater für dieselbe tätig sind oder sich nicht mehr im Amtssitzbereich aufhalten oder den von der IAEO einberufenen Tagungen beiwohnen;
- c) Unverletzlichkeit aller Schriftstücke, Dokumente und sonstigen amtlichen Materials;
- d) das Recht, für den Nachrichtenverkehr mit der IAEO Codes zu benutzen und Schriftstücke, Dokumente und anderes amtliche Material durch Kurier oder versiegelt abzusenden oder zu empfangen;
- e) Befreiung von Einwanderungsbeschränkungen, von der Ausländerregistrierung und vom nationalen Dienst für sich selbst und ihre Ehegatten;
- f) den gleichen Schutz und die gleichen Repatriierungsmöglichkeiten für sich selbst, ihre Ehegatten, ihre unterhaltsberechtigten Verwandten und sonstige Haushaltsangehörige, wie sie Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden in Zeiten internationaler Krisen eingeräumt werden;
- g) die gleichen Privilegien in bezug auf Währungs- und Devisenbeschränkungen, wie sie den Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehender amtlicher Mission eingeräumt werden; und
- h) die gleichen Immunitäten und Erleichterungen in bezug auf ihr privates und ihr Dienstgepäck, wie sie die Regierung den Mitgliedern vergleichbaren Ranges des Personals der bei der Republik Österreich beglaubigten Leiter diplomatischer Vertretungsbehörden einräumt.

Abschnitt 43

a) In jenen Fällen, in denen der Anfall irgendeiner Steuer vom Aufenthalt abhängt, werden Zeiträume, während derer sich die in Abschnitt 42 genannten Personen in der Republik Österreich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf-

halten, nicht als Aufenthaltszeiträume angesehen. Diese Personen sind insbesondere von der Steuerzahlung für ihre von der IAEO empfangenen Gehälter und Bezüge während eines derartigen Dienstzeitraumes sowie von allen Fremdenverkehrsabgaben befreit.

b) Die auf Grund dieses Artikels gewährten Privilegien und Immunitäten werden den Betroffenen im Interesse der IAEO und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil eingeräumt. Die IAEO hebt die auf Grund dieses Artikels gewährte Immunität solcher Personen in jedem Fall auf, in dem die Immunität nach Ansicht der IAEO den Lauf der Gerechtigkeit hemmen würde und ohne Beeinträchtigung der Interessen der IAEO aufgehoben werden könnte.

Abschnitt 44

a) Die IAEO wird der Regierung eine Liste der unter die Bestimmungen dieses Artikels fallenden Personen übermitteln und diese nach Bedarf von Zeit zu Zeit revidieren.

b) Die Regierung wird den in diesem Artikel genannten Personen einen Identitätsausweis, der mit dem Lichtbild des Inhabers versehen ist, ausstellen. Dieser Ausweis dient zur Legitimierung des Inhabers gegenüber allen österreichischen Behörden.

ARTIKEL XVII

Laissez-passier

Abschnitt 45

Die Regierung anerkennt und akzeptiert an Angestellte der IAEO ausgestellte Laissez-passier der Vereinten Nationen als gültige Reisedokumente.

ARTIKEL XVIII

Allgemeine Bestimmungen

Abschnitt 46

Außer derjenigen völkerrechtlichen Verantwortlichkeit, die sich aus der Mitgliedschaft der Republik Österreich bei der IAEO ergeben könnte, erwächst der Republik Österreich aus der Tatsache, daß sich der Amtssitzbereich der IAEO innerhalb ihres Gebietes befindet, keine völkerrechtliche Verantwortlichkeit für Handlungen oder Unterlassungen der IAEO oder für Handlungen oder Unterlassungen der Angestellten der IAEO im Rahmen ihrer Funktionen.

Abschnitt 47

a) Falls es die Regierung für notwendig erachtet, unbeschadet der unabhängigen und ordnungsgemäßen Tätigkeit der IAEO Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit der Republik Österreich zu treffen, die die Wirksamkeit eines der Artikel dieses Abkommens beeinträchtigen, wird

sie so rasch, als es die Umstände erlauben, mit der IAEO Verbindung aufnehmen, um einvernehmlich diejenigen Maßnahmen festzusetzen, die erforderlich erscheinen, um die Interessen der IAEO zu schützen.

b) Die IAEO wird mit der Regierung das Einvernehmen pflegen, um jede aus ihrer Tätigkeit erwachsende Beeinträchtigung der Sicherheit der Republik Österreich zu vermeiden.

Abschnitt 48

a) Der Generaldirektor trifft alle Vorkehrungen dafür, daß mit den im Rahmen dieses Abkommens gewährten Privilegien oder Immunitäten kein Mißbrauch getrieben wird, und erläßt zu diesem Zweck mit Genehmigung des Gouverneursrates die für notwendig und zweckmäßig erachteten Richtlinien und Vorschriften für die Angestellten der IAEO und die anderen dafür in Betracht kommenden Personen.

b) Falls die Regierung der Ansicht ist, daß mit den im Rahmen dieses Abkommens gewährten Privilegien oder Immunitäten Mißbrauch getrieben wurde, wird der Generaldirektor über Ersuchen mit den zuständigen österreichischen Behörden Rücksprache pflegen, um festzustellen, ob ein solcher Mißbrauch vorliegt. Führen derartige Rücksprachen zu keinem für die Regierung und den Generaldirektor befriedigenden Ergebnis, dann wird die Angelegenheit gemäß dem in Abschnitt 51 festgelegten Verfahren entschieden.

c) Allen Personen österreichischer Staatsbürgerschaft und allen Staatenlosen mit ständigem Aufenthalt in Österreich werden die Privilegien und Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die im Rahmen dieses Abkommens gewährt werden, so weit eingeräumt, als sie den von der Regierung anerkannten Regeln des Völkerrechts entsprechen, jedoch mit der Maßgabe, daß die Abschnitte 25, 26 und 38, Unterabschnitt d) und Unterabschnitt g), auf jeden Fall auf Angestellte der IAEO, die österreichische Staatsbürger oder Staatenlose mit ständigem Aufenthalt in Österreich sind, anzuwenden sind.

d) Dieses Abkommen findet ohne Rücksicht darauf Anwendung, ob die Regierung mit dem betreffenden Staate diplomatische Beziehungen unterhält oder nicht.

ARTIKEL XIX

Zusatzabkommen und Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Abschnitt 49

a) Die Regierung und die IAEO können nach Bedarf erforderliche Zusatzabkommen schließen.

b) Tritt für die Republik Österreich ein Vertrag in Kraft, durch den der IAEO Privilegien

14

und Immunitäten eingeräumt werden, sind ein solcher Vertrag und dieses Abkommen, sofern und insoweit sie sich auf den gleichen Gegenstand beziehen, in allen Fällen, in denen es möglich ist, als einander ergänzend anzusehen. Im Fall von Widersprüchen sind jedoch die Bestimmungen dieses Abkommens maßgebend.

c) Sofern und insoweit die Regierung mit einer zwischenstaatlichen Organisation ein Abkommen trifft, das Bestimmungen und Bedingungen enthält, die für die betreffende Organisation günstiger sind als die entsprechenden Bestimmungen und Bedingungen dieses Abkommens, dann dehnt die Regierung diese günstigeren Bestimmungen und Bedingungen mittels eines Zusatzabkommens auch auf die IAEO aus.

Abschnitt 50

Die IAEO trifft Maßnahmen hinsichtlich geeigneter Verfahren zur Beilegung von:

- a) Streitigkeiten aus Verträgen oder Streitigkeiten privatrechtlichen Charakters, bei denen die IAEO Partei ist; und
- b) Streitigkeiten, an denen ein Angestellter der IAEO, der auf Grund seiner amtlichen Stellung Befreiung von der Jurisdiktion genießt und dessen Befreiung von der IAEO nicht aufgehoben wurde, beteiligt ist.

Abschnitt 51

Alle Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der IAEO über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder irgendeines Zusatzabkommens sowie alle Fragen hinsichtlich des Amtsbereiches oder des Verhältnisses zwischen der Regierung und der IAEO, welche nicht im Verhandlungswege oder nach einem anderen einvernehmlich festgelegten Verfahren beigelegt werden, sind zur endgültigen Entscheidung einem aus drei Schiedsrichtern zusammengesetzten Schiedsgericht zu unterbreiten; von diesen ist einer vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten der Republik Österreich, einer vom Generaldirektor und der dritte, der als Vorsitzender des Schiedsgerichtes fungieren soll, von den beiden ersten Schieds-

richtern auszuwählen. Können die beiden ersten Schiedsrichter innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Ernennung keine Einigung hinsichtlich des dritten Schiedsrichters erzielen, so wird dieser dritte Schiedsrichter auf Ersuchen der Regierung oder der IAEO vom Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ausgewählt.

ARTIKEL XX

Durchführung des Abkommens

Abschnitt 52

a) Dieses Abkommen tritt nach einem Notenaustausch zwischen dem hierfür gehörig bevollmächtigten Vertreter des Bundespräsidenten der Republik Österreich und dem hierfür gehörig bevollmächtigten Generaldirektor in Kraft.

b) Beratungen über die Abänderung dieses Abkommens werden über Ersuchen der Regierung oder der IAEO aufgenommen. Jede derartige Abänderung erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen.

c) Die Auslegung dieses Abkommens hat im Geiste seines obersten Zieles zu erfolgen, das darin besteht, die IAEO in die Lage zu versetzen, an ihrem Amtssitz in der Republik Österreich die ihr gestellten Aufgaben voll und ganz zu erfüllen und ihrer Zweckbestimmung nachzukommen.

d) In allen Fällen, in denen den zuständigen österreichischen Behörden durch dieses Abkommen Verpflichtungen auferlegt werden, ist letztlich die Regierung für die Erfüllung dieser Verpflichtungen verantwortlich.

e) Dieses Abkommen tritt außer Kraft:

- (i) wenn darüber zwischen der Regierung und der IAEO Einvernehmen herrscht; und
- (ii) wenn der ständige Amtssitz der IAEO aus dem Gebiet der Republik Österreich verlegt wird; hiebei sind jene Bestimmungen des Abkommens ausgenommen, die in Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Beendigung der Tätigkeit der IAEO an ihrem ständigen Amtssitz in der Republik Österreich und mit der Verfügung über ihr dort befindliches Eigentum gegebenenfalls Anwendung finden.

國際原子能總署與奧地利共和國 關於國際原子能總署總部之協定

國際原子能總署
與
奧地利共和國

亟欲締結協定將國際原子能總署署址設在維也納城或其附近並處理因此而生之各項問題

為此目的，各派下列代表：

國際原子能總署：幹事長

司端令·考爾

奧地利共和國聯邦總統：

代表：外交部長費格爾

協議如下：

第一條

定義

第一節

本協定所稱：

- (一) “總署”謂國際原子能總署；
- (二) “政府”謂奧地利共和國聯邦政府；

(三) “幹事長”謂總署之幹事長或經指定為其代表之任何職員；

(四) “奧地利主管當局”謂切合文義並符合奧地利共和國適用之法律與習慣之奧地利共和國聯邦、州市或其他當局；

(五) “奧地利共和國法律”包括：

(甲) 聯邦憲法及各州憲法；

(乙) 政府或奧國主管當局所頒佈或依其權力所頒行之法律、條例及命令；

(六) “總部所在地”謂：

(甲) 總部區，連同其上建築物，隨時由第三節所稱補充協定訂明者；

(乙) 依本協定或與政府所訂之補充協定，隨時暫行或永久歸屬

16

總部區之其他任何
土地或建築物，

(七) “會員國”謂為總署會員
之國家；

(八) “理事”謂派在總署理事
會之各理事；

(九) “副理事及隨同理事之
顧問與專家”包括副理事，隨同
各理事之顧問及專家，但事務
與其他助理人員不在內；

(十) “派在總署之常駐代表”
謂會員國派在總署之首席常
駐代表；

(十一) “會員國派在總署之常駐
代表團團員”指派在總署之
常駐代表團之人員，但事務與
其他助理人員不在內；

(十二) “會員國代表”指會員國
之正式代表及其代表團團員
但事務或其他助理人員不在
內；

(十三) “總署召開之會議”謂總
署大會或總署理事會舉行之
任何會議，或總署召開或由其
發起之任何國際會議或其他
集會；

(十四) “總署檔案”謂總署所有

或由其保有之紀錄、函件、文件
文稿、照片、電影、膠片與灌音紀
錄；

(十五) “總署職員”謂總署之幹
事長及全體職員，但就地僱用
與按時計薪者不在內；

(十六) “財產”（如第八條所稱）
謂總署所有、保有或管理用以
促進其規定職務之一切財產，
包括資金與其他資產，以及總
署之一切收入。

第二條

總部所在地

第二節

(一) 總署永久總部應設於總
部所在地，非經總署決定，不得
令其遷出該地。除總署有明
確決定外，總部暫移他處並不
構成永久總部之遷移。

(二) 任何建築物經政府同意
充總署召開會議之用者應暫
屬總部所在地範圍。

(三) 奧國主管當局應採取任
何必要行動，以確保非經總署
明示同意，不得侵奪總部所在
地之全部或一部。

第三節

政府讓與總署，並由總署接受，總部所在地之永久使用與占有，該地隨時由總署與政府締結補充協定訂明之。

第四節

(一) 為使總署參加聯合國短波通訊網起見，政府經請求時應准總署為執行公務，依照與國際電訊同盟所訂技術辦法，利用適當之無線電及其他電訊設備。

(二) 總署得依其與奧國主管機關所訂補充協定之規定，設置並使用其他無線電與電訊設備。

第五節

總署得設置並使用任何種類之研究設備及其他技術設備。對於此種設備，應規定適當保障，如遇設備有引起健康與安全方面危險或妨害財產之可能，應與奧國主管當局商定此項保障辦法。

第六節

第四節與第五節所規定之設備得於有效使用之必要

範圍內，在總部區外設置並使用之。奧國主管當局經總署之請求，應依補充協定所訂之條件與方法從事安排，以便總署為此目的，取得或使用適當之房地，並使此等房地歸屬總部所在地範圍。

第三條

總部所在地之治外法權

第七節

(一) 政府承認總部所在地享有治外法權，該地應依本協定之規定，由總署管理之。

(二) 除本協定另有規定外，並以不牴觸依第八節所制定之條例為限，奧地利共和國之法律應適用於總部所在地。

(三) 除本協定另有規定外，奧地利共和國法院或其他主管機關依照可適用之法律，有權管轄在總部所在地實施之行為及進行之交易。

第八節

(一) 總署有制定在總部所在地實施之條例之權，俾於該地確立為充分執行其職務所需。

之任何必要條件。凡與總署依照本節所制定之條例相抵觸之奧地利共和國法律，其抵觸部份不得適用於總部所在地。總署與奧地利共和國之間，關於總署某一條例是否合於本節規定，或奧地利共和國某一法律是否不符總署依本節所制定之任何條例之爭端，應依第五十一節規定之程序迅速解決之。在未解決前，總署之條例應予適用，而奧地利共和國法律之經總署認為與其條例相抵觸部分不得在總部所在地適用。

(二) 總署應斟酌情形隨時將其依第(一)項制定之條例通知政府。

(三) 本節規定不得阻止奧國主管當局消防或衛生條例之合理適用。

第九節

(一) 總部所在地應不受侵犯。奧地利共和國官員或在奧地利共和國內行使任何公共權力之其他人員，除得幹事長同意並依幹事長認可之條件外，

不得進入總部所在地執行任何職務。非經幹事長明示同意並依幹事長認可之條件，不得在總部所在地送達司法令狀，包括扣押私有財產在內。

(二) 以不妨害第十一條之規定為限，總署應防止總部所在地成為逃避奧地利共和國依法逮捕者，或政府須予引渡他國，或企圖避免受司法令狀之送達者之庇護所。

第四條

總部所在地之保護

第十節

(一) 奧國主管當局應盡適當努力，以確保總部所在地之安寧不受任何人或群眾闖入或在該地隣近滋事之干擾，並為此目的，在總部所在地之邊界，供應必要之警力保護。

(二) 如經幹事長請求，奧國主管當局應派適當人數之警察，以維持總部所在地之法律與秩序。

第十一節

奧國主管當局應採取一

切合理步驟,以確保總部所在地之怡適環境不受妨害,並確保設置總部所在地之目的不因其附近土地或建築物之使用而受阻礙。總署應採取一切合理步驟,以確保總部所在地鄰近地區之怡適環境不因使用總部所在地之土地或建築物而受妨害。

第五條

總部所在地之公用事業

第十二節

(一) 奧國主管當局應就幹事長所請求之範圍,執行各該當局之權力,確保供給總部所在地內必要之公用事業,包括電、水、下水道、煤氣、郵政、電話、電報、當地交通、排水裝置、清除垃圾、消防設置及清掃公共街道積雪等,但公用事業種類不因此項列舉而受限制,且均應在公平條件下供給。

(二) 此等公用事業如停頓或有停頓之虞時,奧國主管當局應視總署之需要與政府主要機構之類似需要同等重要,從

而採取步驟,確保總署之工作不受妨礙。

(三) 如經請求,幹事長應妥為安排,俾使公用事業主管機構所派人員在不過份干擾總署執行職務之條件下,檢查、修理、維持、改造及重新安置總部所在地之公用事業設備,導線管、總管及下水道。

(四) 煤氣、電、水或暖氣如由奧國主管當局供應,或價格受其管制,總署應按不超過奧國行政機關所付最低可資比較數額之納費率獲得供應。

第六條

通訊與運輸

第十三節

關於郵政、海底電報、有線無線電報、無綫電傳真、電視、電話及其他通訊方面之優先權與收費,以及供報界與廣播用消息、照新聞電收費,總署所享之公務上通訊待遇,在符合政府參加之任何國際公約、條例及辦法之範圍內,應不遜於政府所予任何其他組織或政府

20

及其使館之待遇。

第十四節

總署為公務上之目的，應有權按不超過奧國政府機關所付客運與貨運費之最低可資比較數額之納費率，使用政府之鐵路設備。

第十五節

(一) 凡屬寄送總署或總部所在地任何職員之公務通訊及自總署發出之一切公務通訊，不論以何種方法或方式傳遞，概應免受檢查，且不得以任何其他方式予以截留或妨礙其秘密性。此項豁免並應適用於出版物、照片、電影膠片及灌音紀錄，但其種類不因此項列舉而受限制。

(二) 總署應有使用密碼及由專差或用密封郵包收發函件及其他公務通訊之權利，其專差與郵包應享外交信差與郵包之同樣特權與豁免。

第七條

法人資格，集會自由
及出版自由

第十六節

政府承認總署具有法人資格，尤有下列行為能力：

- (一) 訂立契約，
- (二) 取得並處分動產及不動產，
- (三) 提起訴訟。

第十七節

(一) 政府承認總署有在總部所在地召集會議或經政府或其指定之任何奧國主管當局同意，在奧地利共和國其他地點舉行會議之權利。

(二) 為確保集會與討論之充分自由，政府應採取一切適當步驟，以保證總署召開會議之會務進行不受任何阻礙。

第十八節

(一) 政府承認總署有依其規約特定之宗旨，在奧地利共和國境內自由發行刊物與廣播之權利。

(二) 惟締約雙方瞭解總署應尊重關於版權之任何奧地利共和國法律或奧地利共和國為締約國之任何國際公約。

第八條

總署之財產與免稅

第十九節

總署及其財產不論位於何處及執管者何人，除在特定情形下經其明示拋棄豁免者外，應免受任何方式之訴究。但締約雙方瞭解，拋棄豁免不得推廣適用於任何執行措施

第二十節

總署之財產不論位於何處及執管者何人，應免受由執行行政司法或立法行為而生之搜索徵用、沒收、徵收及其他任何方式之干涉。

第二十一節

總署之檔案不論在於何處，均不得侵犯。

第二十二節

(一) 總署及其財產應免除一切課稅，但此項稅課之免除，不適用於任何總署所租賃財產之所有人或出租人。

(二) 政府如因行政上重大理由，不能免除構成總署所購物品部份貨價或所受勞務部份代價之間接稅，應隨時向總署

彙總償還此項稅款，其數額由總署與政府商定之。但締約雙方瞭解，對於小額購置，總署將不要求此種償還。關於此種課稅，總署應經常享有至少為奧國政府機關或派駐奧地利共和國使館館長所享之同樣豁免與便利，並以其較優之待遇為準。締約雙方並瞭解，稅捐之實為公用事業徵收之費用者，總署將不要求免除。

(三) 雖有第(二)項之規定，以總署為關係一方之一切交易及記錄此項交易之一切文件，仍應免除全部課稅、登記費及文件稅。

(四) 總署為供公務上之用途而運入或運出之物品應免除關稅、其他課徵及進出口之禁止與限制。此項物品包括科學與工業裝置、設備及各種材料，其種類不因此項列舉而受限制。

(五) 總署為公務上之用途而運入公務車輛及零件，應免除關稅、其他課徵及進口之禁止與限制。

22

- (六) 政府如經請求，應為總署使用之此項車輛按其工作所需之數量，逐一配給汽油或其他燃料及滑油，並按照為駐奧使館所規定之特別價格收費。
- (七) 依本節第(四)(五)兩項運入或依第(六)項向政府取得之物品，總署除依其與政府商定之條件外，不得在奧地利共和國境內出售。

第九條

財政上之便利

第二十三節

(一) 總署在不受任何財政管制、調節辦法或償付延期之約束下，得自由

(甲) 經由許可途徑，購買任何貨幣，保有並處分此項貨幣，

(乙) 以任何貨幣處理賬目，

(丙) 經由許可途徑購買，保有並處分資金、證券及黃金，

(丁) 將其款項、證券、黃金及貨幣移入或移出

奧地利共和國或任何其他國家，或在奧地利共和國境內移轉，

(戊) 運用其借款權力或依其認為相宜之任何其他方式籌措資金，但如在奧地利共和國境內籌措資金，總署應徵得政府之同意。

(二) 政府應協助總署於匯率、銀行收取之匯兌手續費及類似費用方面獲得最優之條件。

(三) 總署於行使本節規定之權利時，應妥為顧及政府所提之任何主張，但以其實施不妨礙總署之利益者為限。

第十條

社會保險與養卹基金

第二十四節

總署設立或總署授權辦理之任何養卹基金或節約基金，如經總署請求，應於奧地利共和國享有法律上之行為能力並享有總署本身所享之同

樣免除豁免與特權。

第二十五節

總署應免予強制繳付奧地利共和國任何社會保險制度費用，總署職員亦不得由政府要求參加此項制度。

第二十六節

政府應規定必要辦法，於總署請求時，使不享有總署社會保險利益之任何職員參加奧地利共和國任何社會保險制度。總署應儘量設法，依商定之條件使其就地僱用而未享有至少與奧國法律所規定保障相等之社會保險利益之職員參加奧國社會保險制度。

第十一條

過境與居留

第二十七節

(一) 政府應採取一切必要措施，以便利下列人員進入並暫居奧國境內，不阻礙其離境，確保其來往總部所在地不受阻礙，並於其過境時予以必要之保護：

(甲) 理事、副理事及隨同理事之顧問與專家、會員國之派在總署之常駐代表與常駐代表團團員、其家屬與其他家中人員，以及理事或常駐代表所屬職員之事務與其他助理人員及此等人員之配偶與受扶養子女；

(乙) 會員國代表、其家屬與其他家中人員，以及會員國代表團之事務與其他助理人員及此等人員之配偶與受扶養子女；

(丙) 總署之職員、其家屬及其他家中人員；

(丁) 與總署有公務

往來之聯合國職員或依總署規約第十六條(甲)與總署建立關係之任何其他組織之職員,其配偶與受扶養子女;

(戊) 與總署建立諮商關係之其他組織或團體所派而與總署有公務往來之代表;

(乙) 非總署職員而執行總署特派之任務或參加總署各委員會或其他輔助機關工作之人員及其配偶;

(庚) 經總署與政府磋商後酌量承認之報界,無線電,電影,電視或其他新聞工具之代表;

(辛) 非總署會員國依總署所訂規則派充總署召開會議之觀察員之代表;

(壬) 經總署因公邀請至總部所在地之其他組織代表或其他人員。幹事長應於此項人員入境前將其姓名通知政府。

(二) 本節規定不適用於應依第十二節(二)處理之交通上一般停頓情形,亦不妨害在管理交通工具方面之通常適用法律之效力。

(三) 本節所稱人員需要之簽證應儘速免費發給。

(四) 本節所稱人員依其在第(一)項內載明有關總署之正式身份所從事之任何工作不得構成阻止其出入奧地利共和國國境或要求其離去奧國國境之理由。

(五) 對於第(一)項所稱人員,除有濫用居留特權應予適用下列程序之情形外,政府不得要求其離去奧地利共和國:

(甲) 除經奧地利共和國外交部部長事先得意外不得進行要求此項人員離去奧地利共和國之程序;

(乙) 如係會員國之代表,應與關係會員國磋商後方得表示此項同意;

(丙) 如係第(一)項所稱之其他人員,應與幹事

長磋商後方得表示此項同意，倘對此項人員進行驅逐出境之程序，幹事長應有權代表當事人出庭或派員參加此種程序；

(丁) 凡依第三十節第三十一節或第三十九節享有外交特權與豁免之人員，除依適用於駐奧使館館長所屬等級相當人員之通常程序外不得令其離去奧地利共和國。

(六) 本節規定不妨礙向聲稱享有本節所載權利之人要求繳驗其確屬第(一)項所列等級之適當證件，亦不妨礙檢疫及公共衛生條例之合理實施。

第二十八節

幹事長與奧國主管當局雙方，經一方請求時，應磋商辦法，便利欲至總部所在地訪問而不享有第二十七節所載特權之國外人士進入奧地利共和國國境並使用可資利用之交通工具。

第十二條

派在總署之常駐代表團

第二十九節

會員國派在總署之常駐代表團應享有駐奧地利共和國使館所享之同樣特權與豁免

第十三條

理事及派在總署之

常駐代表

第三十節

理事及派在總署之常駐代表在奧地利共和國境內應享有政府給與駐奧使館館長之同樣特權與豁免。

第三十一節

副理事，隨同理事之顧問與專家及會員國派在總署之常駐代表團團員應享有政府給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣特權與豁免。

第三十二節

理事或會員國常駐代表團所屬職員之事務及其他助理人員應准享使館事務及其他助理人員所享之同樣特權與豁免。

第十四條

派在總署之代表

第三十三節

出席總署召開之任何會議之會員國代表於不妨礙其在執行職務及往返總部所在地途中所享有之其他特權與豁免下，應在奧地利共和國內對奧國享有下列特權與豁免：

(一) 代表本人，其配偶及受扶養子女免受逮捕或羈押，其私人與公務行李免受扣留；

(二) 在執行公務時所發表之言論文字及所實施之一切行為免受任何方式之訴究，雖於其不復執行此項職務後仍應繼續免受訴究；

(三) 一切文書，文件及其他公務上之資料不受侵犯；

(四) 使用密碼及以專差或密封郵包收發文書，函件或其他公務上資料之權利；

(五) 代表本人，其配偶，受扶養親屬及其他家中人員免除移民限制，外僑登記及國民公役義務；

(六) 代表本人，其配偶，受扶養

親屬及其他家中人員於國際情勢危急時，應有給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣保護及回國便利；

(七) 關於貨幣與匯兌之限制應有政府給與負臨時使命之外國政府代表之同樣特權；

(八) 關於代表私人及公務行李，應有政府給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣豁免及便利。

第三十四節

會員國代表團所屬事務及其他助理人員應准享使館事務及其他助理人員所享之同樣特權及豁免。

第三十五節

稅捐之徵課以居留為條件者，第三十三節所稱人員為執行職務而在奧地利共和國之期間不得視為居留期間。

此項人員在服務期間所得之薪給與酬報尤應免除課稅，並應免除一切遊客稅。

第三十六節

本條及第十三條所規定之特權及豁免非為個人便利

而係保障關係人員獨立行使有關總署之職務而設。因此，會員國如過有任何情形，經其斷定為援用豁免有碍法律之執行，而拋棄豁免無害於給與豁免之原意時，應有為其任何代表拋棄豁免之義務。

第三十七節

- (一) 總署應向政府編送屬於本條及第十三條範圍之人員名單並隨時作必要之修正。
- (二) 政府應向屬於第十三條範圍之人員及其他適當人員發給附有持證人相片之身份證。此項證件係供持證人向奧國各當局證明身份之用。

第十五條

總署之職員

第三十八節

總署職員應於奧地利共和國境內對奧國享有下列特權與豁免：

- (一) 以職員身份發表之言論文字及實施之行為免受任何方式之訴究，雖於其不復為總署職員後仍應繼續免受訴究。
- (二) 私人及公務行李免受扣留；

(三) 公務行李免受檢查，如係第三十九節範圍內之職員，私人行李亦免受檢查；

(四) 因過去或現在之服務經總署發給或因為總署服務而取得之薪給、酬報及賠償金免除課稅；

(五) 自奧地利共和國以外取得之收入免除任何課稅；

(六) 職員本人、其配偶、受扶養親屬及其他家中人員免除移民限制及外僑登記；

(七) 免除國民公役義務，但如係奧國公民，此項免除應限於以職務關係，其姓名列於幹事長所編造並經政府認可之名單內之職員，又不屬此項名單而為奧國公民之職員，如被徵服役，經幹事長請求，政府應准予暫緩徵召，以免有碍總署重要工作之繼續進行；

(八) 在奧地利共和國境內或其他地點自由保有外國證券、外幣賬戶及其他動產與不動產，又於總署解職時，有權以原幣在不超过其經由許可途徑

携入奧地利共和國之數額之限度內將資金携出奧國,不受禁止或限制,

(九) 職員本人,其配偶,受扶養親屬及其他家中人員於國際情勢危急時,應有給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同等保護及回國便利,

(十) 為個人用途有權運入下列各項物品,免除關稅與其他課徵及進口之禁止與限制:

(甲) 一次或數次運入傢具與用品,其後並得運入必要之補充物品,

(乙) 每四年運入汽車一輛,

(丙) 依總署與政府所訂之補充協定,運入有限數量之若干物品,供個人使用與消費而不作餽贈或出售之用。

第三十九節

於第三十八節規定之特權與豁免外:

(一) 幹事長應享有大使級之使館館長所享之特權,豁免,免除及便利,

(二) 副幹事長或總署高級職員於幹事長離職期間代理其職務時應享有幹事長所享之同樣特權,豁免,免除及便利,

(三) 副幹事長,因在總署所任職位之職責關係經幹事長於諮商理事會並徵得政府同意後指定之高等專員級以上職員及其他種類之職員應享有政府給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣特權,豁免,免除及便利。

第四十節

(一) 本條所規定之特權與豁免係為總署之利益,非為個人之便利而設。如遇援用豁免有碍法律之執行而拋棄豁免無害於總署之利益時,總署應拋棄其職員所享之豁免。遇有涉及此項特權與豁免之任何情形,關係職員應立即報告幹事長,由幹事長酌量與理事會商議後,決定應否拋棄。倘事關幹事長本人,理事會有權拋棄豁免。

(二) 總署與職員應隨時與奧國主管當局合作,以便利法律

之適當執行,並防止本條所規定特權與豁免之濫用。

第四十一節

(一) 總署應向政府編送總署全體職員之名單並應隨時作必要之修正。

(二) 政府應向屬於本條範圍之人員發給附有持證人相片之身份證。此項證件係供持證人向奧國各當局證明身份之用。

第十六條

專家,總署特派團
團員與委員會委
員及各組織之代表

第四十二節

執行總署特派之任務,參加總署各委員會或其他輔助機關之工作,或應總署之請與總著作任何諮商而不屬第十三條所稱隨同理事之專家或第十五條所稱總署職員之專家,依總署規約第十六條(甲)與總署建立關係之組織之代表與理事會或大會因公邀請至總部所在地之組織之代表,於有效執行職務之必要範圍內

與在其為此項特派團,委員會或輔助機關擔任工作之旅程中及其留在總部所在地與出席會議之期間,應於奧地利共和國境內對奧國享有下列特權與豁免:

(一) 本人,配偶及受扶養子女免受逮捕或羈押,其私人及公務行李免受扣留;

(二) 因執行公務而發表之言論文字及實施之一切行為免受任何方式之訴究,雖於其不復為總署之特派團,委員會工作或擔任總署之諮議或不再留在總部所在地或不復參加總署召開之會議後仍應繼續免受訴究;

(三) 一切文書,文件及其他公務上之資料不受侵犯;

(四) 為與總署通訊,有使用密碼並以專差或密封郵包收發文書,函件或其他公務上之資料之權利;

(五) 本人及配偶免除移民限制,外僑登記及國民公役義務;

(六) 本人,配偶,受扶養之親屬及其他家中人員於國際情勢

30

危急時應有給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣保護及回國便利；

(七) 關於貨幣與滙兌之限制，應有政府給與負臨時使命之外國政府代表之同樣特權；

(八) 關於私人及公務行李應有政府給與駐奧使館館長所屬等級相當人員之同樣豁免與便利。

第四十三節

(一) 稅捐之徵課以居留為條件者，第四十二節所稱人員為執行職務而在奧地利共和國之期間不得視為居留期間。

此項人員在服務期間所得之薪給與酬報尤應免除課稅，並應免除一切遊客稅。

(二) 本條所規定之特權與豁免係為總署之利益，非為個人之便利而設。遇有總署認為接用豁免有碍法律之執行而拋棄豁免無害於總署利益之情形時，總署應拋棄依本條規定給與任何個人之豁免。

第四十四節

(一) 總署應向政府編送屬於

本條範圍之人員名單，並應隨時作必要之修正。

(二) 政府應向屬於本條範圍之人員發給附有持證人相片之身份證。此項證件係供持證人向奧國各當局證明身份之用。

第十七條

通行證

第四十五節

政府應承認並接受聯合國發給總署職員之通行證為有效旅行文件。

第十八條

一般條款

第四十六節

奧地利共和國除負擔總署會員國所應有之國際責任外，對於總署之行為或不行為或總署職員採取或不採取在其職務範圍內之行動，不因總署所在地位於奧國境內而負任何國際責任。

第四十七節

(一) 政府如因奧地利共和國

之安全於不妨礙總署獨立並適當工作之情形下認為有採取預防辦法之必要而影響本協定任何條款之實施時應依環境許可儘速與總署洽商俾以相互同意訂定保護總署利益之必要措施。

(二) 總署應與政府合作不使總署之行動對奧地利共和國之安全有所妨害。

第四十八節

(一) 幹事長應採取一切預防措施以確保本協定所規定之特權或豁免不致有濫用情事，並為此目的經理事會核准為總署職員及其他適當人員訂立必要與適宜之規則與條例。

(二) 倘政府認為有濫用本協定所載特權或豁免之情事幹事長經請求時應與奧國主管當局會商確定是否果有濫用情事。會商結果倘未能使幹事長與政府認為滿意此事應照第五十一節規定之程序解決之。

(三) 凡屬奧國公民之人與居留奧國之無國籍人均應於國

際法承認為政府所接受之範圍內享有本協定所規定之特權豁免免除與便利但無論如何第二十五節與第二十六節以及第三十八節(四)(七)兩項規定應適用於具有奧國國籍或為居留奧國無國籍人之總署職員。

(四) 不論政府是否與關係國家保持外交關係本協定均應適用。

第十九條

補充協定及爭端之解決

第四十九節

(一) 總署得與政府訂立必要之補充協定。

(二) 給與總署特權與豁免之任何公約如對奧地利共和國生效此項公約與本協定就同一事項所作之規定應儘可能視為相互補充但二者如有抵觸應以本協定之規定為準。

(三) 倘政府與任何政府間組織締結任何協定而其中為該組織所訂之條件優於本協定所載之類似條件時政府應另

32

以補充協定使總署享有此種更優之條件。

第五十節

總署應規定適當辦法以解決：

- (一) 總署為當事一方之契約上爭端及其他私法性質之爭端，
- (二) 涉及總署職員之爭端而職員因其職位關係享有豁免未經總署拋棄者。

第五十一節

總署與政府間如有關於本協定或任何補充協定之解釋或適用上之爭端，或有影響總部所在地或總署與政府關係之問題而未能以談判或其他議定方法解決時應提交由公斷員三人組成之法庭作最後決定：其中一人由幹事長選派，另一人由奧地利共和國外交部部長選派，第三人則由以上選定之公斷員二人決定，並充法庭之首席公斷員。倘最初選派之二公斷員在其派定後六個月內未能對第三公斷員之人選商得同意，經總署或政府之請求，第三公斷員應由國際法院院長選派之。

第二十條

本協定之實施

第五十二節

(一) 本協定於正式授權辦理此事之幹事長與奧地利共和國聯邦總統正式授權之代表換文後生效。

(二) 如經總署或政府請求修改本協定，雙方應進行會商。任何修改應得雙方同意。

(三) 本協定應參照使總署得在其設於奧地利共和國之總部充分有效執行其職責並達成其目的之主要宗旨解釋之。

(四) 如遇本協定使奧國主管當局負擔義務，其履行義務之最後責任應由政府負之。

(五) 遇有下列情形，本協定應即失效：

(甲) 總署與政府雙方同意廢止；

(乙) 總署永久總部遷出奧地利共和國領土，但關於總署循序結束其在奧地利共和國永久總部之業務及處置其在該地財產所適用之各項規定不在此限。

Agreement between the Republic of Austria and the International Atomic Energy Agency regarding the Headquarters of the International Atomic Energy Agency.

The Republic of Austria
and

The International Atomic Energy Agency

Desiring to conclude an agreement to establish the seat of the International Atomic Energy Agency in or near the City of Vienna and to regulate questions arising as a result thereof;

Have appointed as their representatives for this purpose:

The Federal President of the Republic of Austria:

DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl,
Federal Minister for Foreign Affairs,
and

The International Atomic Energy Agency:

W. Sterling Cole,
Director General,

who have agreed as follows:

ARTICLE I

Definitions

Section 1

In this Agreement,

(a) The expression "the IAEA" means the International Atomic Energy Agency;

(b) The expression "the Government" means the Federal Government of the Republic of Austria;

(c) The expression "Director General" means the Director General of the IAEA or any officer designated to act on his behalf;

(d) The expression "appropriate Austrian authorities" means such federal, state, municipal

or other authorities in the Republic of Austria as may be appropriate in the context and in accordance with the laws and customs applicable in the Republic of Austria;

(e) The expression "laws of the Republic of Austria" includes:

(i) the federal constitution and state constitutions; and

(ii) legislative acts, regulations and orders issued by or under authority of the Government or appropriate Austrian authorities;

(f) The expression "headquarters seat" means:

(i) the headquarters area with the building or buildings upon it, as may from time to time be defined in the supplemental agreements referred to in section 3; and

(ii) any other land or building which may from time to time be included, temporarily or permanently, therein in accordance with this Agreement or by supplemental agreement with the Government;

(g) The expression "Member State" means a State which is a member of the IAEA;

(h) The expression "Governor" means a Governor appointed to the Board of Governors of the IAEA;

(i) The expression "alternates for and advisers and experts attached to Governors" includes alternates, advisers and experts attached to Governors, but does not include clerical and other auxiliary personnel;

(j) The expression "resident representative to the IAEA" means the principal resident repre-

34

sentative to the IAEA designated by a Member State;

(k) The expression "each member of the resident delegation of a Member State to the IAEA" includes members of the delegation of the resident representative to the IAEA, but does not include clerical and other auxiliary personnel;

(l) The expression "representatives of Member States" includes accredited representatives of Member States and members of their delegations, but does not include clerical and other auxiliary personnel;

(m) The expression "meetings convened by the IAEA" means any meetings of the General Conference of the IAEA or of the Board of Governors of the IAEA, or any international conferences or other gatherings convened by the IAEA or under its sponsorship;

(n) The expression "archives of the IAEA" includes records and correspondence, documents, manuscripts, still and moving pictures, films and sound recordings belonging to or held by the IAEA;

(o) The expression "officials of the IAEA" means the Director General and all members of the staff of the IAEA except those who are locally recruited and assigned to hourly rates; and

(p) The expression "property" as used in Article VIII means all property, including funds and other assets, belonging to the IAEA or held or administered by the IAEA in furtherance of its statutory functions and all income of the IAEA.

ARTICLE II

The Headquarters Seat

Section 2

(a) The permanent headquarters of the IAEA shall be in the headquarters seat, and shall not be removed therefrom unless the IAEA should so decide. Any transfer of the headquarters temporarily to another place shall not constitute a removal of the permanent headquarters unless there is an express decision by the IAEA to that effect.

(b) Any building which is used with the concurrence of the Government for meetings convened by the IAEA shall be temporarily included in the headquarters seat.

(c) The appropriate Austrian authorities shall take whatever action may be necessary to ensure that the IAEA shall not be dispossessed of all or any part of the headquarters seat without the express consent of the IAEA.

Section 3

The Government grants to the IAEA, and the IAEA accepts from the Government, the permanent use and occupation of a headquarters seat as may from time to time be defined in supplemental agreements to be concluded between the IAEA and the Government.

Section 4

(a) To enable the IAEA to participate in the United Nations network of short-wave communications, the Government shall, upon request, grant to the IAEA for official purposes appropriate radio and other telecommunication facilities in conformity with technical arrangements to be made with the International Telecommunication Union.

(b) The IAEA may establish and operate such additional radio and other telecommunication facilities as may be specified by supplemental agreement between the IAEA and the appropriate Austrian authorities.

Section 5

The IAEA may establish and operate research and other technical facilities of any type. These facilities shall be subject to appropriate safeguards which, in the case of facilities which might create hazards to health or safety or interfere with property shall be agreed with the appropriate Austrian authorities.

Section 6

The facilities provided for in sections 4 and 5 may, to the extent necessary for efficient operation, be established and operated outside the headquarters area. The appropriate Austrian authorities shall, at the request of the IAEA, make arrangements, on such terms and in such manner as may be agreed upon by supplemental agreement, for the acquisition or use by the IAEA of appropriate premises for such purposes and for the inclusion of such premises in the headquarters seat.

ARTICLE III

Extraterritoriality of the Headquarters Seat

Section 7

(a) The Government recognizes the extraterritoriality of the headquarters seat, which shall be under the control and authority of the IAEA as provided in this Agreement.

(b) Except as otherwise provided in this Agreement, and subject to any regulation enacted under section 8, the laws of the Republic of Austria shall apply within the headquarters seat.

(c) Except as otherwise provided in this Agreement, the courts or other appropriate organs of the Republic of Austria shall have jurisdiction, as provided in applicable laws, over acts done and transactions taking place in the headquarters seat.

Section 8

(a) The IAEA shall have the power to make regulations, operative within the headquarters seat, for the purpose of establishing therein any conditions necessary for the full execution of its functions. No laws of the Republic of Austria which are inconsistent with a regulation of the IAEA authorized by this section shall, to the extent of such inconsistency, be applicable within the headquarters seat. Any dispute between the IAEA and the Republic of Austria as to whether a regulation of the IAEA is authorized by this section or as to whether a law of the Republic of Austria is inconsistent with any regulation of the IAEA authorized by this section, shall be promptly settled by the procedure set out in section 51. Pending such settlement, the regulation of the IAEA shall apply and the law of the Republic of Austria shall be inapplicable in the headquarters seat to the extent that the IAEA claims it to be inconsistent with the regulation of the IAEA.

(b) The IAEA shall from time to time inform the Government, as may be appropriate, of regulations made by it falling within subsection (a).

(c) This section shall not prevent the reasonable application of fire protection or sanitary regulations of the appropriate Austrian authorities.

Section 9

(a) The headquarters seat shall be inviolable. No officer or official of the Republic of Austria, or other person exercising any public authority within the Republic of Austria, shall enter the headquarters seat to perform any duties therein except with the consent of, and under conditions approved by, the Director General. The service of legal process, including the seizure of private property, shall not take place within the headquarters seat except with the express consent of, and under conditions approved by, the Director General.

(b) Without prejudice to Article XI the IAEA shall prevent the headquarters seat from being used as a refuge by persons who are avoiding arrest under any law of the Republic of Austria, who are required by the Government for extradition to another country, or who are endeavouring to avoid service of legal process.

ARTICLE IV

Protection of the Headquarters Seat

Section 10

(a) The appropriate Austrian authorities shall exercise due diligence to ensure that the tranquillity of the headquarters seat is not disturbed by any person or group of persons attempting unauthorized entry into or creating disturbances in the immediate vicinity of the headquarters seat, and shall provide on the boundaries of the headquarters seat such police protection as may be required for this purpose.

(b) If so requested by the Director General, the appropriate Austrian authorities shall provide a sufficient number of police for the preservation of law and order in the headquarters seat.

Section 11

The appropriate Austrian authorities shall take all reasonable steps to ensure that the amenities of the headquarters seat are not prejudiced and that the purposes for which the headquarters seat is required are not obstructed by any use made of the land or buildings in the vicinity of the headquarters seat. The IAEA shall take all reasonable steps to ensure that the amenities of the land in the vicinity of the headquarters seat are not prejudiced by any use made of the land or buildings in the headquarters seat.

ARTICLE V

Public Services in the Headquarters Seat

Section 12

(a) The appropriate Austrian authorities shall exercise, to the extent requested by the Director General, their respective powers to ensure that the headquarters seat shall be supplied with the necessary public services, including, without limitation by reason of this enumeration, electricity, water, sewerage, gas, post, telephone, telegraph, local transportation, drainage, collection of refuse, fire protection and snow removal from public streets, and that such public services shall be supplied on equitable terms.

(b) In case of any interruption or threatened interruption of any such services, the appropriate Austrian authorities shall consider the needs of the IAEA as being of equal importance with those of essential agencies of the Government, and shall take steps accordingly to ensure that the work of the IAEA is not prejudiced.

(c) The Director General shall, upon request, make suitable arrangements to enable duly

36

authorized representatives of the appropriate public service bodies to inspect, repair, maintain, reconstruct and relocate utilities, conduits, mains and sewers within the headquarters seat under conditions which shall not unreasonably disturb the carrying out of the functions of the IAEA.

(d) Where gas, electricity, water or heat are supplied by appropriate Austrian authorities, or where the prices thereof are under their control, the IAEA shall be supplied at tariffs which shall not exceed the lowest comparable rates accorded to Austrian governmental administrations.

ARTICLE VI

Communications and Transportation

Section 13

The IAEA shall enjoy, as far as may be compatible with any international conventions, regulations and arrangements to which the Government is a party, for its official communications, treatment not less favourable than that accorded by the Government to any other organization or government, including diplomatic missions of such other government, in the matter of priorities and rates for mails, cables, telegrams, radiograms, telephotos, television, telephone and other communications, and press rates for information to press and radio.

Section 14

The IAEA shall be entitled for its official purposes to use the railroad facilities of the Government at tariffs which shall not exceed the lowest comparable passenger fares and freight rates accorded to Austrian governmental administrations.

Section 15

(a) All official communications directed to the IAEA, or to any of its officials at the headquarters seat, and all outward official communications of the IAEA, by whatever means or in whatever form transmitted, shall be immune from censorship and from any other form of interception or interference with their privacy. Such immunity shall extend, without limitation by reason of this enumeration, to publications, still and moving pictures, films and sound recordings.

(b) The IAEA shall have the right to use codes and to dispatch and receive correspondence and other official communications by courier or in sealed bags, which shall have the same privileges and immunities as diplomatic couriers and bags.

ARTICLE VII

Juridical Personality, Freedom of Assembly and Freedom of Publication

Section 16

The Government recognizes the juridical personality of the IAEA and, in particular, its capacity:

- (a) to contract;
- (b) to acquire and dispose of movable and immovable property; and
- (c) to institute legal proceedings.

Section 17

(a) The Government recognizes the right of the IAEA to convene meetings within the headquarters seat or, with the concurrence of the Government or any appropriate Austrian authorities designated by it, elsewhere in the Republic of Austria.

(b) To ensure full freedom of assembly and discussion, the Government shall take all proper steps to guarantee that no impediment is placed in the way of conducting the proceedings of any meeting convened by the IAEA.

Section 18

(a) The Government recognizes the right of the IAEA freely to publish and broadcast within the Republic of Austria for purposes specified in its Statute.

(b) It is, however, understood that the IAEA shall respect any laws of the Republic of Austria, or any international conventions to which the Republic of Austria is a party, relating to copyrights.

ARTICLE VIII

Property of the IAEA and Freedom from Taxation

Section 19

The IAEA and its property, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from every form of legal process except in so far as in any particular case the IAEA shall have expressly waived its immunity. It is, however, understood that no waiver of immunity shall extend to any measure of execution.

Section 20

The property of the IAEA, wherever located and by whomsoever held, shall enjoy immunity from search, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference, whether by executive, administrative, judicial or legislative action.

Section 21

The archives of the IAEA shall be inviolable wherever located.

Section 22

(a) The IAEA and its property shall be exempt from all forms of taxation, provided, however, that such tax exemption shall not extend to the owner or lessor of any property rented by the IAEA.

(b) In so far as the Government, for important administrative considerations, may be unable to grant the IAEA exemption from indirect taxes which constitute part of the cost of goods purchased by or services rendered to the IAEA, the Government shall reimburse the IAEA for such taxes by the payment, from time to time, of lump sums to be agreed upon by the IAEA and the Government. It is, however, understood that the IAEA will not claim reimbursement with respect to minor purchases. With respect to such taxes, the IAEA shall at all times enjoy at least the same exemptions and facilities as are granted to Austrian governmental administrations or to chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria, whichever are the more favourable. It is further understood that the IAEA will not claim exemption from taxes which are in fact no more than charges for public utility services.

(c) Notwithstanding sub-section (b), all transactions to which the IAEA is a party and all documents recording such transactions shall be exempt from all taxes, recording fees, and documentary taxes.

(d) Articles imported or exported by the IAEA for official purposes shall be exempt from customs duties and other levies, prohibitions and restrictions on imports and exports. Such articles shall include, without limitation by reason of this enumeration, scientific and industrial plant, equipment and materials of any kind.

(e) The IAEA shall be exempt from customs duties and other levies, prohibitions and restrictions on the importation of service automobiles, and spare parts thereof, required for its official purposes.

(f) The Government shall, if requested, grant allotments of gasoline or other fuels and lubricating oils for each such automobile operated by the IAEA in such quantities as are required for its work and at any special rates which may be established for diplomatic missions in the Republic of Austria.

(g) Articles imported in accordance with sub-sections (d) and (e) or obtained from the Government in accordance with sub-section (f) of this section, shall not be sold by the IAEA in the Republic of Austria except under conditions agreed upon with the Government.

ARTICLE IX

Financial Facilities

Section 23

(a) Without being subject to any financial controls, regulations or moratoria of any kind, the IAEA may freely:

- (i) Purchase any currencies through authorized channels and hold and dispose of them;
- (ii) Operate accounts in any currency;
- (iii) Purchase through authorized channels, hold and dispose of funds, securities and gold;
- (iv) Transfer its funds, securities, gold and currencies to or from the Republic of Austria, to or from any other country, or within the Republic of Austria; and
- (v) Raise funds through the exercise of its borrowing power or in any other manner which it deems desirable, except that with respect to the raising of funds within the Republic of Austria, the IAEA shall obtain the concurrence of the Government.

(b) The Government shall assist the IAEA to obtain the most favourable conditions as regards exchange rates, banking commissions in exchange transactions and the like.

(c) The IAEA shall, in exercising its rights under this section, pay due regard to any representations made by the Government in so far as effect can be given to such representations without prejudicing the interests of the IAEA.

ARTICLE X

Social Security and Pension Funds

Section 24

Any pension fund or provident fund established by or conducted under the authority of the IAEA shall enjoy legal capacity in the Republic of Austria if the IAEA so requests, and shall enjoy the same exemptions, immunities and privileges as the IAEA itself.

Section 25

The IAEA shall be exempt from all compulsory contributions to, and officials of the IAEA shall not be required by the Government to participate in, any social security scheme of the Republic of Austria.

Section 26

The Government shall make such provision as may be necessary to enable any official of the IAEA who is not afforded social security coverage by the IAEA to participate, if the IAEA so requests, in any social security scheme of the Republic of Austria. The IAEA shall, in so far as possible, arrange, under conditions to be agreed upon, for the participation in the Austrian social security system of those locally recruited members of its staff to whom it does not grant social security protection at least equivalent to that offered under Austrian law.

ARTICLE XI

Transit and Residence

Section 27

(a) The Government shall take all necessary measures to facilitate the entry into and sojourn in Austrian territory and shall place no impediment in the way of the departure from Austrian territory of the persons listed below, shall ensure that no impediment is placed in the way of their transit to or from the headquarters seat and shall afford them any necessary protection in transit:

- (i) Governors, alternates for and advisers and experts attached to Governors, resident representatives and members of the resident delegations of Member States to the IAEA, their families and other members of their households, as well as clerical and other auxiliary personnel attached to the staffs of Governors or resident representatives and the spouses and dependent children of such personnel;
- (ii) Representatives of Member States, their families and other members of their households as well as clerical and other auxiliary personnel attached to delegations of Member States and the spouses and dependent children of such personnel;
- (iii) Officials of the IAEA, their families and other members of their households;
- (iv) Officials of the United Nations or of any other organization brought into relationship with the IAEA pursuant to Article XVI. A. of its Statute, who have official business with the IAEA, and their spouses and dependent children;

(v) Representatives of other organizations with which the IAEA has established consultative relations, who have official business with the IAEA;

(vi) Persons, other than officials of the IAEA, performing missions authorized by the IAEA or serving on committees or other subsidiary bodies of the IAEA, and their spouses;

(vii) Representatives of the press, radio, film, television or other information media, who have been accredited to the IAEA in its discretion after consultation with the Government;

(viii) Representatives of States which are not Members of the IAEA who are sent as observers, in accordance with rules adopted by the IAEA, to meetings convened by the IAEA; and

(ix) Representatives of other organizations or other persons invited by the IAEA to the headquarters seat on official business. The Director General shall communicate the names of such persons to the Government before their intended entry.

(b) This section shall not apply in the case of general interruptions of transportation, which shall be dealt with as provided in sub-section 12 (b), and shall not impair the effectiveness of generally applicable laws relating to the operation of means of transportation.

(c) Visas which may be required by persons referred to in this section shall be granted without charge and as promptly as possible.

(d) No activity performed by any person referred to in this section in his official capacity with respect to the IAEA as indicated in sub-section (a) shall constitute a reason for preventing his entry into or his departure from the territory of the Republic of Austria or for requiring him to leave such territory.

(e) No person referred to in sub-section (a) shall be required by the Government to leave the Republic of Austria save in the event of an abuse of the right of residence, in which case the following procedures shall apply:

(i) No proceeding shall be instituted to require any such person to leave the Republic of Austria except with the prior approval of the Federal Minister for Foreign Affairs of the Republic of Austria;

(ii) In the case of a representative of a Member State, such approval shall be given only after consultation with the Government of the Member State concerned;

- (iii) In the case of any other person mentioned in sub-section (a), such approval shall be given only after consultation with the Director General, and if expulsion proceedings are taken against any such person the Director General shall have the right to appear or to be represented in such proceedings on behalf of the person against whom such proceedings are instituted; and
- (iv) Persons who are entitled to diplomatic privileges and immunities under sections 30, 31 or 39 shall not be required to leave the Republic of Austria otherwise than in accordance with the customary procedure applicable to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

(f) This section shall not prevent the requirement of reasonable evidence to establish that persons claiming the rights granted by this section come within the classes described in sub-section (a), or the reasonable application of quarantine and health regulations.

Section 28

The Director General and the appropriate Austrian authorities shall, at the request of either of them, consult as to methods of facilitating entrance into the Republic of Austria, and as to the use of available means of transportation, by persons coming from abroad who wish to visit the headquarters seat and who do not enjoy the privileges provided by section 27.

ARTICLE XII

Permanent Missions to the IAEA

Section 29

Permanent missions to the IAEA of Member States shall enjoy the same privileges and immunities as are accorded to diplomatic missions in the Republic of Austria.

ARTICLE XIII

Governors and Resident Representatives to the IAEA

Section 30

Each Governor and each resident representative to the IAEA shall be entitled within the Republic of Austria to the same privileges and immunities as the Government accords to chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

Section 31

Alternates for and advisers and experts attached to Governors and members of resident delegations of Member States to the IAEA shall be entitled to the same privileges and immunities as the Government accords to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

Section 32

Clerical and other auxiliary personnel attached to the staff of a Governor or to a resident delegation of a Member State shall be accorded the same privileges and immunities as clerical and other auxiliary personnel of diplomatic missions.

ARTICLE XIV

Representatives to the IAEA

Section 33

Representatives of Member States to any meetings convened by the IAEA shall, without prejudice to any other privileges and immunities which they may enjoy while exercising their functions and during their journeys to and from the headquarters seat, enjoy within and with respect to the Republic of Austria the following privileges and immunities:

- (a) Immunity in respect of themselves, their spouses and their dependent children from personal arrest or detention and from seizure of their personal and official baggage;
- (b) Immunity from legal process of any kind in respect of words spoken or written, and of all acts done by them, in the performance of their official functions, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned may no longer be engaged in the performance of such functions;
- (c) Inviolability of all papers, documents and other official material;
- (d) The right to use codes and to dispatch or receive papers, correspondence or other official material by courier or in sealed bags;
- (e) Exemption with respect to themselves, their spouses, their dependent relatives and other members of their households from immigration restrictions, alien registration and national service obligations;
- (f) The same protection and repatriation facilities with respect to themselves, their spouses, their dependent relatives and other

members of their households as are accorded in time of international crisis to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria;

- (g) The same privileges with respect to currency and exchange restrictions as the Government accords to representatives of foreign Governments on temporary official missions; and
- (h) The same immunities and facilities with respect to their personal and official baggage as the Government accords to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

Section 34

Clerical and other auxiliary personnel attached to a delegation of a Member State shall be accorded the same privileges and immunities as clerical and other auxiliary personnel of diplomatic missions.

Section 35

Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the persons designated in section 33 may be present in the Republic of Austria for the discharge of their duties shall not be considered as periods of residence. In particular, such persons shall be exempt from taxation on their salaries and emoluments during such periods of duty and shall be exempt from all tourist taxes.

Section 36

The privileges and immunities accorded by this Article and Article XIII are conferred, not for the personal benefit of the individuals themselves, but in order to safeguard the independent exercise of their functions in connexion with the IAEA. Consequently, it is incumbent upon a Member State to waive the immunity of any of its representatives in any case where, in the judgment of the Member State, the immunity would impede the course of justice and where it can be waived without prejudice to the purposes for which it was accorded.

Section 37

(a) The IAEA shall communicate to the Government a list of persons within the scope of this Article and Article XIII and shall revise such list from time to time as may be necessary.

(b) The Government shall furnish persons within the scope of Article XIII and such other persons as may be appropriate with an identity

card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder in relation to all Austrian authorities.

ARTICLE XV

Officials of the IAEA

Section 38

Officials of the IAEA shall enjoy within and with respect to the Republic of Austria the following privileges and immunities:

- (a) Immunity from legal process of any kind in respect of words spoken or written, and of acts performed by them, in their official capacity; such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned may have ceased to be officials of the IAEA;
- (b) Immunity from seizure of their personal and official baggage;
- (c) Immunity from inspection of official baggage and, if the official comes within the scope of section 39, immunity from inspection of personal baggage;
- (d) Exemption from taxation in respect of the salaries, emoluments and indemnities paid to them by the IAEA for services past or present or in connexion with their service with the IAEA;
- (e) Exemption from any form of taxation on income derived by them from sources outside the Republic of Austria;
- (f) Exemption, with respect to themselves, their spouses, their dependent relatives and other members of their households from immigration restrictions and alien registration;
- (g) Exemption from national service obligations, provided that, with respect to Austrian citizens, such exemption shall be confined to officials whose names have, by reason of their duties, been placed upon a list compiled by the Director General and approved by the Government; provided further that should officials, other than those listed, who are Austrian citizens be called up for national service, the Government shall, upon request of the Director General, grant such temporary deferments in the call-up of such officials as may be necessary to avoid interruption of the essential work of the IAEA;
- (h) Freedom to maintain within the Republic of Austria or elsewhere foreign securities, foreign currency accounts, and other movable and immovable property; and at the termination of their IAEA employ-

ment, the right to take out of the Republic of Austria without prohibition or restriction their funds in the same currency and up to the same amounts as they had brought into the Republic of Austria through authorized channels;

- (i) The same protection and repatriation facilities with respect to themselves, their spouses, their dependent relatives and other members of their households as are accorded in time of international crisis to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria; and
- (j) The right to import for personal use, free of duty and other levies, prohibitions and restrictions on imports:
 - (i) Their furniture and effects in one or more separate shipments, and thereafter to import necessary additions to the same;
 - (ii) One automobile every four years; and
 - (iii) Subject to a supplemental agreement to be concluded between the IAEA and the Government, limited quantities of certain articles for personal use or consumption and not for gift or sale.

Section 39

In addition to the privileges and immunities specified in section 38:

- (a) The Director General shall be accorded the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded to Ambassadors who are heads of mission;
- (b) A Deputy Director General or a senior official of the IAEA, when acting on behalf of the Director General during his absence from duty, shall be accorded the same privileges and immunities, exemptions and facilities as are accorded to the Director General; and
- (c) The Deputy Directors General and other officials having the professional grade of P-5 and above, and such additional categories of officials as may be designated, in agreement with the Government, by the Director General, in consultation with the Board of Governors, on the grounds of the responsibilities of their positions in the IAEA, shall be accorded the same privileges and immunities, exemptions and facilities as the Government accords to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

Section 40

(a) The privileges and immunities accorded by this Article are conferred in the interests of the IAEA and not for the personal benefit of the individuals themselves. The immunities of officials of the IAEA shall be waived by the IAEA in cases where the immunity impedes the course of justice and where it can be waived without prejudice to the interest of the IAEA. In any case where these privileges and immunities arise, the official involved shall immediately report to the Director General who shall decide, in consultation where appropriate with the Board of Governors, whether they shall be waived. In the case of the Director General, the Board of Governors shall have the right to waive immunities.

(b) The IAEA and its officials shall co-operate at all times with the appropriate Austrian authorities to facilitate the proper execution of the laws of the Republic of Austria and to prevent the occurrence of any abuses in connexion with the privileges and immunities accorded by this Article.

Section 41

(a) The IAEA shall communicate to the Government a list of all officials of the IAEA and shall revise such list from time to time as may be necessary.

(b) The Government shall furnish persons within the scope of this Article with an identity card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder in relation to all Austrian authorities.

ARTICLE XVI

Experts, Members of IAEA Missions and Committees and Representatives of Organizations

Section 42

Experts, other than those attached to Governors coming within the scope of Article XIII or other than officials of the IAEA coming within the scope of Article XV, performing missions authorized by, serving on committees or other subsidiary bodies of, or consulting at its request in any way with, the IAEA and representatives of organizations with which the IAEA has established relationship pursuant to Article XVI. A. of its Statute, or representatives of organizations invited by the Board of Governors or the General Conference to the headquarters seat on official business, shall enjoy, within and with respect to the Republic of Austria, the following privileges and immunities so far as may be necessary for the effective exercise of their functions and during their journeys in

connexion with service on such missions, committees or other subsidiary bodies, and during attendance at the headquarters seat and at such meetings:

- (a) Immunity in respect of themselves, their spouses and their dependent children from personal arrest or detention and from seizure of their personal and official baggage;
- (b) Immunity from legal process of any kind with respect to words spoken or written, and all acts done by them, in the performance of their official functions, such immunity to continue notwithstanding that the persons concerned may no longer be employed on missions for, serving on committees of, or acting as consultants for, the IAEA, or may no longer be present at the headquarters seat or attending meetings convened by the IAEA;
- (c) Inviolability of all papers, documents and other official material;
- (d) The right, for the purpose of all communications with the IAEA, to use codes and to dispatch or receive papers, correspondence or other official material by courier or in sealed bags;
- (e) Exemption with respect to themselves and their spouses from immigration restrictions, alien registration and national service obligations;
- (f) The same protection and repatriation facilities with respect to themselves, their spouses, their dependent relatives and other members of their households as are accorded in time of international crisis to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria;
- (g) The same privileges with respect to currency and exchange restrictions as are accorded to representatives of foreign Governments on temporary official missions; and
- (h) The same immunities and facilities with respect to their personal and official baggage as the Government accords to members, having comparable rank, of the staffs of chiefs of diplomatic mission accredited to the Republic of Austria.

Section 43

(a) Where the incidence of any form of taxation depends upon residence, periods during which the persons designated in section 42 may be present in the Republic of Austria for the discharge of their duties shall not be considered

as periods of residence. In particular, such persons shall be exempt from taxation on their salaries and emoluments received from the IAEA during such periods of duty and shall be exempt from all tourist taxes.

(b) The privileges and immunities accorded by this Article are conferred in the interest of the IAEA and not for the personal benefit of the individuals themselves. The IAEA shall waive the immunity granted under this Article to any such individuals in any case where, in the opinion of the IAEA, the immunity would impede the course of justice and could be waived without prejudice to the interest of the IAEA.

Section 44

(a) The IAEA shall communicate to the Government a list of persons within the scope of this Article and shall revise such list from time to time as may be necessary.

(b) The Government shall furnish persons within the scope of this Article with an identity card bearing the photograph of the holder. This card shall serve to identify the holder in relation to all Austrian authorities.

ARTICLE XVII

Laissez-passer

Section 45

The Government shall recognize and accept as a valid travel document the United Nations laissez-passer issued to officials of the IAEA.

ARTICLE XVIII

General Provisions

Section 46

The Republic of Austria shall not incur by reason of the location of the headquarters seat of the IAEA within its territory any international responsibility for acts or omissions of the IAEA or of its officials acting or abstaining from acting within the scope of their functions, other than the international responsibility which the Republic of Austria would incur as a Member of the IAEA.

Section 47

(a) If the Government considers it necessary to take, without prejudice to the independent and proper working of the IAEA, precautions for the security of the Republic of Austria affecting the operation of any Article of this Agreement, it shall approach the IAEA as rapidly as circumstances allow in order to

determine by mutual agreement the measures necessary to protect the interest of the IAEA.

(b) The IAEA shall co-operate with the Government to avoid any prejudice to the security of the Republic of Austria resulting from its activities.

Section 48

(a) The Director General shall take every precaution to ensure that no abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement shall occur, and for this purpose shall, with the approval of the Board of Governors, establish such rules and regulations as may be deemed necessary and expedient, for officials of the IAEA and for such other persons as may be appropriate.

(b) Should the Government consider that an abuse of a privilege or immunity conferred by this Agreement has occurred, the Director General shall, upon request, consult with the appropriate Austrian authorities to determine whether any such abuse has occurred. If such consultations fail to achieve a result satisfactory to the Director General and to the Government, the matter shall be determined in accordance with the procedure set out in section 51.

(c) All persons of Austrian citizenship and all stateless persons resident in Austria shall enjoy the privileges and immunities, exemptions and facilities accorded by this Agreement to the extent recognized by international law as accepted by the Government, provided, however, that sections 25 and 26 and subsections 38 (d) and 38 (g) shall, in any event, apply to officials of the IAEA who are Austrian citizens or who are stateless persons resident in Austria.

(d) This Agreement shall apply irrespective of whether the Government maintains or does not maintain diplomatic relations with the State concerned.

ARTICLE XIX

Supplemental Agreements and Settlement of Disputes

Section 49

(a) The IAEA and the Government may enter into such supplemental agreements as may be necessary.

(b) Upon the entry into force with respect to the Republic of Austria of any convention conferring privileges and immunities on the IAEA, such convention and this Agreement shall, if and to the extent that they deal with the same subject matter, be treated, wherever

possible, as complementary; but in case of conflict, the provisions of this Agreement shall prevail.

(c) If and to the extent that the Government shall enter into any agreement with any inter-governmental organization containing terms or conditions more favourable to that organization than similar terms or conditions of this Agreement, the Government shall extend such more favourable terms or conditions to the IAEA by means of a supplemental agreement.

Section 50

The IAEA shall make provision for appropriate methods of settlement of:

(a) Disputes arising out of contracts and disputes of a private law character to which the IAEA is a party; and

(b) Disputes involving an official of the IAEA who, by reason of his official position, enjoys immunity, if such immunity has not been waived by the IAEA.

Section 51

Any dispute between the IAEA and the Government concerning the interpretation or application of this Agreement or of any supplemental agreement, or any question affecting the headquarters seat or the relationship between the IAEA and the Government, which is not settled by negotiation or other agreed mode of settlement, shall be referred for final decision to a tribunal of three arbitrators: one to be chosen by the Director General, one to be chosen by the Federal Minister for Foreign Affairs of the Republic of Austria, and the third, who shall be chairman of the tribunal, to be chosen by the first two arbitrators. Should the first two arbitrators fail to agree upon the third within six months following the appointment of the first two arbitrators, such third arbitrator shall be chosen by the President of the International Court of Justice at the request of the IAEA or the Government.

ARTICLE XX

Operation of this Agreement

Section 52

(a) This Agreement shall enter into force upon an exchange of notes between the Director General duly authorized thereto and the duly authorized representative of the Federal President of the Republic of Austria.

(b) Consultations with respect to modification of this Agreement shall be entered into at the

request of the IAEA or the Government. Any such modification shall be by mutual consent.

(c) This Agreement shall be construed in the light of its primary purpose of enabling the IAEA at its headquarters in the Republic of Austria fully and efficiently to discharge its responsibilities and fulfil its purposes.

(d) Whenever this Agreement imposes obligations on the appropriate Austrian authorities, the ultimate responsibility for the fulfilment of such obligations shall rest with the Government.

(e) This Agreement shall cease to be in force:

(i) By mutual consent of the IAEA and the Government; and

(ii) If the permanent headquarters of the IAEA is removed from the territory of the Republic of Austria, except for such provisions as may be applicable in connexion with the orderly termination of the operations of the IAEA at its permanent headquarters in the Republic of Austria and the disposal of its property therein.

Accord entre la République d'Autriche et l'Agence internationale de l'énergie atomique relatif au siège de l'Agence internationale de l'énergie atomique.

La République d'Autriche

et

L'Agence internationale de l'énergie atomique

Désireuses de conclure un accord en vue d'établir le siège de l'Agence internationale de l'énergie atomique dans la ville de Vienne, ou dans ses environs, et de régler les questions qui se posent à cet égard,

Ont désigné à cet effet comme leurs représentants:

Le Président fédéral de la République d'Autriche:

DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl,
Ministre fédéral des Affaires étrangères,

et

L'Agence internationale de l'énergie atomique:

W. Sterling Cole,
Directeur général,

qui sont convenus de ce qui suit:

ARTICLE PREMIER

Définitions

Section 1

Aux fins du présent Accord,

a) L'expression « AIEA » désigne l'Agence internationale de l'énergie atomique;

b) L'expression « Gouvernement » désigne le Gouvernement fédéral de la République d'Autriche;

c) L'expression « Directeur général » désigne le Directeur général de l'AIEA ou tout fonctionnaire chargé d'agir en son nom;

d) L'expression « autorités autrichiennes compétentes » désigne les autorités de la République d'Autriche, fédérales, des Etats, municipales ou

autres, compétentes selon le contexte et conformément aux lois et coutumes de la République d'Autriche;

e) L'expression « lois de la République d'Autriche » désigne:

i) La constitution fédérale et les constitutions des Etats;

ii) Les lois, règlements et arrêtés édictés par le Gouvernement ou par les autorités autrichiennes compétentes, ou sur leurs instructions;

f) L'expression « district du siège » désigne:

i) La zone définie comme telle de temps à autre dans les accords complémentaires mentionnés à la section 3, avec le bâtiment ou les bâtiments qu'elle contient;

ii) Tous autres terrains ou bâtiments qui viendraient à être incorporés de temps à autre au district du siège, à titre temporaire ou permanent, conformément au présent Accord ou à un accord complémentaire conclu avec le Gouvernement;

g) L'expression « Etat Membre » désigne un Etat qui est membre de l'AIEA;

h) L'expression « gouverneur » désigne tout gouverneur nommé au Conseil des gouverneurs de l'AIEA;

i) L'expression « suppléants, conseillers et experts des gouverneurs » comprend les suppléants, conseillers et experts des gouverneurs, à l'exclusion du personnel de bureau et autre personnel auxiliaire;

j) L'expression « représentant permanent auprès de l'AIEA » désigne le principal représentant permanent auprès de l'AIEA nommé par un Etat Membre;

46

k) L'expression « membres de la délégation permanente d'un Etat Membre auprès de l'AIEA » comprend les membres de la délégation du représentant permanent auprès de l'AIEA, à l'exclusion du personnel de bureau et autre personnel auxiliaire;

l) L'expression « représentants d'Etats Membres » désigne les représentants accrédités par les Etats Membres, ainsi que les membres de leurs délégations, à l'exclusion du personnel de bureau et autre personnel auxiliaire;

m) L'expression « réunions convoquées par l'AIEA » désigne les réunions de la Conférence générale de l'AIEA et du Conseil des gouverneurs de l'AIEA ainsi que les conférences internationales ou autres réunions convoquées ou patronnées par l'AIEA;

n) L'expression « archives de l'AIEA » désigne les comptes rendus et la correspondance, les documents, les manuscrits, les photographies, les films cinématographiques, les pellicules et les enregistrements sonores appartenant à l'AIEA ou détenus par elle;

o) L'expression « fonctionnaires de l'AIEA » désigne le Directeur général et tous les membres du personnel de l'AIEA, à l'exception de ceux qui sont recrutés sur place et payés à l'heure;

p) L'expression « biens », au sens où elle est employée à l'article VIII, désigne tous les biens, y compris les fonds et autres avoirs, appartenant à l'AIEA ou détenus ou gérés par elle dans l'exercice de ses fonctions statutaires, ainsi que tous ses revenus.

ARTICLE II

District du siège

Section 2

a) Le siège permanent de l'AIEA est établi dans le district du siège; il ne sera pas transféré hors de ce district à moins que l'AIEA n'en décide ainsi. Le transfert temporaire du siège en un autre lieu ne constitue pas un transfert du siège permanent, sauf décision expresse de l'AIEA à cet effet.

b) Tout bâtiment utilisé, avec l'assentiment du Gouvernement, pour des réunions convoquées par l'AIEA fait temporairement partie du district du siège.

c) Les autorités autrichiennes compétentes prendront toutes les mesures nécessaires pour que l'AIEA ne soit pas dépossédée du district du siège, ou d'une partie de ce district, sans le consentement exprès de l'AIEA.

Section 3

Le Gouvernement concède à l'AIEA, et l'AIEA accepte du Gouvernement, le droit d'utiliser et d'occuper en permanence le district

du siège tel qu'il sera défini de temps à autre dans les accords complémentaires qui seront conclus entre l'AIEA et le Gouvernement.

Section 4

a) Pour permettre à l'AIEA d'utiliser le réseau de télécommunications à ondes courtes de l'Organisation des Nations Unies, le Gouvernement accordera à l'AIEA, sur sa demande, pour l'exercice de ses fonctions officielles, toutes facilités appropriées en matière de radiodiffusion et autres moyens de télécommunication, conformément aux accords techniques qui seront conclus avec l'Union Internationale des Télécommunications.

b) L'AIEA peut établir et exploiter toutes autres installations de radiodiffusion et tous autres moyens de télécommunication qui seraient spécifiés dans un accord complémentaire conclu entre l'AIEA et les autorités autrichiennes compétentes.

Section 5

L'AIEA peut établir et exploiter des installations de recherche et autres installations techniques de tous types. Ces installations seront soumises aux mesures de sécurité appropriées; dans le cas d'installations pouvant présenter des dangers pour la santé ou la sécurité ou des inconvénients pour l'intégrité des biens, lesdites mesures devront être arrêtées en accord avec les autorités autrichiennes compétentes.

Section 6

Dans la mesure nécessaire à l'efficacité de l'exploitation, les installations prévues aux sections 4 et 5 peuvent être établies et exploitées en dehors du district du siège. A la demande de l'AIEA, les autorités autrichiennes compétentes prendront des dispositions en vue de l'acquisition ou de l'utilisation par l'AIEA, dans les conditions et selon les modalités convenues dans un accord complémentaire, de locaux appropriés à cet effet, ainsi que de l'incorporation de ces locaux au district du siège.

ARTICLE III

Extraterritorialité du district du siège

Section 7

a) Le Gouvernement reconnaît l'extraterritorialité du district du siège, qui est sous le contrôle et l'autorité de l'AIEA conformément aux dispositions du présent Accord.

b) Sauf disposition contraire du présent Accord et sous réserve des règlements édictés en vertu de la section 8, les lois de la République d'Autriche sont applicables dans le district du siège.

c) Sauf disposition contraire du présent Accord, les tribunaux ou autres organes compétants de la République d'Autriche sont habilités à connaître, conformément aux lois applicables, des actes accomplis ou des transactions effectuées dans le district du siège.

Section 8

a) L'AIEA a le droit d'édicter des règlements applicables dans le district du siège pour y créer les conditions nécessaires au plein exercice de ses attributions. Dans la mesure où les lois de la République d'Autriche seraient incompatibles avec l'un desdits règlements, elles ne sont pas applicables dans le district du siège. Tout différend entre l'AIEA et la République d'Autriche sur la question de savoir si un règlement de l'AIEA est conforme à la présente section, ou si une loi de la République d'Autriche est incompatible avec l'un des règlements édictés par l'AIEA en vertu de la présente section, doit être rapidement réglé selon la procédure prévue à la section 51. Jusqu'à la solution du différend, le règlement de l'AIEA reste applicable et la loi de la République d'Autriche n'est pas applicable à l'intérieur du district du siège dans la mesure où l'AIEA la déclare incompatible avec ledit règlement.

b) L'AIEA doit informer le Gouvernement, chaque fois qu'il y aura lieu, des règlements qu'elle a édictés en vertu de l'alinéa a) ci-dessus.

c) La présente section ne fait pas obstacle à l'application raisonnable des règlements de protection contre l'incendie et des règlements sanitaires édictés par les autorités autrichiennes compétentes.

Section 9

a) Le district du siège est inviolable. Les fonctionnaires ou agents de la République d'Autriche ou les personnes exerçant une fonction publique dans la République d'Autriche ne peuvent entrer dans le district du siège pour y exercer des fonctions quelles qu'elles soient, si ce n'est avec le consentement du Directeur général et dans les conditions acceptées par lui. La signification des actes de procédure, notamment la saisie de biens privés, ne pourra avoir lieu dans le district du siège qu'avec le consentement exprès du Directeur général et dans les conditions acceptées par lui.

b) Sans préjudice des dispositions de l'article XI, l'AIEA empêchera que le district du siège ne devienne le refuge de personnes tentant d'échapper à une arrestation ordonnée en exécution d'une loi de la République d'Autriche, ou réclamées par le Gouvernement pour être extradées dans un autre pays, ou cherchant à se dérober à la signification d'un acte de procédure.

ARTICLE IV

Protection du district du siège

Section 10

a) Les autorités autrichiennes compétentes prendront toutes mesures appropriées afin que la tranquillité du district du siège ne soit pas troublée par des personnes ou des groupes de personnes cherchant à y pénétrer sans autorisation ou provoquant des désordres dans son voisinage immédiat; à cette fin, elles assureront, aux limites du district du siège, la protection de police nécessaire.

b) A la demande du Directeur général, les autorités autrichiennes compétentes fourniront des forces de police suffisantes pour assurer le maintien de l'ordre à l'intérieur du district du siège.

Section 11

Les autorités autrichiennes compétentes prendront toutes mesures raisonnables pour que l'usage qui pourrait être fait des terrains ou bâtiments avoisinant le district du siège ne diminue pas les agréments du district et ne gêne pas son utilisation aux fins prévues. L'AIEA prendra, de son côté, toutes mesures raisonnables pour que l'usage qui pourrait être fait des terrains et bâtiments situés dans le district du siège ne diminue pas les agréments des terrains situés dans le voisinage de ce dernier.

ARTICLE V

Services publics dans le district du siège

Section 12

a) Les autorités autrichiennes compétentes feront usage de leurs pouvoirs, dans la mesure où le Directeur général le demandera, pour assurer, à des conditions équitables, la fourniture au district du siège des services publics nécessaires, notamment, mais sans que cette énumération soit limitative: l'électricité, l'eau, le gaz, le service des égouts, les services postaux, téléphoniques et télégraphiques, les transports locaux, l'évacuation des eaux, l'enlèvement des ordures, les services d'incendie et l'enlèvement de la neige sur la voie publique.

b) En cas d'interruption ou de risque d'interruption de l'un de ces services, les autorités autrichiennes compétentes considéreront les besoins de l'AIEA comme étant d'une importance égale à ceux du Gouvernement pour ses activités essentielles; elles prendront les mesures appropriées pour éviter que les travaux de l'AIEA ne soient entravés.

c) Le Directeur général prendra, sur demande, les dispositions voulues pour que les représentants dûment autorisés des organismes chargés

48

des services publics en question puissent inspecter, réparer, entretenir, reconstruire ou déplacer les installations des services publics: canalisations, conduites et égouts, à l'intérieur du district du siège, d'une manière qui ne gêne pas outre mesure l'exercice des fonctions de l'AIEA.

d) Si le gaz, l'électricité, l'eau ou le chauffage sont fournis par les autorités autrichiennes compétentes, ou si les prix de ces fournitures sont soumis à leur contrôle, l'AIEA bénéficiera de tarifs qui ne dépasseront pas les plus bas tarifs comparables consentis aux administrations publiques autrichiennes.

ARTICLE VI

Communications et transports

Section 13

L'AIEA jouit pour ses communications officielles, dans la mesure compatible avec les conventions, règlements et accords internationaux auxquels le Gouvernement est partie, d'un traitement qui n'est pas moins favorable que le traitement accordé par le Gouvernement à toute autre organisation ou à un gouvernement, y compris les missions diplomatiques de ce gouvernement, en matière de priorité et tarifs pour les envois postaux, les câblogrammes, télégrammes, radiotélégrammes, téléphotographies, les émissions télévisées, les communications téléphoniques et autres communications, ainsi qu'en matière de tarifs de presse pour les informations à la presse et à la radiodiffusion.

Section 14

L'AIEA a le droit, pour l'exercice de ses fonctions officielles, d'utiliser les moyens de transports ferroviaires du Gouvernement à des tarifs ne dépassant pas les plus bas tarifs comparables consentis aux administrations publiques autrichiennes pour les voyageurs et les marchandises.

Section 15

a) Toutes les communications officielles adressées à l'AIEA ou à l'un quelconque de ses fonctionnaires au district du siège et toutes les communications officielles émanant de l'AIEA, par quelque moyen ou sous quelque forme que ce soit, sont exemptes de toute censure et de toute autre forme d'interception ou de violation de leur secret. Cette immunité s'étend, sans que cette énumération soit limitative, aux publications, photographies, films cinématographiques, pellicules et enregistrements sonores.

b) L'AIEA a le droit d'employer des codes ainsi que d'expédier et de recevoir sa correspondance et ses autres communications officielles par courriers ou par valises scellées qui bénéfi-

cient des mêmes privilèges et immunités que les courriers et valises diplomatiques.

ARTICLE VII

Personnalité juridique, liberté de réunion et liberté de publication

Section 16

Le Gouvernement reconnaît la personnalité juridique de l'AIEA et, en particulier, sa capacité:

- a) de contracter;
- b) d'acquérir des biens, meubles et immeubles et d'en disposer;
- c) d'ester en justice.

Section 17

a) Le Gouvernement reconnaît le droit de l'AIEA de convoquer des réunions dans le district du siège ou, avec l'accord du Gouvernement ou des autorités autrichiennes compétentes désignées par lui, en d'autres lieux sur le territoire de la République d'Autriche.

b) Afin d'assurer pleinement la liberté de réunion et la liberté des débats, le Gouvernement prendra toutes mesures appropriées pour qu'aucun obstacle ne soit mis au déroulement des travaux des réunions convoquées par l'AIEA.

Section 18

a) Le Gouvernement reconnaît le droit de l'AIEA de publier et de radiodiffuser librement dans le territoire de la République d'Autriche, aux fins spécifiées dans son Statut.

b) Il est toutefois entendu que l'AIEA est tenue de respecter toutes les lois de la République d'Autriche et toutes les conventions internationales auxquelles la République d'Autriche est partie, relatives aux droits d'auteur.

ARTICLE VIII

Biens appartenant à l'AIEA et exemption d'impôts

Section 19

L'AIEA et ses biens, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, jouissent de l'immunité de juridiction, sauf dans la mesure où l'AIEA, dans un cas particulier, y a expressément renoncé. Toutefois, la renonciation ne peut s'étendre aux mesures d'exécution.

Section 20

Les biens de l'AIEA, où qu'ils se trouvent et quel qu'en soit le détenteur, jouissent de l'immunité en matière de perquisition, réquisition, confiscation, expropriation et de toute autre forme de contrainte résultant d'une décision gouverne-

mentale, administrative ou judiciaire ou prescrite par le législateur.

Section 21

Les archives de l'AIEA sont inviolables, où qu'elles se trouvent.

Section 22

a) L'AIEA et ses biens sont exempts de tout impôt, étant entendu toutefois que cette exemption fiscale ne s'étend pas au propriétaire ou bailleur d'un bien pris en location par l'AIEA.

b) Dans la mesure où, pour d'importantes raisons administratives, le Gouvernement se trouvera dans l'impossibilité d'accorder à l'AIEA l'exemption des impôts indirects incorporés dans le prix des marchandises achetées par l'AIEA ou des services qui lui sont fournis, il remboursera ces impôts à l'AIEA en lui versant, de temps à autre, les sommes forfaitaires dont il sera convenu avec elle. Toutefois, il est entendu que l'AIEA ne demandera pas de remboursement afférent à de menus achats. En ce qui concerne les impôts susmentionnés, l'AIEA bénéficie, en tout temps, au moins des mêmes exemptions et facilités que les administrations publiques autrichiennes ou que les chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche, si ces derniers jouissent d'un traitement plus favorable. En outre, il est entendu que l'AIEA ne réclamera pas l'exemption de taxes qui ne sont, en fait, que des redevances perçues pour des services publics.

c) Nonobstant les dispositions de l'alinéa b), toutes les transactions auxquelles l'AIEA est partie et tous les documents où sont consignées lesdites transactions sont exempts de tous impôts et droits d'enregistrement et de timbre.

d) Les articles importés ou exportés par l'AIEA à des fins officielles sont exempts de tous droits de douane ou autres redevances et de toutes prohibitions et restrictions à l'importation ou à l'exportation. Ces articles comprennent, sans que cette énumération soit limitative, les installations, le matériel et les produits de toutes sortes destinés à des fins scientifiques ou industrielles.

e) L'AIEA est exempte de tous droits de douane ou redevances et de toutes prohibitions ou restrictions pour l'importation des véhicules automobiles qui sont destinés à son usage officiel et des pièces de rechange pour ces véhicules.

f) Le Gouvernement accordera, sur demande, des contingents d'essence ou autres carburants et de lubrifiants pour chacun des véhicules utilisés par l'AIEA, en quantités suffisantes pour permettre à cette dernière d'exercer son activité

et aux tarifs spéciaux qui peuvent être établis pour les missions diplomatiques en Autriche.

g) Les articles importés conformément aux dispositions des alinéas d) et e) de la présente section ou obtenus du Gouvernement conformément à l'alinéa f) de la présente section ne seront vendus par l'AIEA sur le territoire de la République d'Autriche qu'aux conditions fixées de commun accord avec le Gouvernement.

ARTICLE IX

Facilités d'ordre financier

Section 23

a) Sans être astreinte à aucun contrôle, réglementation ou moratoire financier, l'AIEA peut librement:

- i) Acheter toutes monnaies par les voies autorisées, les détenir et en disposer;
- ii) Disposer de comptes en toutes monnaies;
- iii) Acheter par les voies autorisées ou détenir des fonds, des valeurs et de l'or, et en disposer;
- iv) Transférer ses fonds, ses valeurs, son or et ses devises d'Autriche dans un autre pays ou inversement, ou à l'intérieur de l'Autriche;
- v) Se procurer des fonds, par l'exercice de son droit de contracter des emprunts ou de toute autre manière qu'elle jugera souhaitable; toutefois, lorsque cette opération aura lieu sur le territoire de la République d'Autriche, l'AIEA devra obtenir l'assentiment du Gouvernement.

b) Le Gouvernement aidera l'AIEA à obtenir les conditions les plus favorables en matière de taux de change, de commissions bancaires sur les opérations de change et autres questions du même ordre.

c) Dans l'exercice des droits qui lui sont accordés par la présente section, l'AIEA tiendra dûment compte de toutes représentations qui lui seraient faites par le Gouvernement, dans la mesure où elle pourra y donner suite sans nuire à ses intérêts.

ARTICLE X

Sécurité sociale et caisse des pensions

Section 24

Toute caisse des pensions ou tout fonds de prévoyance créé par l'AIEA, ou géré sous son autorité, aura la capacité juridique en Autriche si l'AIEA le demande et jouira des mêmes exemptions, immunités et privilèges que l'AIEA elle-même.

50

Section 25

L'AIEA est exempté de toute contribution obligatoire à un système de sécurité sociale de la République d'Autriche, et le Gouvernement n'exigera pas des fonctionnaires de l'AIEA qu'ils adhèrent à un tel système.

Section 26

Le Gouvernement prendra les mesures nécessaires pour permettre à tout fonctionnaire de l'AIEA qui n'est pas protégé par un plan de sécurité sociale de l'AIEA d'adhérer, à la demande de cette dernière, à tout système de sécurité sociale de la République d'Autriche. L'AIEA prendra, dans la mesure du possible, des dispositions arrêtées de commun accord en vue de permettre la participation au système de sécurité sociale autrichien des membres de son personnel recrutés sur place auxquels elle n'accorde pas, en vertu d'un plan de sécurité sociale, une protection au moins équivalente à celle que donne la loi autrichienne.

ARTICLE XI

Déplacements et séjours

Section 27

a) Le Gouvernement prendra toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'entrée et le séjour dans le territoire autrichien des personnes énumérées ci-après, ne mettra aucun obstacle à leur sortie de ce territoire, veillera à ce que leurs déplacements à destination ou en provenance du district du siège ne subissent aucune entrave et leur accordera la protection nécessaire pendant leurs déplacements:

- i) Les gouverneurs, les suppléants, conseillers et experts des gouverneurs, les représentants permanents et les membres des délégations permanentes des Etats Membres auprès de l'AIEA, leurs familles et leurs personnels domestiques, ainsi que les membres du personnel de bureau et autre personnel auxiliaire attachés aux personnels des gouverneurs ou des représentants permanents, et leurs conjoints et enfants à charge;
- ii) Les représentants d'Etats Membres, leurs familles et leurs personnels domestiques, ainsi que les membres du personnel de bureau et autre personnel auxiliaire attachés aux délégations des Etats Membres, et leurs conjoints et enfants à charge;
- iii) Les fonctionnaires de l'AIEA, leurs familles et leurs personnels domestiques;
- iv) Les fonctionnaires de l'Organisation des Nations Unies ou de toute autre organisa-

tion ayant conclu un accord régissant ses relations avec l'AIEA, conformément au paragraphe A de l'article XVI du Statut, qui sont en mission auprès de l'AIEA, et leurs conjoints et enfants à charge;

- v) Les représentants des autres organisations auxquelles l'AIEA aura accordé le statut consultatif, qui sont en mission auprès de l'AIEA;
 - vi) Les personnes autres que les fonctionnaires de l'AIEA, qui sont en mission pour le compte de l'AIEA ou sont membres de commissions et autres organes subsidiaires de l'AIEA, et leurs conjoints;
 - vii) Les représentants de la presse, de la radio-diffusion, du cinématographe, de la télévision et des autres moyens d'information, que l'AIEA aura décidé d'agréer après consultation avec le Gouvernement;
 - viii) Les représentants d'Etats non membres de l'AIEA qui sont envoyés en qualité d'observateurs, conformément aux règles établies par l'Agence, à des réunions convoquées par cette dernière;
 - ix) Les représentants d'autres organisations ou toutes autres personnes invitées par l'AIEA à se rendre en mission au district du siège. Le Directeur général communiquera les noms de ces personnes au Gouvernement avant la date prévue pour leur entrée sur le territoire de la République d'Autriche.
- b) La présente section ne s'applique pas dans les cas d'interruption générale des transports, qui seront traités comme il est prévu à l'alinéa b) de la section 12, et ne fait pas obstacle à l'exécution des lois généralement applicables en ce qui concerne l'exploitation des moyens de transport.
- c) Les visas qui peuvent être nécessaires aux personnes mentionnées dans la présente section seront accordés sans frais et aussi rapidement que possible.
- d) Les activités se rapportant à l'AIEA qu'exercent à titre officiel les personnes mentionnées à l'alinéa a) de la présente section ne sauraient en aucun cas constituer pour les autorités autrichiennes une raison d'empêcher les dites personnes d'entrer sur le territoire de la République d'Autriche ou de le quitter, ou de les contraindre à le quitter.
- e) Le Gouvernement ne pourra inviter aucune des personnes visées à l'alinéa a) de la présente section à quitter le territoire de la République d'Autriche, sauf en cas d'abus du droit de résidence; dans ce cas, les dispositions suivantes seraient applicables:

- i) Aucune procédure ne sera engagée pour contraindre l'une des personnes susvisées à quitter le territoire de la République d'Autriche, sans l'approbation préalable du Ministre fédéral des Affaires étrangères de la République d'Autriche;
- ii) S'il s'agit d'un représentant d'un Etat Membre, cette approbation ne pourra être donnée qu'après consultation avec le Gouvernement de l'Etat Membre intéressé;
- iii) S'il s'agit d'une autre personne visée à l'alinéa a) de la présente section, cette approbation ne pourra être donnée qu'après consultation avec le Directeur général; si une procédure d'expulsion est engagée contre cette personne, le Directeur général aura le droit d'intervenir ou de se faire représenter dans cette procédure pour le compte de la personne contre laquelle elle est engagée;
- iv) Les personnes jouissant des privilèges et immunités diplomatiques aux termes des sections 30, 31 ou 39 du présent Accord ne pourront être invitées à quitter le territoire de la République d'Autriche si ce n'est conformément à la procédure normalement suivie pour le personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.
- f) La présente section n'interdit pas d'exiger des personnes qui revendiquent les droits accordés par la présente section qu'elles prouvent de façon satisfaisante qu'elles rentrent bien dans les catégories prévues à l'alinéa a). Elle n'exclut pas non plus l'application raisonnable des mesures quaranténaires et des règlements sanitaires.

Section 28

Le Directeur général et les autorités autrichiennes compétentes se consulteront, à la demande de l'un d'eux, au sujet des mesures propres à faciliter l'entrée sur le territoire de la République d'Autriche aux personnes venant de l'étranger qui désirent se rendre dans le district du siège et qui ne bénéficient pas des privilèges prévus à la section 27, et au sujet de l'utilisation des moyens de transport disponibles par lesdites personnes.

ARTICLE XII

Missions permanentes auprès de l'AIEA

Section 29

Les missions permanentes des Etats Membres auprès de l'AIEA jouissent des privilèges et immunités accordés aux missions diplomatiques en Autriche.

ARTICLE XIII

Gouverneurs et représentants permanents auprès de l'AIEA

Section 30

Les gouverneurs et les représentants permanents auprès de l'AIEA ont droit, sur le territoire de la République d'Autriche, aux privilèges et immunités que le Gouvernement accorde aux chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

Section 31

Les suppléants, conseillers et experts des gouverneurs et les membres des délégations permanentes des Etats Membres auprès de l'AIEA ont droit aux privilèges et immunités que le Gouvernement accorde au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

Section 32

Le personnel de bureau et autre personnel auxiliaire attaché au personnel placé sous l'autorité d'un gouverneur ou à la délégation permanente d'un Etat Membre jouissent des mêmes privilèges et immunités que le personnel de bureau et autre personnel auxiliaire des missions diplomatiques.

ARTICLE XIV

Représentants auprès de l'AIEA

Section 33

Sans préjudice des autres privilèges et immunités dont ils peuvent bénéficier dans l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination et en provenance du district du siège, les représentants des Etats Membres aux réunions de l'AIEA jouissent, sur le territoire et à l'égard de la République d'Autriche, des privilèges et immunités suivants:

- a) Immunités d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et officiels, pour eux-mêmes, leurs conjoints et les enfants qui sont à leur charge;
- b) Immunité de juridiction pour leurs paroles, leurs écrits et tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles; cette immunité subsiste même si les intéressés ont cessé d'exercer leurs fonctions;
- c) Inviolabilité de tous papiers et documents officiels;
- d) Droit de faire usage de codes et d'expédier ou de recevoir des papiers, de la correspondance et autres documents officiels par courriers ou par valises scellées;

52

- e) Exemption, pour eux-mêmes, leurs conjoints, les membres de leurs familles qui sont à leur charge et leurs personnels domestiques, de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers et de toutes obligations de service national;
- f) Protection et facilités de rapatriement, pour eux-mêmes, leurs conjoints, les membres de leurs familles qui sont à leur charge et leurs personnels domestiques, identiques à celles qui sont accordées en période de crise internationale au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche;
- g) Privilèges, en ce qui concerne les restrictions monétaires et de change, identiques à ceux que le Gouvernement accorde aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- h) Immunités et facilités, en ce qui concerne leurs bagages personnels et officiels, identiques à celles que le Gouvernement accorde au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

Section 34

Le personnel de bureau et autre personnel auxiliaire attaché à la délégation d'un Etat Membre jouissent des mêmes privilèges et immunités que le personnel de bureau et autre personnel auxiliaire des missions diplomatiques.

Section 35

Lorsque l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujéti, les périodes pendant lesquelles les personnes visées à la section 33 se trouveront sur le territoire de la République d'Autriche pour l'exercice de leurs fonctions ne seront pas considérées comme des périodes de résidence. En particulier, ces personnes seront exemptes de tout impôt sur les traitements et indemnités afférents auxdites périodes de service et de toutes taxes que doivent payer les touristes.

Section 36

Les privilèges et immunités accordés par le présent article et par l'article XIII sont conférés aux représentants des Etats Membres, non pas dans leur intérêt personnel, mais pour garantir leur indépendance dans l'exercice de leurs fonctions auprès de l'AIEA. Par conséquent, il incombe aux Etats Membres de lever l'immunité de leurs représentants dans tous les cas où, à leur avis, cette immunité empêcherait la justice de

suivre son cours et où il est possible de la lever sans nuire aux fins pour lesquelles elle est accordée.

Section 37

a) L'AIEA communiquera au Gouvernement la liste des personnes visées par le présent article et par l'article XIII; et la mettra à jour chaque fois qu'il y aura lieu.

b) Le Gouvernement délivrera aux personnes visées par l'article XIII et à toutes autres personnes qualifiées des cartes d'identité avec photographie. Ces cartes identifieront les titulaires auprès des autorités autrichiennes.

ARTICLE XV

Fonctionnaires de l'AIEA

Section 38

Les fonctionnaires de l'AIEA jouissent, sur le territoire et à l'égard de la République d'Autriche, des privilèges et immunités suivants:

- a) Immunité de juridiction pour leurs paroles, leurs écrits et tous les actes accomplis par eux en leur qualité officielle; cette immunité subsiste même si les intéressés ont cessé d'être fonctionnaires de l'AIEA;
- b) Immunité de saisie de leurs bagages personnels et officiels;
- c) Immunité d'inspection des bagages officiels et, pour les fonctionnaires visés à la section 39, immunité d'inspection des bagages personnels;
- d) Exemption de tout impôt sur les traitements et indemnités qui leur sont versés par l'AIEA pour les services passés ou présents ou se rapportant à leur service à l'AIEA;
- e) Exemption de toute autre forme d'impôt sur leurs revenus provenant de sources extérieures au territoire de la République d'Autriche;
- f) Exemption, pour eux-mêmes, leurs conjoints, les membres de leurs familles qui sont à leur charge et leurs personnels domestiques, de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration et de toutes formalités d'enregistrement des étrangers;
- g) Exemption de toutes obligations de service national; toutefois, en ce qui concerne les citoyens autrichiens, cette exemption est limitée aux fonctionnaires qui, en raison de leurs attributions, figurent sur une liste dressée par le Directeur général et approuvée par le Gouvernement; pour les fonctionnaires de nationalité autrichienne ne figurant pas sur la liste précitée et appelés à remplir des obligations de service national,

le Gouvernement accordera, sur la demande du Directeur général, les sursis nécessaires pour éviter toute interruption des activités essentielles de l'AIEA;

- h) Liberté d'avoir sur le territoire de la République d'Autriche, ou en tout autre lieu, des valeurs étrangères, des comptes en devises et d'autres biens, meubles et immeubles; et, lorsque leurs fonctions à l'AIEA prennent fin, droit de sortir du territoire de la République d'Autriche, sans aucune interdiction ni restriction, des sommes égales à celles qu'ils avaient introduites sur ledit territoire par les voies autorisées et dans les mêmes devises;
- i) Protection et facilités de rapatriement, pour eux-mêmes, leurs conjoints, les membres de leurs familles qui sont à leur charge et leurs personnels domestiques, identiques à celles qui sont accordées en période de crise internationale au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche;
- j) Droit d'importer en franchise pour leur usage personnel et sans être soumis aux interdictions et restrictions à l'importation:
- i) Leur mobilier et leurs effets en un ou plusieurs envois et, par la suite, les articles nécessaires pour compléter lesdits mobilier et effets;
 - ii) Une voiture automobile tous les quatre ans;
 - iii) Sous réserve d'un accord complémentaire qui sera conclu entre l'AIEA et le Gouvernement, des quantités limitées de certains articles pour leur consommation ou leur usage personnel, qu'il leur sera interdit de donner ou de vendre.

Section 39

Outre les privilèges et immunités mentionnés à la section 38,

- a) Le Directeur général jouit des privilèges et immunités, exemptions et facilités accordés aux ambassadeurs, chefs de mission;
- b) Le Directeur général adjoint ou le haut fonctionnaire de l'AIEA agissant au nom du Directeur général empêché, jouit des privilèges et immunités, exemptions et facilités accordés au Directeur général;
- c) Les Directeurs généraux adjoints, les autres fonctionnaires des classes P-5 et au-dessus ainsi que toutes autres catégories de fonctionnaires que le Directeur général, en consultation avec le Conseil des gouverneurs et d'accord avec le Gouverne-

ment, désignera éventuellement en raison des responsabilités qui s'attachent à leurs fonctions à l'AIEA, jouissent des privilèges et immunités, exemptions et facilités que le Gouvernement accorde au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

Section 40

a) Les privilèges et immunités accordés par le présent article sont conférés dans l'intérêt de l'AIEA et non pas pour le bénéfice personnel des intéressés. L'AIEA lèvera l'immunité accordée à ses fonctionnaires si cette immunité empêche la justice de suivre son cours et s'il est possible de la lever sans nuire aux intérêts de l'AIEA. Lorsque lesdits privilèges et immunités sont en cause, le fonctionnaire intéressé rend immédiatement compte au Directeur général, qui décide, en consultation avec le Conseil des gouverneurs le cas échéant, s'il y a lieu d'y renoncer. Pour le Directeur général, c'est le Conseil des gouverneurs qui a le droit de lever l'immunité.

b) L'AIEA et ses fonctionnaires collaboreront en tout temps avec les autorités autrichiennes compétentes en vue de faciliter la bonne exécution des lois de la République d'Autriche et de prévenir tout abus auquel pourraient donner lieu les privilèges et immunités accordés en vertu du présent article.

Section 41

a) L'AIEA communiquera au Gouvernement la liste de tous les fonctionnaires de l'AIEA et la mettra à jour chaque fois qu'il y aura lieu.

b) Le Gouvernement délivrera aux personnes visées par le présent article des cartes d'identité avec photographie. Ces cartes identifieront les titulaires auprès des autorités autrichiennes.

ARTICLE XVI

Experts, membres de missions et commissions de l'AIEA et représentants d'organisations

Section 42

Les experts autres que les experts attachés aux gouverneurs visés à l'article XIII ou que les fonctionnaires de l'AIEA visés à l'article XV, qui sont en mission pour le compte de l'AIEA, ou sont membres de commissions ou autres organismes subsidiaires de l'AIEA, ou sont appelés par l'AIEA aux fins de consultations, et les représentants d'organisations avec lesquelles l'AIEA a établi des relations conformément au paragraphe A de l'article XVI de son Statut, ou les représentants d'organisations, invités par le Conseil des gouverneurs ou la Conférence générale

54

à se rendre en mission au district du siège jouissent, sur le territoire et à l'égard de la République d'Autriche, des privilèges et immunités ci-après, dans la mesure nécessaire à l'exercice satisfaisant de leurs fonctions, et ce au cours des déplacements qu'ils effectuent en vue d'accomplir leurs missions ou de prendre part aux travaux de ces commissions ou autres organismes subsidiaires et pendant qu'ils se trouvent dans le district du siège ou assistent aux dites réunions:

- a) Immunités d'arrestation ou de détention et de saisie de leurs bagages personnels et officiels, pour eux-mêmes, leurs conjoints et les enfants qui sont à leur charge;
- b) Immunité de juridiction pour leurs paroles, leurs écrits et tous les actes accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions officielles; cette immunité subsiste même si les intéressés ont cessé d'être en mission pour le compte de l'AIEA, ou d'être membres de commissions de l'AIEA, ou d'agir en qualité de consultants auprès de l'AIEA, ou d'être présents dans le district du siège, ou d'assister aux réunions convoquées par l'AIEA;
- c) Inviolabilité de tous papiers et autres documents officiels;
- d) Droit, dans leurs communications avec l'AIEA, de faire usage de codes et d'expédier ou de recevoir des papiers, de la correspondance et autres documents officiels par courriers ou par valises scellées;
- e) Exemption, pour eux-mêmes et leurs conjoints, de toutes mesures restrictives relatives à l'immigration, de toutes formalités d'enregistrement des étrangers et de toutes obligations de service national;
- f) Protection et facilités de rapatriement pour eux-mêmes, leurs conjoints, les membres de leurs familles qui sont à leur charge et leurs personnels domestiques, identiques à celles qui sont accordées en période de crise internationale au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche;
- g) Privilèges, en ce qui concerne les restrictions monétaires et de change, identiques à ceux qui sont accordés aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- h) Immunités et facilités, en ce qui concerne leurs bagages personnels et officiels, identiques à celles que le Gouvernement accorde au personnel de rang comparable placé sous l'autorité des chefs de mission diplomatique accrédités auprès de la République d'Autriche.

Section 43

a) Lorsque l'incidence d'un impôt quelconque est subordonnée à la résidence de l'assujéti, les périodes pendant lesquelles les personnes visées à la section 42 se trouveront sur le territoire de la République d'Autriche pour l'exercice de leurs fonctions ne seront pas considérées comme des périodes de résidence. En particulier, ces personnes seront exemptes de tout impôt sur les traitements et indemnités qu'elles ont reçus de l'AIEA pendant lesdites périodes de service et de toutes taxes que doivent payer les touristes.

b) Les privilèges et immunités accordés par le présent article sont conférés dans l'intérêt de l'AIEA et non pas pour le bénéfice personnel des intéressés. L'AIEA lèvera l'immunité accordée à une personne en vertu de cet article dans tous les cas où, à son avis, cette immunité empêcherait la justice de suivre son cours et où il sera possible de la lever sans nuire aux intérêts de l'AIEA.

Section 44

a) L'AIEA communiquera au Gouvernement la liste des personnes visées par le présent article, et la mettra à jour chaque fois qu'il y aura lieu.

b) Le Gouvernement délivrera aux personnes visées par le présent article des cartes d'identité avec photographie. Ces cartes identifieront les titulaires auprès des autorités autrichiennes.

ARTICLE XVII

Laissez-passer

Section 45

Le Gouvernement reconnaît et accepte comme document officiel de voyage le laissez-passer des Nations Unies délivré aux fonctionnaires de l'AIEA.

ARTICLE XVIII

Dispositions générales

Section 46

L'établissement du siège de l'AIEA sur son territoire ne met à la charge de la République d'Autriche aucune responsabilité internationale du fait de l'AIEA ou de ses fonctionnaires agissant ou s'abstenant d'agir dans le cadre de leurs fonctions, en dehors de celle qui lui incombe en sa qualité de Membre de l'AIEA.

Section 47

a) Lorsque le Gouvernement jugera qu'il est nécessaire de prendre, sans porter atteinte à l'indépendance et au bon fonctionnement de l'AIEA, des mesures tendant à assurer la sécurité de la République d'Autriche et intéressant l'application d'un article du présent Accord, il

se mettra aussi rapidement que possible en rapport avec l'AIEA pour arrêter de commun accord avec elle les dispositions nécessaires à la protection des intérêts de l'AIEA.

b) L'AIEA collaborera avec le Gouvernement pour éviter que son activité cause un préjudice quelconque à la sécurité de la République d'Autriche:

Section 48

a) Le Directeur général prend toutes mesures utiles afin de prévenir tout abus des privilèges et immunités conférés en vertu du présent Accord et, avec l'approbation du Conseil des gouverneurs, il édicte à cet effet, à l'égard des fonctionnaires de l'AIEA et de toutes autres personnes pour lesquelles il y a lieu de le faire, les dispositions réglementaires qui paraissent nécessaires et opportunes.

b) Si le Gouvernement estime qu'il y a eu abus d'un privilège ou d'une immunité conféré en vertu du présent Accord, des consultations ont lieu, sur sa demande, entre le Directeur général et les autorités autrichiennes compétentes, en vue de déterminer si un tel abus s'est produit. Au cas où ces consultations n'aboutiraient pas à un résultat satisfaisant pour le Directeur général et pour le Gouvernement, la question serait réglée conformément à la procédure prévue à la section 51.

c) Toutes les personnes de nationalité autrichienne et toutes les autres personnes apatrides résidant en Autriche jouissent des privilèges et immunités, exemptions et facilités accordés en vertu du présent Accord, dans la mesure admise par le droit international reçu par le Gouvernement; toutefois, les dispositions des sections 25 et 26 et des alinéas d) et g) de la section 38 sont en tous cas applicables aux fonctionnaires de l'AIEA qui ont la nationalité autrichienne ou qui sont apatrides et résident en Autriche.

d) Les dispositions du présent Accord sont applicables, que le Gouvernement entretienne ou non des relations diplomatiques avec l'Etat intéressé.

ARTICLE XIX

Accords complémentaires et règlement des différends

Section 49

a) L'AIEA et le Gouvernement peuvent conclure les accords complémentaires qui se révéleront nécessaires.

b) Lors de l'entrée en vigueur à l'égard de la République d'Autriche de toute convention conférant des privilèges et immunités à l'AIEA, ladite convention et le présent Accord, lorsqu'ils traitent d'une même question, seront considérés

dans toute la mesure possible comme complémentaires; néanmoins, en cas de contradiction entre les deux textes, les dispositions du présent Accord prévaudront.

c) Si le Gouvernement conclut avec une organisation intergouvernementale un accord contenant des clauses et conditions plus favorables que les clauses et conditions correspondantes du présent Accord, le Gouvernement fera bénéficier l'AIEA, par voie d'accord complémentaire, de ces clauses et conditions plus favorables.

Section 50

L'AIEA prendra des dispositions appropriées en vue du règlement satisfaisant:

a) Des différends résultant de contrats et des différends de droit privé auxquels l'AIEA est partie;

b) Des différends mettant en cause un fonctionnaire de l'AIEA qui jouit de l'immunité en raison de sa situation officielle, sauf si cette immunité a été levée par l'AIEA.

Section 51

Tout différend entre l'AIEA et le Gouvernement au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Accord ou de tout accord complémentaire, ou toute question touchant le district du siège ou les relations entre l'AIEA et le Gouvernement, qui n'est pas réglé par voie de négociations ou par tout autre mode de règlement convenu entre les parties, sera soumis aux fins de décision définitive à un tribunal composé de trois arbitres, dont un sera désigné par le Directeur général, un autre par le Ministre fédéral des Affaires étrangères de la République d'Autriche et le troisième, qui présidera le tribunal, par les deux autres arbitres. A défaut d'accord entre les deux premiers arbitres sur le choix du troisième, dans les six mois qui suivront leur désignation, le troisième arbitre sera désigné par le Président de la Cour Internationale de Justice à la demande de l'AIEA ou du Gouvernement.

ARTICLE XX

Application de l'Accord

Section 52

a) Le présent Accord entrera en vigueur à la suite d'un échange de notes entre le Directeur général, dûment autorisé à cet effet et le représentant dûment autorisé du Président fédéral de la République d'Autriche.

b) Le présent Accord peut être amendé, à la suite de consultations entamées à la demande de

56

l'AIEA ou du Gouvernement. Tout amendement doit être décidé de commun accord.

c) Le présent Accord sera interprété compte tenu de son but principal, qui est de permettre à l'AIEA d'exercer ses fonctions et d'atteindre ses objectifs pleinement et efficacement à son siège sur le territoire de la République d'Autriche.

d) Le Gouvernement sera responsable en dernier ressort de l'exécution par les autorités autrichiennes compétentes des obligations que le présent Accord met à leur charge.

e) Le présent Accord cessera d'être en vigueur:

i) Si l'AIEA et le Gouvernement en sont ainsi convenus;

ii) Si le siège permanent de l'AIEA est transféré hors du territoire de la République d'Autriche, exception faite toutefois des clauses à appliquer pour mettre fin de façon ordonnée aux activités de l'AIEA à son siège permanent dans le territoire de la République d'Autriche et pour disposer de ceux de ses biens qui s'y trouveraient.

Соглашение между Австрийской Республикой и Международным Агентством по Атомной Энергии о Центральных учреждениях Международного Агентства по Атомной Энергии

Австрийская Республика

и

Международное агентство по атомной энергии желая заключить соглашение об установлении местонахождения Международного агентства по атомной энергии в городе Вене или близ него и об урегулировании возникающих в связи с этим вопросов, назначили для этой цели своими представителями:

Федеральный Президент Австрийской Республики —

Инженера доктора Леопольда ФИГЛЯ,
Федерального Министра иностранных дел,

и

Международное агентство по атомной энергии —

Господина В. Стерлинга КОУЛЯ,
Генерального директора;

которые согласились о нижеследующем:

СТАТЬЯ I

Определения

Раздел 1

В настоящем Соглашении

а) буквы «МАГАТЭ» означают Международное агентство по атомной энергии;

б) слово «Правительство» означает Правительство Австрийской Федеральной Республики;

в) слова «Генеральный директор» означают Генерального директора МАГАТЭ или должностное лицо, уполномоченное действовать от его имени;

д) слова «компетентные австрийские власти» означают те федеральные власти, власти земель и муниципальные или иные власти Австрийской Республики, которые в данном контексте и согласно законам и обычаям, применяемым в Австрийской Республике, являются компетентными;

е) слова «законы Австрийской Республики» охватывают:

(i) федеральную конституцию и конституции земель а также

(ii) законодательные акты, постановления и предписания, издаваемые либо Правительством или от его имени, либо компетентными австрийскими властями;

ф) слова «район Центральных учреждений» обозначают:

(i) участок Центральных учреждений со зданием или зданиями на нем, как это следует от времени до времени определять в упомянутых в разделе 3 дополнительных соглашениях, и

(ii) другие земельные участки и другие здания, которые от времени до времени могут на известный срок или навсегда включаться в него соответственно настоящему Соглашению или путем дополнительного соглашения с Правительством;

г) слова «государство-член» означают государство, состоящее членом МАГАТЭ;

h) слово «управляющий» означает управляющего, назначенного в состав Совета управляющих МАГАТЭ;

58

i) слова «заместители управляющего и советники и эксперты, состоящие при управляющих» охватывают заместителей, советников и экспертов, состоящих при управляющих, но не охватывают канцелярского и другого вспомогательного персонала;

j) слова «постоянный представитель при МАГАТЭ» означают главного постоянного представителя при МАГАТЭ, назначенного государством-членом;

k) слова «члены постоянной делегации государства-члена при МАГАТЭ» охватывают членов делегации постоянного представителя при МАГАТЭ, но не охватывают канцелярского и другого вспомогательного персонала;

l) слова «представители государств-членов» включают аккредитованных представителей государств-членов, а также членов их делегаций, но не включают канцелярского и прочего вспомогательного персонала;

m) слова «заседания, созываемые МАГАТЭ» охватывают все заседания Генеральной конференции МАГАТЭ или Совета управляющих, а также международные конференции и другие собрания, созываемые МАГАТЭ или под его эгидой;

n) слова «архивы МАГАТЭ» включают отчеты и корреспонденцию, документы, манускрипты, фотоснимки и кинофильмы, пленки и звукозаписи, принадлежащие МАГАТЭ или находящиеся в его владении;

o) слова «должностные лица МАГАТЭ» означают Генерального директора и всех сотрудников МАГАТЭ, за исключением лиц, нанятых на месте и получающих часовую оплату;

p) слово «имущество», как оно применяется в статье VIII, означает все имущество, включая фонды и иные активы, принадлежащие МАГАТЭ или находящиеся во владении или управлении МАГАТЭ при выполнении им своих уставных функций, и все доходы МАГАТЭ.

СТАТЬЯ II

Район Центральных учреждений

Раздел 2

a) Постоянные Центральные учреждения МАГАТЭ находятся в районе Центральных учреждений и не могут быть перенесены отсюда иначе, как по постановлению МАГАТЭ. Перевод Центральных учреждений временно в другое место не означает перенесения постоянных Центральных учреждений, если об этом нет прямого постановления МАГАТЭ.

b) Всякое здание, используемое с согласия Правительства для созываемых МАГАТЭ заседаний, временно включается в район Центральных учреждений.

c) Компетентные австрийские власти принимают все необходимые меры, чтобы обеспечить, что МАГАТЭ не будет лишено владения всем участком Центральных учреждений или частью его без определенно выраженного согласия МАГАТЭ.

Раздел 3

Правительство предоставляет МАГАТЭ, а МАГАТЭ принимает от Правительства право постоянного пользования и занятия района Центральных учреждений, который будет от времени до времени определен в дополнительных соглашениях, подлежащих заключению между МАГАТЭ и Правительством.

Раздел 4

a) Для обеспечения возможности включения МАГАТЭ в сеть коротковолновой связи Организации Объединенных Наций Правительство предоставляет, по просьбе МАГАТЭ, для официальных целей надлежащие радиостановки и другие установки телесвязи, в соответствии с техническими соглашениями, которые, должны быть заключены с Международным союзом электросвязи.

b) МАГАТЭ может устанавливать и эксплуатировать дополнительные радиостановки и другие установки телесвязи, указанные в дополнительном соглашении между МАГАТЭ и компетентными австрийскими властями.

Раздел 5

МАГАТЭ может устанавливать и эксплуатировать научно-исследовательские и другие технические установки любого типа. При этих установках должны существовать надлежащие предохранительные средства, о которых, поскольку они относятся к установкам, могущим угрожать или вредить здоровью и безопасности, и имуществу, должно быть достигнуто соглашение с компетентными австрийскими властями.

Раздел 6

Установки, предусматриваемые в разделах 4 и 5, могут, поскольку это необходимо для эффективной эксплуатации, устанавливаться и эксплуатироваться вне района Центральных учреждений. Компетентные австрийские власти должны, по просьбе МАГАТЭ, принимать на таких условиях и теми способами, которые будут предусмотрены в дополнительном соглашении, меры, необходимые для приобретения и использования МАГАТЭ подходящих для этого помещений и включения таких помещений в район Центральных учреждений.

СТАТЬЯ III

Экстерриториальность района Центральных учреждений

Раздел 7

а) Правительство признает экстерриториальность района Центральных учреждений, который находится под контролем и властью МАГАТЭ, в соответствии с настоящим Соглашением.

б) Поскольку в настоящем Соглашении не предусматривается иное и при условии соблюдения правил, установленных согласно разделу 8, законы Австрийской Республики применяются в пределах района Центральных учреждений.

в) Поскольку в настоящем Соглашении не предусматривается иное, юрисдикция судов и других компетентных органов Австрийской Республики распространяется, как предусматривается применимыми законами, на действия и сделки, совершаемые в районе Центральных учреждений.

Раздел 8

а) МАГАТЭ имеет право издавать применяемые в пределах района Центральных учреждений правила с целью создания там всех условий, необходимых для полного выполнения его функций. Законы Австрийской Республики, противоречащие какому-либо из этих правил МАГАТЭ, санкционированному настоящим разделом, не применяются в пределах района Центральных учреждений в той части, которая противоречит этому правилу. Всякий спор между МАГАТЭ и Австрийской Республикой о том, санкционировано ли какое-либо правило МАГАТЭ настоящим разделом, или о том, противоречит ли какой-либо закон Австрийской Республики какому-либо правилу МАГАТЭ, санкционированному настоящим разделом, незамедлительно разрешается согласно процедуре, установленной в разделе 51. До разрешения спора применяется правило МАГАТЭ, а закон Австрийской Республики не применяется в районе Центральных учреждений в той своей части, в которой, по утверждению МАГАТЭ, он противоречит этому правилу МАГАТЭ.

б) МАГАТЭ от времени до времени, по мере надобности, сообщает Правительству об издаваемых им правилах, предусматриваемых в подпункте а).

в) Настоящий раздел не препятствует разумному применению изданных компетентными австрийскими властями противопожарных и санитарных правил.

Раздел 9

а) Район Центральных учреждений неприкосновенен. Должностные лица и слу-

жащие Австрийской Республики и другие лица, осуществляющие какие-либо функции власти в Австрийской Республике, не должны проникать в район Центральных учреждений для исполнения ими своих обязанностей иначе, как с согласия Генерального директора и на утвержденных им условиях. Вручение судебных повесток, а также наложение ареста на частное имущество могут происходить в пределах района Центральных учреждений только лишь с согласия Генерального директора и на утвержденных им условиях.

б) Независимо от постановлений статьи XI на МАГАТЭ лежит обязанность предупреждать использование района Центральных учреждений в качестве убежища лицами, которые укрываются от ареста на основании законов Австрийской Республики, которых требует Правительство для выдачи другой стране или которые пытаются уклониться от вручения им судебных повесток.

СТАТЬЯ IV

Охрана района Центральных учреждений

Раздел 10

а) Компетентные австрийские власти должны проявлять надлежащую бдительность, чтобы не допускать нарушения спокойствия в районе Центральных учреждений какими-либо лицами или группами лиц, пытающимися без права на то проникнуть в район Центральных учреждений или вызвать беспорядки в непосредственной его близости, и должны обеспечивать на границах района Центральных учреждений необходимую для этой цели полицейскую охрану.

б) По просьбе Генерального директора компетентные австрийские власти предоставляют достаточное число полицейских для поддержания законности и порядка в районе Центральных учреждений.

Раздел 11

Компетентные австрийские власти принимают все целесообразные меры к недопущению нарушения благоустройства района Центральных учреждений и предупреждения создания затруднений для использования района Центральных учреждений по назначению в результате использования земли или зданий по соседству с районом Центральных учреждений. МАГАТЭ принимает все надлежащие меры к недопущению нарушения благоустройства участков, находящихся по соседству с районом Центральных учреждений, использованием земли или зданий в районе Центральных учреждений.

60

СТАТЬЯ V

Коммунальное обслуживание района Централь- ных учреждений

Раздел 12

а) Компетентные австрийские власти должны, поскольку о том просит Генеральный директор, осуществлять свои обязанности, чтобы обеспечить снабжение района Центральных учреждений необходимым коммунальным обслуживанием, включая электричество, воду, газ, канализацию, почту, телефон, телеграф, местный транспорт, удаление сточных вод, вывоз отходов, противопожарную охрану и очистку от снега улиц общего пользования и предоставление этих коммунальных услуг на справедливых условиях; при этом приведенный перечень не является ограничительным.

б) В случае перебоя или угрозы перебоя в обслуживании того или иного рода, компетентные австрийские власти признают потребности МАГАТЭ имеющими такое же значение, как потребности важнейших правительственных учреждений, и соответственно принимают меры для ненарушения работы МАГАТЭ.

в) Генеральный директор принимает по просьбе компетентных властей надлежащие меры для предоставления уполномоченным представителям компетентных органов коммунального обслуживания возможности осматривать, ремонтировать, поддерживать в исправности, переделывать и переносить установки, трубопроводы, магистрали и канализационные трубы в пределах района Центральных учреждений в таких условиях, чтобы это не нарушало ненужным образом выполнения функций МАГАТЭ.

д) В тех случаях, когда газом, электричеством, водой или отоплением снабжают компетентные австрийские власти или когда цены на них находятся под их контролем, МАГАТЭ снабжается ими по ставкам, не превышающим соответствующих наиболее низких ставок, предоставляемых австрийским правительственным учреждениям.

СТАТЬЯ VI

Связь и транспорт

Раздел 13

МАГАТЭ пользуется, поскольку это не противоречит международным конвенциям, постановлением и соглашениям, в которых Правительство участвует, для своих официальных сношений режимом, не менее благоприятным, чем тот, который предоставляется Правительством какой бы то ни было другой организации или правительству, включая дипломатические представительства этого прави-

тельства, поскольку это касается приоритетов и тарифов на почтовые отправления, каблогаммы, телеграммы, радиогаммы, телефото, телевидение, телефон и другие средства связи, а также тарифов, предоставляемых органам печати для передачи сведений печати и радио.

Раздел 14

МАГАТЭ имеет право пользоваться для официальных целей железными дорогами Правительства по тарифам, не превышающим соответствующих наиболее низких пассажирских и грузовых тарифов, предоставляемых австрийским правительственным учреждениям.

Раздел 15

а) Все официальные сообщения, направляемые МАГАТЭ или его должностным лицам в районе Центральных учреждений, и все внешние официальные сообщения МАГАТЭ, какими бы средствами и в какой бы форме они не передавались, пользуются иммунитетом от цензуры и всякой иной формы перехвата или нарушения их тайны. Этот иммунитет распространяется на различные издания, фотоснимки и кинофильмы, пленки и звукозаписи, но не ограничивается этим перечислением.

б) МАГАТЭ имеет право пользоваться кодами и отправлять и получать корреспонденции и другие официальные сообщения с курьерами или в запечатанных вализах, на которые распространяются те же привилегии и иммунитет, что и на дипломатических курьеров и дипломатические вализы.

СТАТЬЯ VII

Юридическое лицо, свобода Собраний и свобода публикаций

Раздел 16

Правительство признает МАГАТЭ юридическим лицом и, в частности, признает его способность к:

- а) заключению договоров,
- б) приобретению движимого и недвижимого имущества, распоряжению таким и
- в) возбуждению судебных дел.

Раздел 17

а) Правительство признает право МАГАТЭ созывать заседания в районе Центральных учреждений или, с согласия Правительства или компетентных австрийских властей, им указанных, в других местах в Австрийской Республике.

б) Для обеспечения полной свободы собраний и прений Правительство принимает все необ-

ходимые меры, чтобы не допускать никаких помех в работе созываемых МАГАТЭ заседаний.

Раздел 18

а) Правительство признает за МАГАТЭ право свободного издания произведений печати и радиопередачи в пределах Австрийской Республики для указанных в Уставе целей МАГАТЭ.

б) Тем не менее подразумевается, что МАГАТЭ будет соблюдать касающиеся авторского права законы Австрийской Республики и международные конвенции, в которых Австрийская Республика является стороной.

СТАТЬЯ VIII

Имущество МАГАТЭ и освобождение от налогов

Раздел 19

МАГАТЭ и его имущество, где бы и в чем бы владении оно ни находилось, пользуются иммунитетом от всех форм судебного преследования, поскольку в каком-либо конкретном случае МАГАТЭ прямо не отказывается от своего иммунитета. Однако отказ от иммунитета не распространяется на меры исполнения решений.

Раздел 20

Имущество МАГАТЭ, где бы и в чем бы владении оно ни находилось, пользуется иммунитетом от обыска, реквизиции, конфискации, экспроприации и иных мер принуждения, являющихся результатом правительственного, административного или судебного решения или предписания закона.

Раздел 21

Архивы МАГАТЭ, где бы они ни находились, неприкосновенны.

Раздел 22

а) МАГАТЭ и его имущество освобождаются от всех видов налогового обложения, однако, при условии, что такое освобождение от налогов не распространяется на владельцев имущества, арендуемого МАГАТЭ, и на других лиц, сдающих таковое ему в аренду.

б) В той мере, в какой Правительство по важным административным соображениям может оказаться не в состоянии предоставить МАГАТЭ освобождение от косвенных налогов, составляющих часть стоимости покупаемых МАГАТЭ товаров и предоставляемых МАГАТЭ услуг, Правительство возмещает МАГАТЭ такие налоги периодической уплатой единовременных сумм, устанавливаемых по договорен-

ности между МАГАТЭ и Правительством. Однако подразумевается, что МАГАТЭ не будет требовать возмещения в связи с мелкими закупками. В отношении таких налогов, МАГАТЭ всегда пользуется, по крайней мере, теми же льготами, которые предоставляются австрийским правительственным учреждениям или аккредитованным при Австрийской Республике начальникам дипломатических представительств, в зависимости от того, что является более благоприятным. Кроме того, подразумевается, что МАГАТЭ не будет требовать освобождения от налогов, фактически являющихся лишь оплатой коммунальных услуг.

е) Независимо от подраздела б), все сделки, в которых МАГАТЭ является стороной, и все документы, регистрирующие такого рода сделки, освобождаются от всех налогов, регистрационных и гербовых сборов.

д) Предметы, ввозимые или вывозимые МАГАТЭ для официальных целей, освобождаются от таможенных пошлин и других сборов, запрещений и ограничений на ввоз и вывоз. Такие предметы включают научные и промышленные установки, оборудование и материалы всякого рода, причем этот перечень не является ограничительным.

е) МАГАТЭ освобождается от таможенных пошлин и других сборов, запрещений и ограничений на ввоз служебных автомашин и запасных частей к ним, требующихся для его официальных целей.

ф) Правительство, по просьбе МАГАТЭ, предоставляет квоты на бензин и другое горючее и смазочные масла для каждой такой автомашины, эксплуатируемой МАГАТЭ, в таких количествах, которые требуются для работы МАГАТЭ, и по специальным ценам, установленным для дипломатических представительств в Австрийской Республике.

г) Предметы, ввозимые согласно подразделам д) и е), и предметы, получаемые от Правительства, согласно подразделу ф) настоящего раздела, не могут продаваться МАГАТЭ на территории Австрийской Республики, за исключением случаев, когда условия такой продажи будут согласованы с Правительством.

СТАТЬЯ IX

Финансовые льготы

Раздел 23

а) МАГАТЭ не подлежит ни финансовому контролю, ни правилам или мораториям какого-либо рода и может свободно:

- (i) покупать в законном порядке любую валюту, держать ее и распоряжаться ею,
- (ii) иметь счета в любой валюте и распоряжаться ими,

62

- (iii) покупать в законном порядке и держать ценные бумаги, золото и всякого рода фонды и распоряжаться ими,
- (iv) пересылать свои фонды, ценные бумаги, золото и валюту в Австрийскую Республику или из нее, или в какую-либо другую страну или из нее, или в пределах Австрийской Республики, и
- (v) изыскивать средства, пользуясь своим правом делать займы или любыми иными способами, которые оно сочтет целесообразным; однако для изыскания средств в пределах Австрийской Республики МАГАТЭ должно иметь согласие Правительства.

b) Правительство содействует МАГАТЭ в получении наиболее благоприятных условий в отношении валютных курсов, банковских комиссионных при валютных операциях и т. п.

c) МАГАТЭ, осуществляя свои права, согласно настоящему разделу, обращает должное внимание на представления Правительства в той мере, в какой такие представления осуществимы без ущерба для интересов МАГАТЭ.

СТАТЬЯ X

Социальное обеспечение и пенсионные фонды

Раздел 24

Пенсионный фонд или фонд обеспечения, учрежденный МАГАТЭ или находящийся под его руководством, обладает на территории Австрийской Республики правоспособностью, если МАГАТЭ этого пожелает, и пользуется теми же льготами, иммунитетами и привилегиями, что и само МАГАТЭ.

Раздел 25

МАГАТЭ освобождается от всех обязательных взносов по какой-либо системе социального обеспечения Австрийской Республики и Правительство не должно требовать, чтобы сотрудники МАГАТЭ охватывались такой системой.

Раздел 26

Правительство принимает меры, необходимые для того, чтобы любой сотрудник МАГАТЭ, которому МАГАТЭ не предоставляет преимуществ социального обеспечения, имел возможность участвовать, если МАГАТЭ того пожелает, в любой системе социального обеспечения Австрийской Республики. МАГАТЭ, по мере возможности и с соблюдением условий, которые будут установлены, организует страхование в австрийской системе социального обеспечения тех нанятых на месте своих сотрудников, которым Агентство не предоставляет социального обеспечения в размере,

по крайней мере равном предоставляемому по австрийским законам.

СТАТЬЯ XI

Проезд и проживание

Раздел 27

a) Правительство принимает все необходимые меры для облегчения въезда на австрийскую территорию и пребывания на ней перечисленных ниже лиц и не препятствует их выезду, обеспечивает беспрепятственный проезд их в район Централных учреждений и из этого района, оказывая им всю необходимую защиту во время проезда:

- (i) управляющих, их заместителей, состоящих при них советников и экспертов, постоянных представителей и сотрудников состоящих при МАГАТЭ постоянных делегаций государств-членов, их семей и других постоянно живущих с ними лиц, равно как и канцелярского и прочего вспомогательного персонала, состоящего при управляющих и постоянных представителях, и супругов и детей-иждивенцев лиц, принадлежащих к этому персоналу;
- (ii) представителей государств-членов, их семей и других лиц, постоянно живущих с ними, равно как и канцелярского и другого вспомогательного персонала, состоящего при делегациях государств-членов, и супругов и детей-иждивенцев лиц, принадлежащих к этому персоналу;
- (iii) служащих МАГАТЭ, их семей и других лиц, постоянно живущих с ними;
- (iv) сотрудников Организации Объединенных Наций или любой другой организации, установившей сношения с МАГАТЭ во исполнение статьи XVI. А. его Устава, которые имеют служебные дела с МАГАТЭ, а также супругов и детей-иждивенцев этих сотрудников;
- (v) представителей других организаций, с которыми МАГАТЭ установило консультативные отношения, имеющих официальные дела с МАГАТЭ;
- (vi) лиц, не являющихся сотрудниками МАГАТЭ, но командируемых по поручению МАГАТЭ или участвующих в качестве членов в комитетах или других вспомогательных органах МАГАТЭ, и супругов этих лиц;
- (vii) представителей печати, радио, кино, телевидения и других средств информации, аккредитованных при МАГАТЭ по его усмотрению, по консультации с Правительством;

- (viii) представителей государств, не состоящих членами МАГАТЭ, командированных, согласно принятым МАГАТЭ правилам, на созываемые МАГАТЭ заседания в качестве наблюдателей;
- (ix) представителей других организаций и других лиц, приглашаемых МАГАТЭ в район Центральных учреждений по официальным делам. Генеральный директор сообщает фамилии таких лиц Правительству до предполагаемого их въезда.
- b) Настоящий раздел не применяется в случае общего перерыва транспорта, каковой случай регулируется постановлениями раздела 12 b) и не должен нарушать действительности применяемых вообще законов, касающихся эксплуатации транспорта.
- e) Визы, которые могут требоваться лицам, упоминаемым в настоящем разделе, выдаются бесплатно и со всей возможной быстротой.
- d) Служебная деятельность упоминаемых в подразделе а) лиц как сотрудников МАГАТЭ не может служить основанием для недопущения их въезда на территорию Австрийской Республики, выезда из нее и для требования об оставлении ими этой территории.
- e) Упоминаемым в подразделе а) лицам Правительство не может предписать оставить пределы Австрийской Республики, за исключением случаев злоупотребления правом проживания; при этом соблюдается следующий порядок:
- (i) дело о предписании какому-либо из лиц покинуть территорию Австрийской Республики не может быть возбуждено без предварительного согласия федерального Министра иностранных дел Австрийской Республики;
- (ii) если речь идет о представителе государства-члена, такое согласие дается только по консультации с правительством данного государства-члена;
- (iii) если речь идет о каком-либо другом лице, упоминаемом в подразделе а), то такое согласие дается только по консультации с Генеральным директором и, если против такого лица возбуждается дело о высылке, Генеральному директору принадлежит право присутствовать или быть представленным при разбирательстве такого дела в интересах того лица, против которого такое дело возбуждено; и
- (iv) лицам, имеющим право на дипломатические привилегии и иммунитеты на основании разделов 30, 31 и 39 настоящего Соглашения, может быть предписано оставить Австрийскую Респу-

блику лишь в соответствии с обычным порядком, применимым к имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств.

f) Настоящий раздел не препятствует требованию достаточных доказательств того, что лица, притязающие на права, предоставляемые настоящим разделом, принадлежат к категориям, предусмотренным в разделе а), он не препятствует также разумному применению карантинных и санитарных правил.

Раздел 28

Генеральный директор и компетентные австрийские власти должны, по просьбе любой из сторон, консультироваться относительно способов облегчения въезда в Австрийскую Республику и пользования имеющимися средствами передвижения лицам, прибывающим из-за границы, которые желают посетить район Центральных учреждений и которые не пользуются привилегиями, предусмотренными в разделе 27.

СТАТЬЯ XII

Постоянные представительства при МАГАТЭ

Раздел 29

Постоянные представительства государств-членов при МАГАТЭ пользуются теми же привилегиями и иммунитетами, что и дипломатические представительства, находящиеся на территории Австрийской Республики.

СТАТЬЯ XIII

Управляющие и постоянные представители при МАГАТЭ

Раздел 30

Управляющие и постоянные представители при МАГАТЭ имеют право в пределах Австрийской Республики на те же привилегии и иммунитеты, которые Правительство предоставляет начальникам дипломатических миссий, аккредитованным при Австрийской Республике.

Раздел 31

Заместители управляющих и состоящие при управляющих советники и эксперты, а также члены постоянных делегаций государств-членов при МАГАТЭ имеют право на те же привилегии и иммунитеты, которые Правительство предоставляет имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств.

64

Раздел 32

Канцелярскому и прочему вспомогательному персоналу, состоящему при управляющих и при постоянных делегациях государств-членов, предоставляются те же привилегии и иммунитеты, как и канцелярскому и прочему вспомогательному персоналу дипломатических представительств.

СТАТЬЯ XIV

Представители при МАГАТЭ

Раздел 33

Представители государств-членов на созываемых МАГАТЭ заседаниях без ущерба для других привилегий и иммунитетов, которыми они пользуются при выполнении своих функций и во время их проезда в район Центральных учреждений и обратно, пользуются в пределах Австрийской Республики и по отношению к ней следующими привилегиями и иммунитетами:

- a) иммунитетом в отношении их самих, их супругов и детей-иждивенцев от личного ареста и задержания и от наложения ареста на их личный и официальный багаж;
- b) иммунитетом от судебного преследования в отношении слов, сказанных или написанных, и всех действий, совершенных ими при исполнении служебных обязанностей; этот иммунитет продолжается и тогда, когда указанные лица больше не несут таких служебных обязанностей;
- c) неприкосновенностью всех бумаг, документов и прочего официального материала;
- d) правом пользоваться кодами и посылать и получать бумаги, корреспонденцию и другие официальные документы с курьерами или в запечатанных вализах;
- e) освобождением их самих, их супругов, родственников-иждивенцев и других лиц, постоянно живущих с ними, от иммиграционных ограничений, регистрации в качестве иностранцев и государственных служебных повинностей;
- f) такой же защитой и льготами при регистрации их самих, их супругов, родственников-иждивенцев и других лиц, постоянно живущих с ними, какие предоставляются во время международных кризисов имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств;

g) такими же привилегиями в отношении валютных ограничений, какие Правительство предоставляет представителям иностранных правительств, находящихся во временных официальных командировках;

h) такими же иммунитетами и льготами в отношении своего личного и официального багажа, какие Правительство предоставляет имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств.

Раздел 34

Канцелярскому и прочему вспомогательному персоналу, состоящему при делегациях государств-членов, предоставляются такие же привилегии и иммунитеты, что и канцелярскому и прочему вспомогательному персоналу дипломатических представительств.

Раздел 35

Когда обложение какой-либо формой налога зависит от проживания, время, в течение которого лица, указанные в разделе 33 настоящего Соглашения, находятся в Австрийской Республике для исполнения своих обязанностей, не считается временем проживания. В частности, эти лица освобождаются от всех налогов на жалование и прочие виды вознаграждения в течение указанных периодов выполнения ими обязанностей, а также от всех туристических сборов.

Раздел 36

Привилегии и иммунитеты, предоставляемые, согласно настоящей статье и статье XIII, даются не для личной выгоды указанных лиц, а для обеспечения независимого выполнения ими своих функций, связанных с МАГАТЭ. Поэтому государства-члены должны отказываться от иммунитета своих представителей во всех случаях, когда, по мнению данного государства-члена, иммунитет препятствовал бы отправлению правосудия и когда от него можно отказаться без ущерба для тех целей, ради которых он был предоставлен.

Раздел 37

a) МАГАТЭ препровождает Правительству списки лиц, подпадающих под постановления настоящей статьи и статьи XIII, и по мере надобности пересматривает от времени до времени эти списки.

b) Правительство выдает лицам, подпадающим под постановления статьи XIII и, в надлежащих случаях, другим лицам удосто-

верения личности с фотографическим снимком предъявителя. Эти удостоверения устанавливают личность предъявителя в его сношениях со всеми австрийскими властями.

СТАТЬЯ XV

Должностные лица МАГАТЭ

Раздел 38

Должностные лица МАГАТЭ пользуются в пределах Австрийской Республики и по отношению к ней следующими привилегиями и иммунитетами:

- a) иммунитетом от судебного преследования в отношении слов, сказанных или написанных, и действий, совершенных им при исполнении служебных обязанностей; этот иммунитет продолжается и тогда, когда указанные лица перестают быть должностными лицами МАГАТЭ;
- b) иммунитетом от наложения ареста на их личный и официальный багаж;
- c) иммунитетом от осмотра официального багажа и, если данное должностное лицо подпадает под положения раздела 39, — иммунитетом от осмотра личного багажа;
- d) освобождением от налогов на жалование, вознаграждения и возмещения, уплачиваемые им МАГАТЭ за их службу в прошлом или настоящем или в связи с их службой в МАГАТЭ;
- e) освобождением от любой формы налога на доходы, получаемые ими из источников вне Австрийской Республики;
- f) освобождением их самих, их супругов, родственников-иждивенцев и других постоянно живущих с ними лиц от иммиграционных ограничений и регистрации в качестве иностранцев;
- g) освобождением от государственных служебных повинностей при условии, что на австрийских граждан это освобождение распространяется лишь постольку, поскольку фамилии их, ввиду их обязанностей, помещены в список, составленный Генеральным директором и утвержденный Правительством; далее, если не включенные в этот список должностные лица, которые являются австрийскими гражданами, призываются для отбывания государственных служебных повинностей, Правительство, по просьбе Генерального директора, дает этим должностным лицам временные отерочки, необходимые для бесперебойности основной работы в МАГАТЭ;

h) правом держать в пределах Австрийской Республики или в других местах иностранные ценные бумаги, счета в иностранной валюте и иное движимое и недвижимое имущество, а при прекращении их службы в МАГАТЭ — правом на вывоз из Австрийской Республики, без запрещений или ограничений, своих средств в той же валюте и в пределах тех сумм, в которых они законным порядком ввели их в Австрийскую Республику;

- i) такой же защитой и льготами при репатриации их самих, их супругов, родственников-иждивенцев и других постоянно живущих с ними лиц, какие предоставляются во время международных кризисов имеющим соответствующий ранг сотрудникам, аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств;
- j) правом ввозить для личного пользования без пошлин и других сборов, запрещений и ограничений на ввоз:
 - (i) свою обстановку и вещи одной или несколькими отдельными партиями и впоследствии ввозить необходимые предметы в дополнение к таковым;
 - (ii) один автомобиль каждые четыре года, и
 - (iii) при условии соблюдения положений дополнительного соглашения, подлежащего заключению между МАГАТЭ и Правительством, ограниченные количества некоторых предметов личного пользования и потребления, но не для подарков и продажи.

Раздел 39

В дополнение к привилегиям и иммунитетам, указанным в разделе 38:

- a) Генеральному директору предоставляются привилегии, иммунитеты и льготы, предоставляемые послам, являющимся главами представительств;
- b) заместителю Генерального директора или старшему сотруднику МАГАТЭ, когда он действует от имени Генерального директора во время его отсутствия со службы, предоставляются такие же привилегии, иммунитеты и льготы, какие предоставляются Генеральному директору; и
- c) заместителям Генерального директора, другим сотрудникам категории специалистов класса с-5 и выше а также сотруд-

66

никам других категорий, указанным Генеральным директором по соглашению с Правительством и по консультации с Советом управляющих на основании ответственности их должности в МАГАТЭ, предоставляются такие же привилегии, иммунитеты и льготы, какие предоставляются Правительством имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств.

Раздел 40

а) Привилегии и иммунитеты, предоставляемые настоящей статьей, даются в интересах МАГАТЭ, а не для личной выгоды указанных лиц. МАГАТЭ отказывается от иммунитетов своих должностных лиц в тех случаях когда иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда от него можно отказаться без ущерба для интересов МАГАТЭ. В случае возникновения вопроса об этих привилегиях и иммунитетах, затронутое этим вопросом должностное лицо немедленно сообщает об этом Генеральному директору, который, по консультации, в случае надобности, с Советом управляющих, решает, следует ли от них отказаться. Право отказа от иммунитетов Генерального директора принадлежит Совету управляющих.

б) МАГАТЭ и его должностные лица всегда оказывают содействие компетентным австрийским властям, чтобы облегчать надлежащее соблюдение законов Австрийской Республики и предупреждать злоупотребления привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми настоящей статьей.

Раздел 41

а) МАГАТЭ препровождает Правительству список всех должностных лиц МАГАТЭ и, по мере надобности, от времени до времени пересматривает этот список.

б) Правительство выдает лицам, подпадающим под постановления настоящей статьи, удостоверения личности с фотографическим снимком предъявителя. Эти удостоверения устанавливают личность предъявителя в его сношениях со всеми австрийскими властями.

СТАТЬЯ XVI

Эксперты, члены миссий и комитетов МАГАТЭ и представители различных организаций

Раздел 42

Эксперты, не состоящие при управляющих и, таким образом, не подпадающие под положения статьи XIII, а также не являющиеся служащими МАГАТЭ, подпадающими под постановления статьи XV, выполняющие ка-

кие-либо миссии по полномочиям от МАГАТЭ, работающие в его комитетах или других вспомогательных органах или проводящие с ним консультации по его просьбе в каком бы то ни было порядке, и представители организаций, с которыми МАГАТЭ установило связь в соответствии со статьей XVI A своего Устава или представители организаций, приглашенных Советом управляющих или Генеральной конференцией в район Централь-ных учреждений по официальным делам, пользуются, в пределах Австрийской Республики и по отношению к ней, следующими привилегиями и иммунитетами, поскольку это необходимо для эффективного выполнения ими своих функций и во время их поездок в связи с работой в этих миссиях, комитетах и других вспомогательных органах, а также во время пребывания в районе Централь-ных учреждений и присутствия на упомянутых заседаниях:

- а) иммунитетом в отношении их самих, их супругов и детей-иждивенцев от личного ареста и задержания и от наложения ареста на их личный и официальный багаж;
- б) Иммунитет от судебного преследования всякого рода за произнесенные или написанные ими слова и за всякие действия, совершенные ими при исполнении ими их служебных обязанностей, причем этот иммунитет остается в силе, несмотря на то, что заинтересованное лицо может не выполнять более поручений для МАГАТЭ, не участвовать в его комитетах и не действовать в качестве консультанта, а также не находиться более в районе Централь-ных учреждений и не участвовать в собраниях, созываемых МАГАТЭ;
- в) неприкосновенностью всех бумаг, документов и прочего официального материала.
- д) правом при всех сношениях с МАГАТЭ, пользоваться кодами и отправлять и получать бумаги, корреспонденцию и другие официальные документы с курьерами и в запечатанных вализах;
- е) освобождение их самих и их супругов от иммиграционных ограничений, регистрации в качестве иностранцев и государственных служебных обязанностей;
- ф) такой же защитой и льготами при репатриации их самих, их супругов, родственников-иждивенцев и постоянно живущих с ними лиц, какие предоставляются во время международных кризисов имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при

Австрийской Республике начальников дипломатических представительств;

- g) такими же привилегиями в отношении валютных ограничений, какие предоставляются представителям иностранных правительств, выполняющим временные официальные миссии; и
- h) такими же иммунитетами и льготами в отношении своего личного и официального багажа, какие Правительство предоставляет имеющим соответствующий ранг сотрудникам аккредитованных при Австрийской Республике начальников дипломатических представительств.

Раздел 43

a) Когда обложение какой-либо формой налога зависит от проживания, время, в течение которого лица, указанные в разделе 42, находятся в Австрийской Республике для исполнения своих обязанностей, не считается временем проживания. В частности, эти лица освобождаются от обложения полученных ими от МАГАТЭ окладов и вознаграждения за этот период времени, равно как и от всех взимаемых с туристов пошлин.

b) Привилегии и иммунитеты, предоставляемые настоящей статьёй, даются в интересах МАГАТЭ, а не для личной выгоды указанных лиц. МАГАТЭ отказывается от предоставляемого, согласно этой статье, иммунитета указанных лиц во всех тех случаях, когда, по мнению МАГАТЭ, этот иммунитет препятствует отправлению правосудия и когда от него можно отказаться без ущерба для интересов МАГАТЭ.

Раздел 44

a) МАГАТЭ препровождает Правительству список лиц, подпадающих под постановления настоящей статьи, и от времени до времени, по мере надобности, пересматривает этот список.

b) Правительство выдает лицам, подпадающим под постановления настоящей статьи, удостоверения личности с фотографическим снимком предъявителя. Эти удостоверения устанавливают личность представителя в его сношениях со всеми австрийскими властями.

СТАТЬЯ XVII

Пропуска

Раздел 45

Правительство признает и принимает, как действительные проездные документы, пропуска Организации Объединенных Наций, выдаваемые должностным лицам МАГАТЭ.

СТАТЬЯ XVIII

Общие положения

Раздел 46

Австрийская Республика не несет, вследствие размещения Централных учреждений на ее территории, международной ответственности за действия или опущения МАГАТЭ или его должностных лиц, действующих или воздерживающихся от действий в пределах их обязанностей, кроме той международной ответственности, которую Австрийская Республика несет как член МАГАТЭ.

Раздел 47

a) Если Правительство сочтет необходимым принять, без нанесения ущерба независимой и правильно организованной деятельности МАГАТЭ, меры, обеспечивающие безопасность Австрийской Республики и влияющие на действие той или иной статьи настоящего Соглашения, то оно обращается к МАГАТЭ, как только обстоятельства это позволяют, с тем чтобы определить, по взаимному соглашению, меры, необходимые для защиты интересов МАГАТЭ.

b) МАГАТЭ сотрудничает с Правительством в целях предупреждения всякого ущерба для безопасности Австрийской Республики, который может быть вызван деятельностью МАГАТЭ.

Раздел 48

a) Генеральный директор принимает все меры к обеспечению недопущения злоупотреблений привилегиями и иммунитетами, предоставляемыми настоящим Соглашением, и для этой цели он, с одобрения Совета управляющих, устанавливает такие правила и постановления, какие будут признаны необходимыми и целесообразными для должностных лиц МАГАТЭ и, по мере надобности, также для других лиц.

b) Если Правительство находит, что имело место злоупотребление привилегией или иммунитетом, предоставляемым настоящим Соглашением, Генеральный директор, по просьбе Правительства, консультируется с компетентными австрийскими властями, чтобы установить, имело ли место такое злоупотребление. Если такие консультации не дают удовлетворяющих Генерального директора и Правительство результатов, вопрос разрешается в порядке, предусматриваемом в разделе 51.

c) Все лица, имеющие австрийское гражданство или бесподданное, проживающие в Австрии, пользуются привилегиями, иммунитетами и льготами, предоставляемыми настоящим Соглашением, в пределах, признаваемых нормами международного права, принимаемыми Правительством, причем, од-

68

нако, разделы 25 и 26 и подразделы 38 d) и 38 g) во всяком случае применяются к служащим МАГАТЭ, являющимся австрийскими гражданами, и к бесподданным, проживающим в Австрии.

d) Настоящее Соглашение применяется независимо от того, поддерживает ли Правительство дипломатические сношения с данным государством.

СТАТЬЯ XIX

Дополнительные соглашения и разрешение споров

Раздел 49

a) МАГАТЭ и Правительство могут заключать необходимые дополнительные соглашения.

b) По вступлении в силу в отношении Австрийской Республики какой-либо конвенции, дающей МАГАТЭ привилегии и иммунитеты, такая конвенция и настоящее Соглашение, поскольку они относятся к тому же предмету, по мере возможности рассматриваются как дополняющие друг друга, но в случае коллизии перевес имеют постановления настоящего Соглашения.

c) Поскольку Правительство вступает в соглашение с межправительственной организацией, содержащее условия, более благоприятные для этой организации, чем аналогичные условия настоящего Соглашения, Правительство распространяет эти более благоприятные условия на МАГАТЭ посредством дополнительного соглашения.

Раздел 50

МАГАТЭ предусматривает надлежащие методы разрешения:

- a) споров, являющихся результатом договоров и споров частноправного характера, в которых МАГАТЭ является стороной; и
- b) споров, в которых заинтересовано должностное лицо МАГАТЭ, пользующееся, на основании своего официального положения, иммунитетом, если МАГАТЭ не отказалось от этого иммунитета.

Раздел 51

Всякий спор между МАГАТЭ и Правительством относительно толкования или применения настоящего Соглашения или дополнительного соглашения и любой вопрос, касающийся района Центральных учреждений или взаимоотношений между МАГАТЭ и Правительством, который не разрешен посред-

ством переговоров или другого по договору устанавливаемого способа урегулирования, передается на окончательное решение в суд из трех арбитров, из которых один избирается Генеральным директором, другой Федеральным Министром иностранных дел Австрийской Республики, а третий, являющийся председателем этого суда, избирается первыми двумя арбитрами. Если первые два арбитра не договорятся относительно третьего в течение шести месяцев, следующих за назначением первых двух арбитров, то этот третий арбитр избирается Председателем Международного Суда по просьбе МАГАТЭ или Правительства.

СТАТЬЯ XX

Действие настоящего Соглашения

Раздел 52

a) Настоящее Соглашение вступает в силу после обмена нотами между Генеральным директором, надлежаще на то уполномоченным, и надлежаще уполномоченным представителем Федерального Президента Австрийской Республики.

b) Консультации относительно изменения настоящего Соглашения проводятся по требованию МАГАТЭ или Правительства. Изменения вносятся по обоюдному согласию.

c) Настоящее Соглашение подлежит толкованию в свете его основной цели — обеспечить МАГАТЭ возможность в своих Центральных учреждениях, находящихся в Австрийской Республике, исчерпывающим образом и эффективно исполнять свои обязанности и осуществлять свои цели.

d) В тех случаях, когда настоящим Соглашением налагаются обязательства на компетентные австрийские власти, конечная ответственность за выполнение этих обязательств лежит на Правительстве.

e) Настоящее Соглашение теряет свою силу:

- (i) по взаимному согласию МАГАТЭ и Правительства; и
- (ii) если постоянные Центральные учреждения МАГАТЭ переносятся за пределы территории Австрийской Республики и поскольку в этом случае неприменимы постановления относительно нормального прекращения деятельности МАГАТЭ в его постоянных Центральных учреждениях в Австрийской Республике и распоряжения его там находящимся имуществом.

Acuerdo entre la República de Austria y el Organismo Internacional de Energía Atómica relativo a la Sede del Organismo Internacional de Energía Atómica.

La República de Austria

y

el Organismo Internacional de Energía Atómica

Deseosos de concertar un acuerdo destinado a establecer la Sede del Organismo Internacional de Energía Atómica en la ciudad de Viena, o en sus cercanías, y de resolver las cuestiones que con ello se plantean;

Han nombrado con este fin como representantes:

El Presidente Federal de la República de Austria, al

DDr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl,
Ministro Federal de Relaciones Exteriores,

y

El Organismo Internacional de Energía Atómica, a

W. Sterling Cole,
Director General,

quienes han convenido lo siguiente:

ARTICULO I

Definiciones

Sección 1

En el presente Acuerdo,

a) El término "OIEA" designa al Organismo Internacional de Energía Atómica;

b) El término "Gobierno" designa al Gobierno Federal de la República de Austria;

c) El término "Director General" designa al Director General del OIEA o al funcionario autorizado para actuar en su nombre;

d) La expresión "autoridades austríacas competentes" designa a las autoridades federales, de los Estados, municipales, u otras autoridades competentes de la República de Austria, según

el contexto y de conformidad con las leyes y costumbres de esta República;

e) La expresión "leyes de la República de Austria" designa:

i) a la Constitución federal y las constituciones de los Estados;

ii) a las leyes, los reglamentos y las ordenanzas promulgadas por el Gobierno o por las autoridades austríacas competentes, o con su sanción;

f) La expresión "distrito de la Sede" designa:

i) a la zona que de vez en cuando sea definida como tal con el edificio o los edificios que en ella se encuentren, conforme a las sucesivas definiciones que pueda recibir en los acuerdos suplementarios a que se refiere la sección 3;

ii) a todos los demás terrenos o edificios que se incorporen a ella en lo sucesivo, temporal o permanentemente, con arreglo a lo dispuesto en el presente Acuerdo o mediante un acuerdo suplementario con el Gobierno;

g) El término "Estado Miembro" designa a un Estado que sea Miembro del OIEA;

h) El término "Gobernador" designa a cada uno de los Gobernadores de la Junta de Gobernadores del OIEA;

i) La expresión "suplentes, consejeros y expertos de un Gobernador" designa a los suplentes, los consejeros y los expertos de los Gobernadores, pero no incluye al personal de oficina ni a ningún otro personal auxiliar;

j) La expresión "representante permanente ante el OIEA" designa al principal representante permanente ante el OIEA, nombrado por un Estado Miembro;

70

k) La expresión "miembros de la delegación permanente de un Estado Miembro del OIEA" designa a los miembros de la delegación del representante permanente ante el OIEA, pero no incluye al personal de oficina ni a ningún otro personal auxiliar;

l) La expresión "representantes de los Estados Miembros" designa a los representantes acreditados por los Estados Miembros y a los miembros de sus delegaciones, pero no incluye al personal de oficina ni a ningún otro personal auxiliar;

m) La expresión "reuniones convocadas por el OIEA" designa a las reuniones de la Conferencia General del OIEA y las de la Junta de Gobernadores del OIEA, así como cualesquiera conferencias internacionales u otras reuniones convocadas por el OIEA o bajo sus auspicios;

n) La expresión "archivos del OIEA" designa a las actas, la correspondencia, los documentos, los manuscritos, las fotografías, las películas fijas, las películas cinematográficas y las grabaciones sonoras pertenecientes al OIEA o que se hallen en su poder;

o) La expresión "funcionarios del OIEA" designa al Director General y a todos los miembros del personal del OIEA, con excepción de los empleados contratados en el lugar y pagados por hora; y

p) El término "bienes", como se lo emplea en el artículo VIII, designa a todos los bienes, comprendidos los fondos y otros haberes, pertenecientes al OIEA o que se hallen en su poder, o que el OIEA administre en desempeño de sus funciones estatutarias, así como todos los ingresos del OIEA.

ARTICULO II

Distrito de la Sede

Sección 2

a) La Sede permanente del OIEA estará instalada en el distrito de la Sede y no será trasladada a ningún otro lugar, a menos que el OIEA así lo decida. El traslado temporal de la Sede a otro lugar no constituirá un traslado de la Sede permanente, salvo decisión expresa del OIEA en tal sentido.

b) Todo edificio que se utilice con el consentimiento del Gobierno para una reunión convocada por el OIEA se considerará temporalmente incluido en el distrito de la Sede.

c) Las autoridades austríacas competentes adoptarán todas las medidas necesarias para que el OIEA no sea desposeído del distrito de la Sede o de parte de él, sin el consentimiento expreso del OIEA.

Sección 3

El Gobierno concede al OIEA y éste acepta del Gobierno el derecho de uso y ocupación permanente del distrito de la Sede conforme a las sucesivas definiciones que pueda recibir en los acuerdos suplementarios que se concierten entre el OIEA y el Gobierno.

Sección 4

a) Para que el OIEA pueda servirse de la red de comunicaciones por onda corta de las Naciones Unidas, el Gobierno dará al OIEA, a petición de éste y para el cumplimiento de sus funciones oficiales, todas las facilidades adecuadas en materia de radiodifusión y otros medios de telecomunicación, con arreglo a los acuerdos técnicos que se concierten con la Unión Internacional de Telecomunicaciones.

b) El OIEA podrá establecer y explotar cualesquiera otras instalaciones de radiodifusión y cualesquiera otros medios de telecomunicación que se determinen mediante acuerdo suplementario entre el OIEA y las autoridades austríacas competentes.

Sección 5

El OIEA podrá establecer y explotar instalaciones para trabajos de investigación y otras instalaciones técnicas de todo tipo. En estas instalaciones se adoptarán todas las medidas de seguridad adecuadas; cuando las instalaciones presenten peligro para la salud o la seguridad o puedan causar menoscabo a los bienes de terceros, estas medidas se establecerán de acuerdo con las autoridades austríacas competentes.

Sección 6

Las instalaciones mencionadas en las secciones 4 y 5 podrán ser establecidas y explotadas fuera del distrito de la Sede, en la medida necesaria para su eficaz funcionamiento. A petición del OIEA, las autoridades austríacas competentes adoptarán disposiciones para que el OIEA adquiera o utilice locales adecuados a ese efecto, con arreglo a las condiciones y a las modalidades que se estipulen en un acuerdo suplementario, y para que dichos locales queden incorporados al distrito de la Sede.

ARTICULO III

Extraterritorialidad del distrito de la Sede

Sección 7

a) El Gobierno reconoce la extraterritorialidad del distrito de la Sede, que estará bajo la autoridad y la vigilancia del OIEA conforme a las disposiciones del presente Acuerdo.

b) Salvo cuando en el presente Acuerdo se disponga lo contrario y a reserva de los reglamentos que se dicten en virtud de la sección 8, las leyes de la República de Austria serán aplicables en el distrito de la Sede.

c) Salvo cuando en el presente Acuerdo se disponga lo contrario, los tribunales u otros órganos competentes de la República de Austria estarán facultados para conocer, de conformidad con las leyes aplicables, de los actos realizados o de las transacciones efectuadas en el distrito de la Sede.

Sección 8

a) El OIEA tendrá la facultad de dictar reglamentos aplicables en el distrito de la Sede, a fin de crear las condiciones necesarias para el pleno desempeño de sus funciones. Las leyes de la República de Austria no serán aplicables en el distrito de la Sede en la medida en que sean incompatibles con alguno de los reglamentos del OIEA mencionados en la presente sección. Toda controversia entre el OIEA y la República de Austria sobre si un reglamento del OIEA está basado en lo dispuesto en la presente sección, o sobre si una ley de la República de Austria es incompatible con un reglamento dictado por el OIEA con arreglo a lo dispuesto en la presente sección, habrá de ser rápidamente resuelta siguiendo el procedimiento previsto en la sección 51. Hasta que la controversia quede resuelta, el reglamento del OIEA seguirá siendo aplicable y la ley de la República de Austria no será aplicable en el distrito de la Sede en la medida en que el OIEA la juzgue incompatible con dicho reglamento.

b) El OIEA informará al Gobierno, cada vez que sea necesario, acerca de cada reglamento que dicte conforme a lo dispuesto en el inciso a).

c) Las disposiciones de esta sección no impedirán la aplicación prudencial de los reglamentos dictados por las autoridades austríacas competentes en materia de protección contra incendios y de sanidad.

Sección 9

a) El distrito de la Sede es inviolable. Los funcionarios o agentes de la República de Austria u otras personas que ejerzan funciones públicas dentro del territorio de la República de Austria sólo podrán entrar en el distrito de la Sede para ejercer en él cualesquiera funciones, con permiso del Director General y en las condiciones aceptadas por éste. La notificación de diligencias judiciales, tales como el embargo de bienes privados, sólo podrá efectuarse en el distrito de la Sede con el consentimiento expreso del Director General y en las condiciones aceptadas por éste.

b) Sin perjuicio de las disposiciones del artículo XI, el OIEA impedirá que el distrito de la Sede sirva de refugio a personas que traten de sustraerse a una detención ordenada en virtud de una ley de la República de Austria, o sean reclamadas por el Gobierno para su extradición a otro país, o traten de eludir la notificación de una diligencia judicial.

ARTICULO IV

Protección del distrito de la Sede

Sección 10

a) Las autoridades austríacas competentes se esforzarán por evitar que la tranquilidad del distrito de la Sede sea perturbada por personas o grupos de personas que traten de entrar en él sin autorización o provoquen disturbios en su vecindad inmediata, y para ello proporcionarán, en los límites del distrito de la Sede, la protección de policía necesaria.

b) A pedido del Director General, las autoridades austríacas competentes proporcionarán fuerzas de policía suficientes para imponer la ley y mantener el orden en el interior del distrito de la Sede.

Sección 11

Las autoridades austríacas competentes adoptarán todas las medidas razonables para que el uso que pueda hacerse de los terrenos o edificios circundantes no disminuya los atractivos del distrito de la Sede ni dificulte su utilización para los fines a que está destinado. El OIEA adoptará por su parte todas las medidas razonables para impedir que el uso que pueda hacerse de los terrenos y edificios situados en el distrito de la Sede disminuya los atractivos de los terrenos situados en la vecindad de ese distrito.

ARTICULO V

Servicios públicos del distrito de la Sede

Sección 12

a) Las autoridades austríacas competentes harán uso de sus respectivas atribuciones en la medida en que lo pida el Director General para proporcionar al distrito de la Sede, en condiciones equitativas, los servicios públicos necesarios, en especial, y sin que esta enumeración sea limitativa, electricidad, agua, cloacas, gas, servicios postales, telefónicos y telegráficos, transportes locales, desagües, recogida de basuras, servicio de incendios y remoción de la nieve en la vía pública.

b) En caso de interrupción o de riesgo de interrupción de cualquiera de estos servicios,

las autoridades austríacas competentes reconocerán a las necesidades del OIEA igual importancia que a las de la Administración Pública austríaca para el ejercicio de sus actividades esenciales, y adoptarán las medidas adecuadas para que no se entorpezcan las actividades del OIEA.

c) El Director General tomará, cuando se le pida, las disposiciones necesarias para que los representantes debidamente autorizados de los correspondientes servicios públicos puedan inspeccionar, reparar, conservar, reconstruir o cambiar de lugar las instalaciones de los servicios públicos, canalizaciones, tuberías y cloacas del distrito de la Sede, en condiciones que no entorpezcan injustificadamente el desempeño de las funciones del OIEA.

d) Si las autoridades austríacas competentes suministran el gas, la electricidad, el agua o la calefacción, o regulan sus precios, el OIEA gozará de tarifas que no excederán de las análogas más bajas fijadas para las dependencias de la Administración austríaca.

ARTICULO VI

Comunicaciones y transportes

Sección 13

El OIEA gozará para sus comunicaciones oficiales, en la medida compatible con las convenciones, los reglamentos y los acuerdos internacionales en que sea parte el Gobierno, de un trato no menos favorable que el otorgado por el Gobierno a cualquier otra organización o a un gobierno, comprendidas las misiones diplomáticas de ese gobierno, en materia de prioridades y de tarifas de correos, cablegramas, telegramas, radiogramas, telefotos, transmisiones por televisión, comunicaciones telefónicas y otras comunicaciones, así como en materia de tarifas de prensa para las informaciones destinadas a la prensa y a la radiodifusión.

Sección 14

El OIEA tendrá derecho a utilizar, para el desempeño de sus funciones oficiales, los servicios de ferrocarriles del Gobierno a tarifas que no excederán de las tarifas análogas más bajas aplicadas a las dependencias de la Administración austríaca, para el transporte de viajeros y mercancías.

Sección 15

a) Las comunicaciones oficiales dirigidas al OIEA o a cualquiera de sus funcionarios en el distrito de la Sede y las comunicaciones oficiales procedentes del OIEA, por cualquier medio y forma en que se transmitan, estarán exentas de toda censura y de cualquier otra

forma de interceptación o de violación de su carácter privado. Esta inmunidad se extenderá, sin que la enumeración sea limitativa, a las publicaciones, fotografías, películas fijas, películas cinematográficas y grabaciones sonoras.

b) El OIEA tendrá el derecho de utilizar claves y de despachar y recibir su correspondencia y demás comunicaciones oficiales por medio de correos o en valijas selladas, con los mismos privilegios e inmunidades que se reconocen a los correos y a las valijas diplomáticas.

ARTICULO VII

Personalidad jurídica, libertad de reunión y libertad de publicación

Sección 16

El Gobierno reconoce la personalidad jurídica del OIEA y, en particular, su capacidad para:

- contratar;
- adquirir bienes muebles e inmuebles y disponer de ellos; y
- entablar acciones judiciales.

Sección 17

a) El Gobierno reconoce el derecho del OIEA de convocar a reuniones en el distrito de la Sede o, previo consentimiento del Gobierno o de las autoridades austríacas competentes designadas por él, en cualquier otro lugar del territorio de la República de Austria.

b) Para asegurar plenamente la libertad de reunión y de discusión, el Gobierno adoptará todas las medidas adecuadas para que no se ponga obstáculo alguno al desenvolvimiento de los trabajos de las reuniones convocadas por el OIEA.

Sección 18

a) El Gobierno reconoce al OIEA el derecho de publicar y efectuar transmisiones radiotelefónicas libremente, dentro del territorio de la República de Austria, para los fines especificados en su Estatuto.

b) Se entenderá, no obstante, que el OIEA respetará las leyes de la República de Austria y los acuerdos internacionales sobre derechos de autor en que ésta sea parte.

ARTICULO VIII

Bienes pertenecientes al OIEA y exención de impuestos

Sección 19

El OIEA y sus bienes, sea cual fuere el lugar en que se encuentren y sea quien fuere el que

los tenga en su poder, disfrutarán de inmunidad de jurisdicción, salvo en la medida en que el OIEA haya renunciado expresamente a ella en un caso determinado. No obstante, la renuncia no podrá extenderse a las medidas de ejecución.

Sección 20

Los bienes del OIEA, sea cual fuere el lugar en que se encuentren y sea quien fuere el que los tenga en su poder, gozarán de inmunidad de registro, requisa, confiscación, expropiación y de cualquier otra forma de intervención por parte de las autoridades gubernativas, administrativas o judiciales, o resultante de disposiciones legislativas.

Sección 21

Los archivos del OIEA serán inviolables, sea cual fuere el lugar en que se encuentren.

Sección 22

a) El OIEA y sus bienes estarán exentos de toda clase de impuestos, entendiéndose, no obstante, que esta exención no se hará extensiva al propietario ni al arrendador de los bienes tomados en arriendo por el OIEA.

b) En la medida en que el Gobierno, por razones importantes de carácter administrativo, no pueda eximir al OIEA de los impuestos indirectos incorporados a los precios de las mercaderías adquiridas por el OIEA, o de los servicios que le sean prestados, reembolsará estos impuestos al OIEA, abonándole, de cuando en cuando, cantidades globales que fijará de común acuerdo con el OIEA. Queda, no obstante, entendido que el OIEA no reclamará los reembolsos correspondientes a compras de poca importancia. Con respecto a los impuestos mencionados, el OIEA gozará, en todo tiempo, de las mismas exenciones y facilidades, cuando menos, que las dependencias de la Administración austríaca, o que los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria, si las de éstos son más favorables. Queda también entendido que el OIEA no reclamará exenciones de impuestos que de hecho sólo constituyan un pago por servicios públicos.

c) No obstante lo dispuesto en el inciso b), todas las operaciones en que sea parte el OIEA, y todos los documentos en que ellas consten, estarán exentos de impuestos y de derechos de inscripción y de timbre.

d) Los artículos importados o exportados por el OIEA con fines oficiales estarán exentos de derechos de aduana y de toda clase de gravamen, prohibición o restricción de importación y de exportación. Estos artículos comprenden, sin que esta enumeración sea limitativa, instalaciones,

equipos y materiales de toda clase, destinados a fines científicos o industriales.

e) El OIEA estará exento de derechos de aduana y de toda clase de gravamen, prohibición o restricción a la importación de vehículos automotores y sus repuestos, que necesite para el desempeño de sus funciones oficiales.

f) El Gobierno concederá, cuando se le pida, cuotas de gasolina y otros combustibles y de lubricantes para cada uno de esos vehículos automotores utilizados por el OIEA, en cantidad suficiente para permitirle ejercer su actividad y con arreglo a las tarifas especiales que se fijen para las misiones diplomáticas en la República de Austria.

g) Los artículos importados de acuerdo con lo dispuesto en los incisos d) y e) de la presente sección, u obtenidos del Gobierno en virtud de lo dispuesto en el inciso f) de la presente sección, no podrán ser vendidos por el OIEA dentro del territorio de la República de Austria, más que en las condiciones fijadas de común acuerdo con el Gobierno.

ARTICULO IX

Facilidades financieras

Sección 23

a) Sin estar sometido a ningún control, reglamentación o moratoria financieras, el OIEA podrá libremente:

- i) Comprar toda clase de monedas por las vías legales, poseerlas y disponer de ellas;
- ii) Disponer de cuentas en toda clase de monedas;
- iii) Comprar, por las vías legales, fondos, valores y oro, y disponer de ellos;
- iv) Transferir sus fondos, valores, oro y monedas, de Austria a cualquier otro país, y viceversa, o en el interior de Austria;
- v) Obtener fondos en ejercicio de su facultad para contratar préstamos o en cualquiera otra forma que estime conveniente; sin embargo, cuando la operación se efectúe en el territorio de la República de Austria, el OIEA habrá de obtener el asentimiento del Gobierno.

b) El Gobierno ayudará al OIEA a obtener las condiciones más favorables en materia de tipos de cambio, comisiones bancarias sobre las operaciones de cambio y otras operaciones análogas.

c) En el ejercicio de los derechos que se le reconocen en la presente sección, el OIEA tendrá debidamente en cuenta toda petición que le haga el Gobierno, en la medida en que pueda hacerlo sin perjuicio para los intereses del OIEA.

ARTICULO X

Seguridad social y cajas de pensiones

Sección 24

Toda caja de pensiones o de previsión creada por el OIEA o administrada bajo su autoridad tendrá personalidad jurídica en la República de Austria si el OIEA lo pide, y gozará de las mismas exenciones, inmunidades y privilegios que el OIEA.

Sección 25

El OIEA estará exento de toda contribución obligatoria a un sistema de seguridad social de la República de Austria y el Gobierno no podrá exigir de los funcionarios del OIEA que participen en tales sistemas.

Sección 26

El Gobierno adoptará las disposiciones necesarias para que todo funcionario del OIEA que no esté protegido por un sistema de seguridad social del OIEA pueda participar, si el OIEA lo pide, en cualquier sistema de seguridad social de la República de Austria. El OIEA, en cuanto sea posible y en las condiciones que se convengan, tomará medidas para que el personal contratado en el lugar que no esté protegido por un sistema de seguridad social del Organismo equivalente por lo menos al de la legislación austríaca, pueda participar en el sistema de seguridad social austríaco.

ARTICULO XI

Entrada, salida, tránsito y residencia

Sección 27

a) El Gobierno adoptará todas las medidas necesarias para facilitar la entrada y la residencia en territorio austríaco a las personas enumeradas a continuación, y no pondrá obstáculo alguno a su salida de dicho territorio; velará también porque no se les ponga impedimento alguno cuando se dirijan al distrito de la Sede o regresen de él, proporcionándoles en tales ocasiones la protección necesaria:

- i) Los Gobernadores, los suplentes, consejeros y expertos de los Gobernadores, los representantes permanentes y los miembros de las delegaciones permanentes de los Estados Miembros del OIEA, sus familias y su personal doméstico, así como el personal de oficina y demás personal auxiliar adscrito al personal de los Gobernadores o de los representantes permanentes y sus cónyuges e hijos a cargo;
- ii) Los representantes de Estados Miembros, sus familias y su personal doméstico, así

como el personal de oficina y demás personal auxiliar adscrito a las delegaciones de los Estados Miembros y sus cónyuges e hijos a cargo;

- iii) Los funcionarios del OIEA, sus familias y su personal doméstico;
- iv) Los funcionarios de las Naciones Unidas o de cualquier otra organización con la cual el OIEA haya establecido relaciones en cumplimiento de lo dispuesto en el párrafo A del artículo XVI de su Estatuto, que se hallen en misión oficial en el OIEA, y sus cónyuges e hijos a cargo;
- v) Los representantes de otras organizaciones reconocidas por el OIEA como entidades consultivas, en el desempeño de sus funciones oficiales ante el OIEA;
- vi) Las personas que, no siendo funcionarios del OIEA, estén desempeñando misiones por cuenta del OIEA o formen parte de comisiones o de otros órganos auxiliares del OIEA, así como sus cónyuges;
- vii) Los representantes de la prensa, radio, cinematógrafo, televisión y otros medios de información, acreditados ante el OIEA y admitidos por éste, previa consulta con el Gobierno;
- viii) Los representantes de Estados no miembros del OIEA, enviados como observadores, con sujeción a las reglas establecidas por el OIEA, a reuniones convocadas por éste;
- ix) Cualesquiera representantes de otras organizaciones u otras personas invitadas por el OIEA al distrito de la Sede para asuntos oficiales. El Director General comunicará al Gobierno los nombres de esas personas antes de la fecha prevista para su entrada en el territorio de la República de Austria.

b) Las disposiciones de esta sección no se aplicarán en los casos de interrupción general de los transportes, que serán tratados con arreglo a lo previsto en el inciso b) de la sección 12, y tampoco interferirán con las leyes de aplicación general relativas a la explotación de los medios de transporte.

c) Se concederán sin gastos y lo más rápidamente posible los visados que necesiten las personas a que se hace referencia en la presente sección.

d) Las actividades oficiales que, con arreglo a lo dispuesto en el inciso a), ejerzan en relación con el OIEA las personas a que se hace referencia en la presente sección, no podrán constituir en ningún caso una razón para que las autoridades les impidan entrar en el territorio de la República de Austria o salir de él, ni para obligarles a salir de dicho territorio.

e) El Gobierno no podrá obligar a ninguna de las personas comprendidas en el inciso a) a salir del territorio de la República de Austria, salvo si hubieran abusado del derecho de residencia, en cuyo caso se aplicarán las disposiciones siguientes:

- i) No se entablará acción legal alguna, para obligar a una de esas personas a salir del territorio de la República de Austria, sin la aprobación previa del Ministro Federal de Relaciones Exteriores de la República de Austria;
 - ii) Si se trata de un representante de un Estado Miembro, no se podrá dar esta aprobación sin consultar previamente con el Gobierno del Estado Miembro interesado;
 - iii) Si se trata de otra de las personas a que se hace referencia en el inciso a) de la presente sección, esta aprobación no se podrá dar sin consultar previamente al Director General; si se entabla un procedimiento legal para su expulsión, el Director General tendrá el derecho de comparecer o de estar representado en dicho procedimiento en nombre de la persona contra la cual éste se haya entablado;
 - iv) Las personas que gocen de los privilegios e inmunidades diplomáticas en virtud de lo dispuesto en las secciones 30, 31 y 39 del presente Acuerdo, no podrán ser obligadas a salir del territorio de la República de Austria más que con arreglo al procedimiento normalmente seguido para los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.
- f) Las disposiciones de la presente sección no impedirán que se exija a las personas que reivindiquen los derechos reconocidos en ella, que prueben que están incluidas en las categorías mencionadas en el inciso a). Tampoco excluirán la aplicación razonable de los reglamentos de cuarentena y sanidad.

Sección 28

El Director General y las autoridades austríacas competentes se consultarán, a petición de cualquiera de ellos, acerca de las medidas adecuadas para facilitar la entrada en el territorio de la República de Austria a las personas procedentes del extranjero que deseen concurrir al distrito de la Sede y no gocen de los privilegios establecidos en la sección 27, así como acerca de la utilización de los medios de transporte disponibles.

ARTICULO XII

Misiones permanentes ante el OIEA

Sección 29

Las misiones permanentes de los Estados Miembros ante el OIEA gozarán de los mismos privilegios e inmunidades que se reconocen a las misiones diplomáticas en la República de Austria.

ARTICULO XIII

Gobernadores y representantes permanentes ante el OIEA

Sección 30

Los Gobernadores y los representantes permanentes ante el OIEA tendrán derecho en el territorio de la República de Austria a los mismos privilegios e inmunidades que el Gobierno reconoce a los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.

Sección 31

Los suplentes, los consejeros y los expertos de un Gobernador y los miembros de las delegaciones permanentes de un Estado Miembro del OIEA tendrán derecho a los mismos privilegios e inmunidades que el Gobierno reconoce al personal de categoría análoga de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.

Sección 32

El personal de oficina y demás personal auxiliar adscrito al personal de un Gobernador o a la delegación permanente de un Estado Miembro gozarán de los mismos privilegios e inmunidades que el personal de oficina y demás personal auxiliar de las misiones diplomáticas.

ARTICULO XIV

Representantes ante el OIEA

Sección 33

Sin perjuicio de los demás privilegios e inmunidades de que gocen durante el ejercicio de sus funciones y en sus viajes al distrito de la Sede y de regreso de él, los representantes de los Estados Miembros en las reuniones del OIEA gozarán, en el territorio de la República de Austria y respecto de ella, de los siguientes privilegios e inmunidades:

- a) Inmunidad de detención o de prisión y de embargo de su equipaje personal y oficial, para ellos, sus cónyuges e hijos a cargo;

76

- b) Inmunidad de jurisdicción para sus palabras, sus escritos y para todos los actos ejecutados en el ejercicio de sus funciones oficiales; esta inmunidad subsistirá incluso después de cesar el interesado en el desempeño de sus funciones;
- c) Inviolabilidad de todos los papeles y documentos oficiales;
- d) Derecho de utilizar claves y de despachar y recibir correspondencia y otros documentos oficiales por medio de correos o en valijas selladas;
- e) Exención para ellos, sus cónyuges, personas de sus familias que estén a su cargo y personal doméstico, de toda restricción en materia de inmigración, formalidades de registro de extranjeros y obligaciones de servicio nacional;
- f) Protección y facilidades de repatriación para ellos, sus cónyuges, personas de sus familias que estén a su cargo y personal doméstico, idénticas a las concedidas en períodos de crisis internacional a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria;
- g) Privilegios en materia de restricciones monetarias y de cambio idénticos a los que el Gobierno reconoce a los representantes de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;
- h) Inmunidades y facilidades, respecto del equipaje personal y oficial, idénticas a las que el Gobierno concede a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.

Sección 34

El personal de oficina y demás personal auxiliar adscrito a la delegación de un Estado Miembro gozará de los mismos privilegios e inmunidades que el personal de oficina y demás personal auxiliar de las misiones diplomáticas.

Sección 35

Cuando la aplicación de un impuesto cualquiera esté subordinada a la residencia de la persona interesada, los períodos durante los cuales las personas designadas en la sección 33 se encuentren en la República de Austria para el ejercicio de sus funciones no se considerarán como períodos de residencia. En particular, esas personas estarán exentas de impuestos sobre los sueldos e indemnizaciones correspondientes a los mencionados períodos de servicio, así como de todo impuesto sobre el turismo.

Sección 36

Los privilegios e inmunidades reconocidos en el presente artículo y en el artículo XIII se

conceden no en beneficio personal de los interesados, sino para garantizar su independencia en el ejercicio de sus funciones en el OIEA. Por consiguiente, incumbirá a los Estados Miembros levantar la inmunidad de cualquiera de sus representantes en todos aquellos casos en que, a su juicio, la inmunidad impediría la acción de la justicia, siempre que puedan levantarla sin comprometer la finalidad para que se concedió.

Sección 37

- a) El OIEA comunicará al Gobierno la lista de las personas comprendidas en las disposiciones del presente artículo y del artículo XIII, y la pondrá al día cada vez que sea necesario.
- b) El Gobierno proporcionará a las personas comprendidas en el artículo XIII y a cuantas corresponda, una tarjeta de identidad con la fotografía del titular. Esta tarjeta servirá para identificar al titular ante todas las autoridades austríacas.

ARTICULO XV

Funcionarios del OIEA

Sección 38

Los funcionarios del OIEA gozarán, en el territorio de la República de Austria y respecto de ella, de los siguientes privilegios e inmunidades:

- a) Inmunidad de jurisdicción para sus palabras, sus escritos y para todos los actos ejecutados en el ejercicio de sus funciones oficiales; esta inmunidad subsistirá aun cuando el interesado haya cesado de ser funcionario del OIEA;
- b) Inmunidad de embargo de su equipaje personal y oficial;
- c) Exención de inspección del equipaje oficial y, si el funcionario está comprendido en la sección 39, exención de inspección del equipaje personal;
- d) Exención de impuestos sobre los sueldos e indemnizaciones que perciban del OIEA por servicios pasados o presentes o en remuneración de servicios prestados al OIEA;
- e) Exención de toda clase de impuestos sobre los ingresos procedentes de fuentes exteriores al territorio de la República de Austria;
- f) Exención para ellos, sus cónyuges, personas de sus familias que estén a su cargo y personal doméstico, de toda restricción en materia de inmigración y formalidades de registro de extranjeros;
- g) Exención de toda obligación de servicio nacional; no obstante, para los ciudadanos austríacos, esa exención sólo se aplicará a los funcionarios que figuren, por razón de

sus cargos, en una lista establecida por el Director General y aprobada por el Gobierno. Para los funcionarios de nacionalidad austríaca que no figuren en dicha lista y sean llamados a cumplir obligaciones de servicio nacional, el Gobierno concederá, a petición del Director General, las prórrogas necesarias para evitar toda interrupción de las actividades esenciales del OIEA;

- h) Libertad de poseer en el territorio de la República de Austria, o en cualquier otro lugar, valores extranjeros, cuentas en divisas y otros bienes muebles e inmuebles; y, cuando terminen sus funciones en el OIEA, derecho de sacar del territorio de la República de Austria, sin prohibición ni restricción alguna, cantidades iguales a las que hubiesen introducido en dicho territorio por las vías autorizadas y en las mismas divisas;
- i) Protección y facilidades de repatriación para ellos, sus cónyuges, personas de sus familias que estén a su cargo y personal doméstico, idénticas a las concedidas en períodos de crisis internacional a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria;
- j) Derecho de importar, para su uso personal, en franquicia y sin estar sometidos a las prohibiciones y restricciones de importación:
 - i) sus muebles y efectos personales importados en una o varias veces y, posteriormente, los artículos necesarios para completar dichos muebles y efectos;
 - ii) un automóvil cada cuatro años;
 - iii) a reserva de un acuerdo suplementario que se concertará entre el OIEA y el Gobierno, cantidades limitadas de ciertos artículos de uso o consumo personales, que no podrán ser regalados o vendidos.

Sección 39

Además de los privilegios e inmunidades mencionados en la sección 38:

- a) El Director General gozará de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades reconocidos a los embajadores jefes de misión;
- b) El Director General Adjunto o el funcionario de categoría superior del OIEA que actúe en nombre del Director General durante su ausencia, gozará de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades reconocidos al Director General;

- c) Los Directores Generales Adjuntos, los funcionarios de grado P-5 o superior, y todos los demás funcionarios de otras categorías que, de acuerdo con el Gobierno, designe el Director General, previa consulta con la Junta de Gobernadores, y por razón de las responsabilidades de sus cargos en el OIEA, gozarán de los mismos privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades que el Gobierno concede a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.

Sección 40

- a) Los privilegios e inmunidades reconocidos en el presente artículo se conceden en interés del OIEA y no en beneficio personal de los interesados. El OIEA levantará la inmunidad concedida a sus funcionarios cuando impida la acción de la justicia, y si puede hacerlo sin perjuicio de los intereses del OIEA. Cada vez que se plantee el problema de los privilegios e inmunidades, el funcionario interesado informará inmediatamente al Director General, quien decidirá, previa consulta con la Junta de Gobernadores, cuando corresponda, si procede renunciar a ellos. Cuando se trate del Director General, será la Junta de Gobernadores la que tendrá el derecho de levantar las inmunidades.

- b) El OIEA y sus funcionarios colaborarán en todo momento con las autoridades austríacas competentes para facilitar la adecuada aplicación de las leyes de la República de Austria y evitar todo abuso a que pudieran dar lugar los privilegios e inmunidades otorgados en virtud del presente artículo.

Sección 41

- a) El OIEA comunicará al Gobierno una lista con los nombres de todos los funcionarios del OIEA y la pondrá al día cada vez que sea necesario.

- b) El Gobierno proporcionará a todas las personas a que se refiere el presente artículo una tarjeta de identidad con la fotografía del titular. Esta tarjeta servirá para identificar al titular ante todas las autoridades austríacas.

ARTICULO XVI

Expertos, miembros de las misiones y comisiones del OIEA y representantes de organizaciones

Sección 42

Los expertos que no figuren entre los adscritos a los Gobernadores, de que trata el artículo XIII, ni entre los funcionarios del OIEA,

de que trata el artículo XV, que desempeñen misiones por cuenta del OIEA, formen parte de sus comisiones o de otros órganos auxiliares o actúen como consejeros a petición del OIEA, y los representantes de organizaciones con las que el OIEA haya establecido relaciones de conformidad con lo dispuesto en el párrafo A del artículo XVI de su Estatuto, o los representantes de organizaciones invitados por la Junta de Gobernadores o por la Conferencia General a concurrir en misión oficial al distrito de la Sede, gozarán en el territorio y respecto de la República de Austria, de los privilegios e inmunidades que se enumeran a continuación, en la medida necesaria para el ejercicio satisfactorio de sus funciones, tanto durante los viajes que efectúen para cumplir esas misiones o para participar en los trabajos de esas comisiones o de otros órganos auxiliares, como cuando se encuentren en el distrito de la Sede y asistan a dichas reuniones:

- a) Inmunidad de detención y prisión y de embargo de su equipaje personal y oficial para ellos, sus cónyuges e hijos a cargo;
- b) Inmunidad de jurisdicción para sus palabras, sus escritos y para todos los actos que ejecuten en el ejercicio de sus funciones oficiales; la inmunidad subsistirá aun cuando los interesados hayan dejado de formar parte de misiones o de comisiones del OIEA, de actuar como consejeros de éste, de estar presentes en el distrito de la Sede o de asistir a las reuniones convocadas por el OIEA;
- c) Inviolabilidad de todos los papeles y otros documentos oficiales;
- d) Derecho de utilizar claves en sus comunicaciones con el OIEA y de despachar y recibir papeles, correspondencia y otros documentos oficiales por medio de correos o en valijas selladas;
- e) Exención para ellos y sus cónyuges de toda restricción en materia de inmigración, formalidades de registro de extranjeros y de obligaciones de servicio nacional;
- f) Protección y facilidades de repatriación para ellos, sus cónyuges, personas de sus familias que estén a su cargo y personal doméstico, idénticas a las concedidas en períodos de crisis internacional a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria;
- g) Privilegios en materia de restricciones monetarias y de cambio idénticos a los que se reconocen a los representantes de gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;

h) Inmunidades y facilidades, respecto de su equipaje personal y oficial, idénticas a las que el Gobierno concede a los miembros de categoría análoga del personal de los jefes de misión diplomática acreditados ante la República de Austria.

Sección 43

a) Cuando la aplicación de un impuesto cualquiera esté subordinada a la residencia de la persona interesada, los períodos durante los cuales las personas designadas en la sección 42 se encuentren en la República de Austria para el ejercicio de sus funciones, no se considerarán como períodos de residencia. En particular, esas personas estarán exentas de impuestos sobre los sueldos e indemnizaciones percibidas del OIEA que correspondan a los mencionados períodos de servicio, así como de todo impuesto sobre el turismo.

b) Los privilegios e inmunidades reconocidos en el presente artículo se conceden en interés del OIEA y no en beneficio personal de los interesados. El OIEA levantará la inmunidad concedida a una persona en virtud de este artículo si, a su juicio, impide la acción de la justicia, y si puede hacerlo sin perjuicio de los intereses del OIEA.

Sección 44

a) El OIEA comunicará al Gobierno la lista de las personas comprendidas en las disposiciones del presente artículo, y la pondrá al día cada vez que sea necesario.

b) El Gobierno proporcionará a todas las personas comprendidas en el presente artículo una tarjeta de identidad con la fotografía del titular. La tarjeta servirá para identificar al titular ante todas las autoridades austríacas.

ARTICULO XVII

Laissez-passer

Sección 45

El Gobierno reconocerá y aceptará como documento válido de viaje el *laissez-passer* de las Naciones Unidas expedido a los funcionarios del OIEA.

ARTICULO XVIII

Disposiciones generales

Sección 46

La República de Austria no asumirá, por estar situada la Sede en su territorio, ninguna responsabilidad internacional por los actos u omisiones del OIEA o de sus funcionarios que actúen

o se abstengan de actuar dentro de la esfera de sus funciones, excepción hecha de la responsabilidad internacional que corresponda a la República de Austria en cuanto Estado Miembro del OIEA.

Sección 47

a) Cuando el Gobierno considere necesario para la seguridad de la República de Austria adoptar precauciones que influyan en la aplicación de cualquiera de los artículos de este Acuerdo, sin perjuicio para el funcionamiento independiente y normal del OIEA, se pondrá en relación con el OIEA tan rápidamente como las circunstancias lo permitan, con objeto de determinar de mutuo acuerdo las medidas que sean precisas para proteger los intereses del OIEA.

b) El OIEA cooperará con el Gobierno a fin de evitar todo perjuicio que sus actividades pudieran causar a la seguridad de la República de Austria.

Sección 48

a) El Director General adoptará todas las medidas adecuadas para impedir cualquier abuso de los privilegios e inmunidades concedidos en virtud del presente Acuerdo; para ello, con la aprobación de la Junta de Gobernadores, dictará, respecto de los funcionarios del OIEA y de todas las demás personas que corresponda, las disposiciones reglamentarias que se estimen necesarias y oportunas.

b) Si el Gobierno considera que se ha abusado de alguno de los privilegios o inmunidades concedidos en virtud del presente Acuerdo, a petición suya se celebrarán consultas entre el Director General y las autoridades austríacas competentes para determinar si se ha cometido realmente ese abuso. Si el resultado de esas consultas no es satisfactorio para el Director General y para el Gobierno, la cuestión será resuelta con arreglo al procedimiento previsto en la sección 51.

c) Todas las personas de nacionalidad austríaca y todos los apátridas residentes en Austria gozarán de los privilegios e inmunidades, exenciones y facilidades concedidos en virtud del presente Acuerdo en la medida admitida por el derecho internacional aceptado por el Gobierno; no obstante, las disposiciones de las secciones 25 y 26 y de los incisos d) y g) de la sección 38 se aplicarán en todo caso a los funcionarios del OIEA que sean ciudadanos austríacos o apátridas residentes en Austria.

d) Las disposiciones del presente Acuerdo se aplicarán independientemente de que el Gobierno mantenga o no relaciones diplomáticas con el Estado correspondiente.

ARTICULO XIX

Acuerdos suplementarios y solución de controversias

Sección 49

a) El OIEA y el Gobierno podrán concertar todos los acuerdos suplementarios que sean necesarios.

b) Cuando entre en vigor respecto de la República de Austria una convención que reconozca privilegios e inmunidades al OIEA, dicha convención y el presente Acuerdo, siempre y en la medida en que traten de una misma cuestión, se considerarán, en lo posible, complementarios; pero en caso de contradicción entre los dos textos, prevalecerán las disposiciones del presente Acuerdo.

c) Si el Gobierno concierta con alguna organización intergubernamental un acuerdo que contenga cláusulas y condiciones más favorables que las cláusulas y condiciones correspondientes del presente Acuerdo, el Gobierno, mediante un acuerdo suplementario, hará extensivas al OIEA esas cláusulas y condiciones más favorables.

Sección 50

El OIEA adoptará las disposiciones apropiadas para solucionar:

- a) Las controversias derivadas de contratos y las controversias de derecho privado en que el OIEA sea parte; y
- b) Las controversias en que sea parte un funcionario del OIEA, que goce de inmunidad por su posición oficial, si el OIEA no ha levantado dicha inmunidad.

Sección 51

Toda controversia entre el OIEA y el Gobierno respecto de la interpretación o de la aplicación del presente Acuerdo o de cualquier acuerdo suplementario, o cualquier otra cuestión relativa al distrito de la Sede o a las relaciones entre el OIEA y el Gobierno, que no se resuelva por negociación o por otro procedimiento que convengan las partes, será sometida a la decisión definitiva de un tribunal compuesto de tres árbitros, designados uno por el Director General, otro por el Ministro Federal de Relaciones Exteriores de la República de Austria, y el tercero, que presidirá el tribunal, por los otros dos árbitros. Si no hay acuerdo entre ellos acerca de esta elección dentro de los seis meses que sigan a la designación de los dos primeros árbitros, el tercer árbitro será designado por el Presidente de la Corte Internacional de Justicia, a petición del OIEA o del Gobierno.

ARTICULO XX

Aplicación del presente Acuerdo

Sección 52

a) El presente Acuerdo entrará en vigor mediante un canje de notas entre el Director General, debidamente autorizado al efecto, y el representante debidamente autorizado del Presidente Federal de la República de Austria.

b) El presente Acuerdo podrá ser modificado después de consultas entabladas a petición del OIEA o del Gobierno. Toda modificación deberá ser decidida de común acuerdo.

c) El presente Acuerdo será interpretado teniendo en cuenta su fin principal, que es permitir que el OIEA desempeñe sus funciones y logre sus objetivos plena y eficazmente en su

Sede situada en el territorio de la República de Austria.

d) Al Gobierno incumbirá en definitiva la responsabilidad de hacer que las autoridades austríacas competentes cumplan las obligaciones que les impone el presente Acuerdo.

e) El presente Acuerdo cesará de estar en vigor:

i) Si el OIEA y el Gobierno convienen en ello;

ii) Si la Sede permanente del OIEA es trasladada fuera del territorio de la República de Austria, a excepción de las disposiciones necesarias para poner fin de una manera ordenada a las actividades del OIEA en su Sede permanente en el territorio de la República de Austria y para disponer de sus bienes situados en ella.

ZU URKUND DESSEN, haben die dazu gehörig bevollmächtigten, beiderseitigen Vertreter dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, den 11. Dezember eintausendneunhundertseven- undfünfzig, in zwei Ausfertigungen in deutscher, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Sprache, wobei jeder Text in gleicher Weise authentisch ist.

為此, 下列代表各秉正式授予之權於公曆一九五七年十二月十一日在維也納簽訂本協定, 以中, 英, 法, 俄, 西, 德六種文字製成兩本, 各文同一作準。

IN WITNESS WHEREOF the respective representatives, duly authorized thereto, have signed this Agreement.

DONE at Vienna, this 11 day of December one thousand nine hundred and fifty-seven, in two copies in the German, Chinese, English, French, Russian and Spanish languages, each text being equally authentic.

EN FOI DE QUOI, les représentants de la République d'Autriche et de l'AIEA, à ce dûment autorisés, ont signé le présent Accord.

FAIT à Vienne, le 11 décembre mil neuf cent cinquante sept, en deux exemplaires, dans les langues allemande, chinoise, anglaise, française, russe et espagnole, les six textes faisant également foi.

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО надлежаще уполномоченные представители подписали настоящее Соглашение.

СОВЕРШЕНО в Вене сего 11 дня декабря месяца тысяча девятьсот пятьдесят седьмого года в двух экземплярах на немецком, китайском, английском, французском, русском и испанском языках, при чем каждый текст является аутентичным.

EN FE DE LO CUAL, los representantes de la República de Austria, y del OIEA, debidamente autorizados, han firmado el presente Acuerdo.

HECHO en Viena, a los 11 días del mes de diciembre de mil novecientos cincuenta y siete, en dos ejemplares en los idiomas alemán, chino, inglés, francés, ruso y español, siendo igualmente auténtico el texto en cada uno de estos seis idiomas.

Für die Republik Österreich:

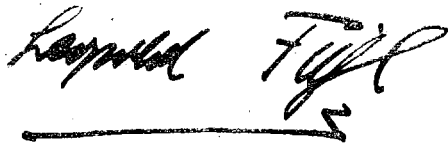
奧地利共和國
代表

For the Republic of Austria:

Pour la République d'Autriche:

За Австрийскую Республику:

Por la República de Austria:



Für die Internationale
Atomenergie-Organisation:

國際原子能
總署代表

For the International Atomic
Energy Agency:

Pour l'Agence internationale
de l'énergie atomique:

За Международное агентство
по атомной энергии:

Por el Organismo Internacional
de Energía Atómica:



Erläuternde Bemerkungen.

I.

Allgemeiner Teil.

Der Nationalrat hat in seiner Sitzung vom 14. März 1957 der Satzung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt; der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 22. März 1957 beschlossen, gegen diesen Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben. Der gemäß Artikel 64 B.-VG. die Funktionen des Bundespräsidenten ausübende Bundeskanzler hat am 26. April 1957 die Satzung ratifiziert. Diese ist für Österreich am 29. Juli 1957 in Kraft getreten und im Bundesgesetzblatt 1957 unter Nr. 216 publiziert worden.

In Anbetracht der auf die Erhaltung des Friedens und auf den wirtschaftlichen Fortschritt der Menschheit gerichteten Bestrebungen der IAEO hat die österreichische Bundesregierung bereits 1956 beschlossen, die IAEO einzuladen, sowohl ihren ständigen Sitz in Wien zu errichten als auch ihre 1. Generalkonferenz in Wien abzuhalten.

Auf Grund dieser Einladung hat die Vorbereitende Kommission der IAEO den Beschluß gefaßt, die erste Generalkonferenz der IAEO in Wien abzuhalten. Diese begann am 1. Oktober 1957.

Neben vielen anderen Entscheidungen hatte die Generalkonferenz auch einen Beschluß über den ständigen Sitz der Organisation (Amtssitz) zu fassen.

In ihrer Sitzung vom 9. Oktober 1957 beschloß dann auch die Generalkonferenz, die Einladung der österreichischen Bundesregierung anzunehmen und den Amtssitz der Organisation in Wien zu errichten.

Dieser Beschluß der Generalkonferenz machte es notwendig, die Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der IAEO im Rahmen eines Abkommens zu regeln.

Als Muster konnten die bereits in Kraft stehenden sogenannten Amtssitzabkommen herangezogen werden, die die Vereinten Nationen, ihre Spezialorganisationen und andere zwischenstaatliche Organisationen mit den jeweiligen Gastländern abgeschlossen haben.

Da das Abkommen von der Generalkonferenz der IAEO genehmigt werden mußte, bestand sowohl auf österreichischer Seite als auf Seite der Organisation Interesse, das Abkommen noch der 1. Generalkonferenz vorzulegen, um einen vertragslosen Zustand bis zur 2. Generalkonferenz zu vermeiden.

Bis zum Abschluß der Konferenz konnte zwar das Abkommen fertiggestellt werden, es war aber nicht möglich, das Gebiet und die Gebäude — den sogenannten Amtssitzbereich — festzulegen, in denen die IAEO ihren ständigen Verwaltungsapparat unterbringen wird. Um nicht den Abschluß des Abkommens wegen dieser Frage bis zur 2. Generalkonferenz, die erst am 22. September 1958 zusammentritt, verzögern zu müssen, wurde vereinbart, den Amtssitzbereich in einem zwischen der österreichischen Bundesregierung und dem zuständigen Organ der IAEO abzuschließenden Zusatzabkommen zu umschreiben (siehe Abschnitt 3 des Abkommens).

Das vorliegende Abkommen zwischen der Republik Österreich und der IAEO über den Amtssitz der IAEO regelt in eingehender Weise den rechtlichen Status, den Schutz und die Versorgung des Amtssitzbereiches sowie die Privilegien und Immunitäten, die der Organisation, ihrem Personal, den Experten und den Vertretern der einzelnen Mitgliedstaaten bei der Organisation zustehen.

Zur Einräumung von Privilegien und Immunitäten an zwischenstaatliche Organisationen und ihr Personal ist die österreichische Bundesregierung auf Grund des Bundesgesetzes über die Einräumung von Privilegien und Immunitäten an zwischenstaatliche Organisationen, BGBl. Nr. 74/1954, in der derzeit geltenden Fassung ermächtigt.

Auf Grund dieses Bundesgesetzes glaubt sich die österreichische Bundesregierung allerdings nur ermächtigt, zwischenstaatlichen Organisationen solche Privilegien und Immunitäten einzuräumen, die nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes solchen Organisationen üblicherweise von allen Mitgliedstaaten zuerkannt werden. Die vom jeweiligen Gastland ein-

zuräumenden Privilegien und Immunitäten gehen aber normalerweise weit darüber hinaus (diesbezüglich sei beispielsweise auf die Abschnitte 5 und 8 sowie Abschnitt 42 hinsichtlich der Vertreter von Organisationen verwiesen).

Es wird sohin das vorliegende Abkommen trotz der Bestimmungen des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 74/1954 als gesetzändernder Staatsvertrag im Sinne des Artikels 50 B.-VG. anzusehen sein und daher der Genehmigung des Nationalrates bedürfen.

Das Abkommen wurde in sechs Originalsprachen, und zwar in Deutsch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch am 11. Dezember 1957 in Wien unterzeichnet. Es wird, da es bereits am 23. Oktober 1957 von der 1. Generalkonferenz genehmigt wurde, nach Genehmigung durch die österreichischen gesetzgebenden Organe und nach Ratifikation durch den Herrn Bundespräsidenten, durch einen Notenwechsel zwischen dem Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten und dem Generaldirektor der IAEO in Kraft gesetzt werden.

II.

Besonderer Teil.

Zum Titel:

Die Republik Österreich brachte von allem Anfang an den Aufgaben und Zielen der IAEO größtes Interesse entgegen, das sich nicht zuletzt in der bereits im Allgemeinen Teil der Erläuternden Bemerkungen erwähnten Einladung der österreichischen Bundesregierung widerspiegelte.

Da die IAEO ihre Tätigkeit gemäß Artikel XXI ihrer Satzung erst nach Ratifikation derselben durch 18 Staaten, einschließlich Frankreichs, Kanadas, der UdSSR, Großbritanniens und der USA aufnehmen konnte, war Österreich bestrebt, durch eine ehestmögliche Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde zu einer baldigen Arbeitsaufnahme durch die Behörde beizutragen.

Wie bereits bei einigen anderen multilateralen Verträgen bestand auch im Fall der Satzung die Absicht, im Einvernehmen mit der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz eine gemeinsame deutschsprachige Übersetzung der Statuten herzustellen. Dies war jedoch vor Genehmigung der Satzung durch die österreichischen gesetzgebenden Organe nicht möglich.

Im August und September 1957 wurde eine gemeinsame deutschsprachige Übersetzung der Satzung von Vertretern Österreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz hergestellt, die auch die Genehmigung der Regierungen der genannten Länder gefunden hat.

Während in der Schweiz die deutschsprachige Bezeichnung „Internationale Atomenergie-Agentur“ verwendet wurde, hatte man in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland die Be-

zeichnung „Internationale Atomenergiebehörde“ gewählt.

Da weder die Schweiz in der Lage war, die Bezeichnung „Behörde“ anzunehmen, noch Österreich und die Bundesrepublik Deutschland sich entschließen konnten, die Bezeichnung „Agentur“ zu verwenden, einigte man sich auf die Bezeichnung „Internationale Atomenergie-Organisation“ (IAEO), wobei von dem ebenfalls authentischen spanischen Text der Satzung, in dem das Wort „organismo“ verwendet wird, ausgegangen wurde.

An Stelle des in der österreichischen Übersetzung verwendeten Ausdruckes „Statuten“ (im englischen Originaltext „statute“ im französischen Originaltext „statut“) einigte man sich auf das Wort „Satzung“.

Diese gemeinsame deutschsprachige Übersetzung der Satzung der IAEO findet nunmehr bereits ihren Niederschlag in dem vorliegenden Amtssitzabkommen, und zwar nicht nur im Titel, sondern an allen Stellen des Abkommens, wo von der IAEO die Rede ist; das Wort „Satzung“ scheint nur in Artikel XI, Abschnitt 27 a (iv), und Artikel VII, Abschnitt 18 a, in Artikel XVI, Abschnitt 42, auf.

Zur Präambel:

In dem Vorspruch kommt die Absicht der vertragschließenden Teile zum Ausdruck, den ständigen Sitz der IAEO in Wien oder in der Umgebung von Wien zu errichten. Diese örtlichen Angaben waren erforderlich, da im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens noch nicht feststand, ob die Behörde im Stadtgebiet von Wien selbst oder außerhalb desselben ihren Verwaltungsapparat unterbringen wird.

Zu Artikel I:

Wenn in umfangreicheren Verträgen einzelne Begriffe mehrfach Verwendung finden, so erweist es sich als zweckmäßig, diese Begriffe zu definieren, um Fehlinterpretationen vorzubeugen. Aus diesem Grunde wurde auch in diesen Vertrag ein eigener Artikel eingeschaltet, der solche Begriffsbestimmungen enthält.

Im besonderen wäre der Begriff „Angestellte der IAEO“ (Abschnitt 1 o) zu erwähnen, der sehr weit gefaßt zu sein scheint. Er umfaßt aber nur den Personenkreis, wie er in Artikel V des Übereinkommens über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen vom 13. Feber 1946, BGBl. Nr. 126/1957, durch den Begriff „Beamte“ umschrieben ist. Da dieser Begriff aber bereits durch die Resolution 76 der 1. Generalversammlung der Vereinten Nationen definiert und bereits durch die Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 1. Oktober 1957, BGBl. Nr. 217, für den österreichischen Rechtsbereich als verbindlich anerkannt worden ist,

wurde diese Definition in das vorliegende Abkommen übernommen.

Zu Artikel II bis VI:

Zur Unterbringung des Verwaltungsapparates zwischenstaatlicher Organisationen werden diesen von den jeweiligen Gastländern Grundstücke, fallweise auch Gebäude, zur Verfügung gestellt. Diese Grundstücke samt allfälligen Gebäuden werden als Amtssitzbereich bezeichnet.

Da die IAEO beschlossen hat, ihren Amtssitz in Wien zu errichten, hat sich auch Österreich durch das vorliegende Abkommen (Abschnitt 3) grundsätzlich verpflichtet, der IAEO einen Amtssitzbereich zur Verfügung zu stellen.

Eine dauernde Verlegung des Amtssitzes von dort ist nur durch Beschluß der IAEO möglich. Eine zeitweilige Verlegung wäre bei Elementarereignissen, Epidemien usw. denkbar (Abschnitt 2 a).

Die räumliche Umschreibung des Amtssitzbereiches ist, wie bereits im Allgemeinen Teil ausgeführt wurde, aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen.

In Abschnitt 3 ist daher vorgesehen, daß die österreichische Bundesregierung ermächtigt wird, diese Umschreibung im Rahmen eines Zusatzabkommens mit der IAEO, das nicht der Genehmigung der österreichischen gesetzgebenden Organe bedarf, vorzunehmen.

Ein solches Zusatzabkommen trägt den praktischen Erfordernissen mehr Rechnung als eine räumliche Umschreibung, die einen Bestandteil des vorliegenden Abkommens bildet, da im letzteren Falle auch bei nur teilweiser Ausdehnung oder Verkleinerung des Amtssitzbereiches neuerlich die Genehmigung der österreichischen gesetzgebenden Organe eingeholt werden müßte.

Diesem Amtssitzbereich wird zwar, ähnlich wie Gebäuden diplomatischer Vertretungsbehörden in Österreich, die Exterritorialität zuerkannt (Abschnitt 7 a), jedoch ist er nach wie vor als österreichisches Staatsgebiet anzusehen.

Die Exterritorialität wirkt sich insbesondere dahingehend aus, daß der Amtssitzbereich unverletzlich ist und österreichische Organe ihn nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Generaldirektors der IAEO betreten und dort Amtshandlungen vornehmen dürfen (Abschnitt 9 a). Die Exterritorialität geht aber ebensowenig wie bei diplomatischen Vertretungsbehörden in Österreich so weit, daß die IAEO Asyl gewähren kann (Abschnitt 9 b).

Der Unterschied zu diplomatischen Vertretungsbehörden in Österreich liegt vor allem darin, daß auf diese die österreichischen Rechtsvorschriften uneingeschränkt anwendbar sind und nur ihre Durchsetzung auf Grund allgemein anerkannter Regeln des Völkerrechtes gehemmt

ist, während gemäß Abschnitt 7 b und c die österreichischen Rechtsvorschriften — abgesehen von Feuer- und Gesundheitsvorschriften (Abschnitt 8 c) — auf die IAEO überhaupt nur insoweit Anwendung finden, als sie nicht mit den von der IAEO auf Grund des Abschnittes 8 erlassenen Vorschriften unvereinbar sind.

Eine solche Regelung ist zwar dem Völkerrecht nicht unbekannt, stellt jedoch ein Novum für die österreichische Rechtsordnung dar.

Nach den Erfahrungen aus dem Amtssitzabkommen zwischen den Vereinten Nationen und den USA vom 26. Juni 1947, in dem eine dem Abschnitt 8 a gleichlautende Bestimmung enthalten ist, kann aber erwartet werden, daß sich die von der IAEO erlassenen Vorschriften insbesondere auf den inneren Dienstbetrieb, die arbeitsmäßigen und sanitären Verhältnisse und auf die Sicherheit und allgemeinen Versorgungseinrichtungen innerhalb des Amtssitzbereiches beziehen werden.

Sollten zwischen der IAEO und der Republik Österreich Meinungsverschiedenheiten darüber auftreten, ob die IAEO zur Erlassung einer Vorschrift gemäß Abschnitt 8 zuständig war, so ist hierüber durch ein Verfahren nach Abschnitt 51 zu entscheiden.

Um die zuständigen österreichischen Behörden über die erlassenen Vorschriften auf dem laufenden zu halten, ist die IAEO verpflichtet, diese Vorschriften bekanntzugeben, sofern es sich nicht um interne Vorschriften der IAEO handelt (Abschnitt 8 b).

Auch hat die Behörde Brandfälle und Epidemien, die im Amtssitzbereich ausbrechen sollten, zu melden.

Um der IAEO zu ermöglichen, technische Einrichtungen (zum Beispiel Reaktoren, Laboratorien usw.) auch außerhalb des eigentlichen Amtssitzbereiches zu errichten, wird ihr durch Abschnitt 6 dieses Recht eingeräumt. Da die Zurverfügungstellung des hierfür erforderlichen Geländes beziehungsweise der erforderlichen Gebäude einem Zusatzabkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der IAEO vorbehalten ist, kann den österreichischen Interessen vollauf Rechnung getragen werden. Darüber hinaus ist aber auch gewährleistet, daß die Forschungs- und anderen technischen Einrichtungen der IAEO, unabhängig davon, ob sie im Amtssitzbereich oder außerhalb desselben errichtet werden, keine Gefahr für Gesundheit, Sicherheit und Vermögen der Bevölkerung mit sich bringen (Abschnitt 5), da diese Einrichtungen entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen unterliegen, die im Einvernehmen mit den österreichischen Behörden festzulegen sind.

Während, wie oben ausgeführt, eine Einbeziehung in den Amtssitzbereich gemäß Abschnitt 6 nicht nur einer Vereinbarung über die räumliche Abgrenzung, sondern auch einer sol-

chen über die Anwendung der Bestimmungen dieses Abkommens auf das in Frage stehende Gebiet bedarf, ist bei einer vorübergehenden Einbeziehung von Gebäuden in den Amtssitzbereich gemäß Abschnitt 2 b nur der räumliche Geltungsbereich zwischen der österreichischen Bundesregierung und der IAEO festzulegen. Die Bestimmungen des Amtssitzabkommens finden auf diese Gebäude für die Dauer ihrer Zurverfügungstellung an die IAEO unmittelbar Anwendung.

Sowohl hinsichtlich des Amtssitzbereiches selbst, als auch der Gebäude im Sinne des Abschnittes 2 b ist Österreich verpflichtet:

1. dafür zu sorgen, daß die Tätigkeit der IAEO nicht durch einzelne Personen oder durch Personengruppen, die sich außerhalb des Amtssitzbereiches oder in dessen Umgebung aufhalten, gestört wird (Abschnitt 10 a).

2. Auf Wunsch des Generaldirektors der IAEO Hilfe zu leisten, falls die Ruhe und Ordnung innerhalb des Amtssitzbereiches gestört werden sollte (Abschnitt 10 b).

Die zur Erfüllung dieser Aufgaben eingesetzten österreichischen Organe bleiben den Weisungen ihrer Vorgesetzten unterworfen und haben im Einklang mit den österreichischen Rechtsvorschriften ihre Tätigkeit auszuüben.

Abschnitt 11 sieht für den Amtssitzbereich vor, daß seine „Annehmlichkeiten“ nicht beeinträchtigt werden sollen, wobei unter Annehmlichkeiten unter anderem die Lage und das Landschaftsbild zu verstehen ist und das vorhandene Maß an Lärm- und Geruchsbelästigung nicht überschritten werden soll.

Die österreichischerseits eingegangene Verpflichtung gilt in gleicher Weise auch für die IAEO.

Auf dem Gebiet der Nachrichtenübermittlung durch zwischenstaatliche Organisationen hat sich der Grundsatz herausgebildet, zwischenstaatliche Organisationen in gleicher Weise zu behandeln wie diplomatische Vertretungsbehörden. Demgemäß sind die amtlichen Nachrichten, die die IAEO auf welchem Wege und in welcher Form auch immer empfängt oder versendet, von jeder Zensur ausgenommen (Abschnitt 15). Auch die Veröffentlichungen der IAEO sind, wie das Wort „unbehindert“ in Abschnitt 18 a zum Ausdruck bringt, von der Zensur befreit und unterliegen nicht den Ordnungsvorschriften des 3. Abschnittes des Bundesgesetzes über die Presse vom 7. April 1922, BGBl. Nr. 218, in der derzeit geltenden Fassung. Die bevorzugte Behandlung bei der Übermittlung und Vergebührung der Nachrichten der IAEO (Abschnitt 13) verpflichtet Österreich derzeit nur zu einer den diplomatischen Vertretungen bereits international zukommenden bevorzugten Reihung der Telegramme als Staatstelegramme und der Ferngespräche als Staatsgespräche.

Zur weiteren Erleichterung der Nachrichtenübermittlung durch die IAEO wird die österreichische Bundesregierung der IAEO die Errichtung und den Betrieb eigener Funk- und sonstiger Fernmeldeanlagen bewilligen, um ihr dadurch die Einschaltung in das Kurzwellennetz der Vereinten Nationen zu ermöglichen (Abschnitt 4 a).

Diese Bewilligung kann sowohl im Hinblick auf Artikel III A 6 der Satzung der IAEO, wonach die Organisation ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen ausüben soll, als auch im Hinblick auf die Tatsache erteilt werden, daß die Errichtung dieser Anlage und ihr Betrieb erst auf Grund technischer Abmachungen mit dem Weltnachrichtenverein, dessen Mitglied Österreich ist, ermöglicht wird.

Sollte die IAEO über diese Funkverbindungen hinaus noch weitere Funk- und andere Fernmeldeanlagen errichten und betreiben wollen, so ist dies erst auf Grund eines zwischen der österreichischen Bundesregierung und der IAEO abzuschließenden Zusatzabkommens möglich (Abschnitt 4 b).

Die Bestimmungen des Abschnittes 14, wonach die IAEO zu bevorzugten Sätzen Personen und Frachten auf den Österreichischen Bundesbahnen befördern kann, wird erst dann anwendbar sein, wenn die gesamte österreichische staatliche Verwaltung besondere Tarife auf den Österreichischen Bundesbahnen zugestanden erhalten sollte.

Für die Tätigkeit der IAEO im Amtssitzbereich ist es unerlässlich, daß dieser mit den notwendigen öffentlichen Einrichtungen ausgestattet ist und diese auch entsprechend unterhalten, beziehungsweise daß die notwendigen Dienstleistungen österreichischerseits erbracht werden. Die Republik Österreich hat sich daher hiezu in Abschnitt 12 verpflichtet. Die IAEO ihrerseits wird, wie auch die diplomatischen Vertretungsbehörden in Österreich, für diese Einrichtungen und Dienstleistungen Zahlungen zu leisten haben (Abschnitt 22 b, letzter Satz).

Die Einrichtung zusätzlicher öffentlicher Verkehrsmittel wird nur dann erforderlich sein, wenn die derzeit bestehenden und zum Amtssitzbereich führenden Linien nicht ausreichen sollten. Die Frage der Kosten der Einrichtung neuer Linien bleibt Besprechungen mit der IAEO vorbehalten.

Die im Abschnitt 12 d vorgesehene Wärmezufuhr wird erst dann Bedeutung erlangen, wenn in Wien einmal die öffentliche Hand Fernheizwerke baut, die auch den Amtssitzbereich der IAEO beliefern.

Zu Artikel VII:

Wie andere zwischenstaatliche Organisationen handelt auch die IAEO durch ihre Organe. Es

war daher notwendig, ihr den Status einer juristischen Person einzuräumen (Abschnitt 16).

Die von der IAEO veranstalteten Tagungen unterliegen nicht der Genehmigung der österreichischen Behörden. Wenn diese Tagungen für einen Ort außerhalb des Amtssitzbereiches einberufen werden, ist hierfür die Zustimmung der österreichischen Bundesregierung oder der von ihr bezeichneten österreichischen Behörde erforderlich. Alle Tagungen sind in jeder Weise gegen Störungen zu sichern (Abschnitt 17 b), wobei die zuständigen österreichischen Behörden erforderlichenfalls Schutzmaßnahmen, wie sie in Abschnitt 10 vorgesehen sind, zu ergreifen haben werden.

Auf die Bedeutung des Abschnittes 18 wurde bereits im Zusammenhang mit der Zensurbefreiung der IAEO (Abschnitt 15) hingewiesen.

Zu Artikel VIII und IX:

Nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes sind die Staaten in Ausübung ihrer Hoheitsrechte und das von ihnen für diese Zwecke verwendete Eigentum von jeder Zwangsmaßnahme (zum Beispiel Requisition, Enteignungen) sowie von jeder Form von Besteuerung durch andere Staaten befreit.

Da zwischenstaatliche Organisationen von der modernen völkerrechtlichen Lehre und Praxis als Staatenverbindungen mit eigener Rechtspersönlichkeit angesehen werden, stehen ihnen auf dem Gebiet ihrer Mitgliedstaaten ähnliche Privilegien und Immunitäten zu, wie sie sich die Staaten untereinander gewähren.

Diese von der Völkerrechtslehre entwickelten Grundsätze haben ihren Niederschlag bereits in sämtlichen bisher abgeschlossenen multilateralen Abkommen, mit denen Privilegien und Immunitäten an zwischenstaatliche Organisationen eingeräumt werden, und in den Amtssitzabkommen gefunden.

Auch das vorliegende Abkommen enthält derartige Privilegien und Immunitäten für die IAEO und ihr Eigentum, wobei der Begriff Eigentum, wie er in Artikel VIII verwendet wird, gemäß seiner Definition in Abschnitt 1 p auch Sachen und Rechte einschließt, die nur in der Innehabung und der Verwaltung der IAEO stehen. Er ist somit umfassender als in den österreichischen Rechtsvorschriften, insbesondere im ABGB.

Es ist jedoch nach zwischenstaatlicher Praxis zu erwarten, daß österreichische Wünsche hinsichtlich der Abtretung von Teilen des Amtssitzbereiches wohlwollend geprüft werden, falls es das allgemeine Beste erheischen sollte.

Auch hinsichtlich der Besteuerung wurden der IAEO und ihrem Eigentum — von den eingangs erwähnten Grundsätzen ausgehend — Befreiungen und Erleichterungen eingeräumt. Diese Befreiungen gelten jedoch nicht für Eigentümer

oder Bestandsgeber des von der IAEO in Bestand genommenen Eigentums (Abschnitt 22 a), dagegen sind alle Rechtsgeschäfte, an denen die IAEO beteiligt ist und alle Urkunden hierüber von allen Abgaben befreit (Abschnitt 22 c).

Da aber im Hinblick auf das in Österreich geltende Umsatzsteuerrecht ein Abzug der Umsatzsteuer bei der Entrichtung des Kaufpreises nicht durchführbar erscheint, werden der IAEO diese Steuer und andere indirekten Steuern in Anlehnung an das Amtssitzabkommen zwischen der Französischen Republik und der UNESCO in Form von Pauschalbeträgen rückvergütet. Die Höhe dieser Pauschalbeträge wird jeweils einvernehmlich zwischen den zuständigen österreichischen Behörden und der IAEO festgelegt werden (Abschnitt 22 b).

Die in Abschnitt 23 vorgesehenen Erleichterungen entsprechen im wesentlichen den einschlägigen Bestimmungen, wie sie üblicherweise zwischen zwischenstaatlichen Organisationen und ihrem jeweiligen Gastland in Amtssitzabkommen aufgenommen werden. Obgleich infolge der seit Jahren bestehenden Stabilität des Schillings und der günstigen Entwicklung der valutarischen Bestände der Oesterreichischen Nationalbank auf dem Gebiete der Devisenbewirtschaftung in Österreich weitreichende Lockerungen Platz gegriffen haben, müssen aus gesamtwirtschaftlichen Gründen weiterhin noch gewisse Beschränkungen und Kontrollen im Zahlungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland generell aufrechtbleiben.

Der IAEO wird grundsätzlich Transferfreiheit, Konvertierbarkeit ihrer Währungsbestände sowie das Recht der Kapitalbeschaffung — in Österreich jedoch nur mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung — eingeräumt, wobei die IAEO anerkennt, daß jene Schillingbeträge, die nicht durch den Verkauf frei konvertierbarer Währungen — derzeit US-Dollar, Kanadische Dollar und freie Schweizer Franken — erworben werden, beim Transfer in andere Währungen den gleichen divisenrechtlichen Beschränkungen unterliegen, wie sie gegenwärtig nach den inländischen Rechtsvorschriften für den Transfer von Schilling in andere Währungen allgemein gelten.

Dementsprechend hat auch der Gouverneursrat zur Kenntnis genommen, daß entsprechend den für zwischenstaatliche Organisationen geltenden Gepflogenheiten die IAEO bei der Entgegennahme von Mitgliedsbeiträgen in Schilling auf die Art der Beschaffung solcher Schillingbeträge durch die Mitgliedstaaten der IAEO keinen Einfluß nehmen wird. Dadurch ist die österreichische Devisenhoheit bei allen derartigen Transaktionen gewahrt.

Zu Artikel X:

In Anbetracht der weltweiten Tätigkeit zwischenstaatlicher Organisationen ist es diesen

nicht möglich, ihr Personal bei den zuständigen Sozialversicherungsträgern des Gastlandes zu versichern.

Die IAEO wird daher ebenso wie andere zwischenstaatliche Organisationen entweder einen unter ihrer Aufsicht geführten Pensions- und Fürsorgefonds einrichten oder sich an den Pensionsfonds der Vereinten Nationen anschließen.

Die Zugehörigkeit zu diesen Sozialversicherungseinrichtungen der IAEO ist obligatorisch. Sollte jedoch aus welchen Gründen immer die Teilnahme eines Angestellten der IAEO an deren Sozialversicherungseinrichtung nicht möglich sein, so werden diese Personen bei den sonst für sie zuständigen österreichischen Sozialversicherungsträgern zu versichern sein (Abschnitt 26).

Die Bestimmungen dieses Artikels gehen über die einschlägigen österreichischen Rechtsvorschriften hinaus, und zwar hinsichtlich der Begründung der Rechtspersönlichkeit der Pensions- und Fürsorgefonds der IAEO (Abschnitt 24) sowie des Ausschlusses österreichischer Staatsbürger von der Sozialversicherungspflicht bei österreichischen Sozialversicherungsträgern einerseits (Abschnitt 25) und der möglichen Einbeziehung von Angestellten der IAEO, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, in die österreichische Sozialversicherung andererseits (Abschnitt 26).

Zu Artikel XI:

Die seitens der Republik Österreich eingegangene Verpflichtung zur Erleichterung der Einreise für die in Abschnitt 27 erschöpfend aufgezählten Personen und Personengruppen befreit nicht von der Visumpflicht, soweit eine solche noch besteht. Allenfalls erforderliche Visa sind jedoch gebührenfrei auszustellen (Abschnitt 27 c).

Besonders hinzuweisen ist auf den Unterschied zwischen den in Abschnitt 27 a (iv), (v) und (ix) genannten Personen, der darin besteht, daß die in Ziffer (iv) erwähnten Angestellten Organisationen angehören, mit denen die IAEO bereits Verträge über die Zusammenarbeit abgeschlossen hat, während die Vertreter im Sinne von Ziffer (v) Organisationen angehören, die zwar noch nicht in einem Vertragsverhältnis zur IAEO stehen, aber doch schon mit der IAEO zusammenarbeiten. Die in Ziffer (ix) genannten Personen vertreten Organisationen, die mit der IAEO erst im Sinne von Ziffer (v) oder (iv) in Verbindung gebracht werden sollen.

Die Ausweisung der in Abschnitt 27 a genannten Personen aus der Republik Österreich kann nur auf Grund des in Abschnitt 27 e vorgesehenen Verfahrens erfolgen. Dieses Verfahren hindert aber die österreichischen Gerichte und Verwaltungsbehörden nicht, auf Grund eines in den österreichischen Rechtsvorschriften begründeten Verfahrens die Ausweisung (Landesver-

weisung, Abschaffung, Aufenthaltsverbot) aus dem Bundesgebiet auszusprechen. Die Vollziehung einer solchen Ausweisung ist allerdings erst nach Durchführung des in Abschnitt 27 e vorgesehenen Verfahrens zulässig.

Um vorzubeugen, daß die Begünstigungen des Abschnittes 27 von nicht berechtigten Personen in Anspruch genommen werden, gibt lit. f dieses Abschnittes den zuständigen österreichischen Behörden die Möglichkeit, einen ausreichenden Nachweis über das Zutreffen der in lit. a geforderten Qualifikationen zu verlangen.

Falls auch andere als in Abschnitt 27 genannte Personen den Amtssitzbereich zu besuchen wünschen, werden ihnen auf Wunsch der IAEO allfällig erforderliche Erleichterungen für die Einreise nach Österreich gewährt werden (Abschnitt 28).

Zu Artikel XII und XIII:

Die Schaffung zwischenstaatlicher Organisationen seit dem letzten Weltkrieg und ihre ständig zunehmende Bedeutung bewog die einzelnen Mitgliedstaaten, ständige Vertreter bei diesen Organisationen zur Aufrechterhaltung eines laufenden Kontaktes zu ernennen. Da diese Vertreter Aufgaben zu erfüllen haben, die von denen diplomatischer Vertreter nicht wesentlich verschieden sind, ist es verständlich, daß sich die Übung herausgebildet hat, diesen Vertretern auch die diplomatischen Privilegien und Immunitäten zu gewähren. Diese Übung und auch die Überlegung, daß die höchsten Exekutivorgane zwischenstaatlicher Organisationen — im Falle der IAEO die Mitglieder des Gouverneursrates — nicht schlechter gestellt werden können als die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, fanden in den verschiedenen Amtssitzabkommen und so auch in dem vorliegenden Abkommen ihren Niederschlag (Abschnitt 30).

Zu Artikel XIV:

Zum Unterschied von den ständigen Vertretern haben die unter diesen Artikel fallenden Personen die Interessen ihrer Heimatstaaten nur anlässlich von Konferenzen, Tagungen oder sonstigen Zusammenkünften der IAEO oder eines ihrer Organe wahrzunehmen. Um die unbehinderte Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten, mußten auch ihnen und ihrem Personal gewisse Privilegien und Immunitäten gewährt werden (Abschnitte 33, 34 und 35).

Die in Abschnitt 33 e genannten Einwanderungsbeschränkungen und die Ausländerregistrierung sind in der österreichischen Rechtsordnung nicht vorgesehen. Durch die Bestimmungen dieses Abschnittes sind die begünstigten Personen jedoch nicht von der polizeilichen Melde-

pflicht gemäß den einschlägigen österreichischen Rechtsvorschriften befreit.

Besondere Bedeutung kommt Abschnitt 36 zu, wonach die gemäß Artikel XIII und XIV gewährten Privilegien und Immunitäten von dem Heimatstaat jener Personen aufzuheben sind, denen die Immunitäten ungerechtfertigterweise Schutz vor Maßnahmen der österreichischen Justiz- und Verwaltungsbehörden bieten.

Um den zuständigen österreichischen Behörden die Aufgabe zu erleichtern, festzustellen, inwieweit einer Person Privilegien und Immunitäten zustehen, wird das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, auf Grund von Namenslisten, die die IAEO zur Verfügung stellt, ähnliche Identitätsausweise ausstellen, wie sie für die Angehörigen des diplomatischen und konsularischen Corps ausgegeben werden. Diesen Ausweisen kommt keine konstitutive Wirkung zu (Abschnitt 37).

Zu Artikel XV:

In den Satzungen zwischenstaatlicher Organisationen ist jeweils vorgesehen, daß den Angestellten der Organisationen jene Privilegien und Immunitäten zustehen, die ihnen gestatten, ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit auszuüben. Die Festlegung dieser Privilegien und Immunitäten bleibt jeweils einem besonderen diesbezüglichen Abkommen zwischen der betreffenden Organisation und ihren Mitgliedstaaten vorbehalten.

Üblicherweise wird zu diesem Zweck ein multilaterales Abkommen ausgearbeitet (siehe das Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen vom 13. Februar 1946, BGBl. Nr. 126/1957, das Allgemeine Abkommen über die Privilegien und Immunitäten des Europarates vom 2. September 1949, BGBl. Nr. 127/1957 usw.).

Darüber hinaus räumt aber der Staat, in dem die betreffende zwischenstaatliche Organisation ihren Sitz hat, den Angestellten noch weitere Privilegien und Immunitäten ein (siehe unter anderem das Amtssitzabkommen zwischen den Vereinten Nationen und den USA, das Amtssitzabkommen zwischen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der Republik Italien, das Amtssitzabkommen zwischen der UNESCO und der Französischen Republik).

Da auch die Satzung der IAEO (Artikel XV) die Gewährung von Privilegien und Immunitäten an ihre Angestellten vorsieht, hat die Republik Österreich als Gastland der IAEO unter Zugrundelegung der bereits in Kraft stehenden Amtssitzabkommen durch das vorliegende Abkommen den Angestellten der IAEO Privilegien und Immunitäten eingeräumt (Abschnitt 38).

Um der gesteigerten Verantwortlichkeit der höher- und höchstrangigen Angestellten zwischenstaatlicher Organisationen gebührend Rechnung zu tragen, werden diesen üblicherweise und daher auch in diesem Abkommen diplomatische Privilegien und Immunitäten eingeräumt (Abschnitt 39), wobei als Untergrenze der Dienstgrad P-5 angenommen wurde (das entspricht dem Range eines Legationsrates im diplomatischen Dienst). Sollten bestimmte Gruppen von Angestellten, die einen niedrigeren Rang als P-5 bekleiden, besonders verantwortungsvolle Aufgaben zu erfüllen haben, können den Angehörigen dieser Gruppen mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung ebenfalls diplomatische Privilegien und Immunitäten eingeräumt werden.

Alle diese Privilegien und Immunitäten werden den Begünstigten aber nur im Interesse der IAEO und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die IAEO ist daher gehalten, jeden Mißbrauch von Privilegien und Immunitäten zu verhindern. Sie wird darüber hinaus die Immunität aufheben, sofern eine solche Aufhebung ihre Interessen nicht beeinträchtigt (Abschnitt 40).

Für die Ausstellung der Identitätsausweise gilt das bereits zu Abschnitt 37 Gesagte.

Zu Artikel XVI:

Allen jenen Personen, die Aufgaben für die IAEO zu erfüllen haben, aber nicht unter die Artikel XIII bis XV subsumiert werden können, sowie den Vertretern der Organisationen, die von der Generalkonferenz oder vom Gouverneursrat der IAEO in den Amtssitzbereich eingeladen werden, stehen auf Grund des Abschnittes 42 die gleichen Privilegien und Immunitäten zu, wie sie in Abschnitt 33 den Vertretern von Mitgliedstaaten bei der IAEO eingeräumt werden. Für die Frage, was unter Vertretern von Organisationen zu verstehen ist, sind die Erläuterungen zu Artikel XI, Abschnitt 27, maßgebend.

Auch in diesem Artikel ist die allfällige Aufhebung von Privilegien und Immunitäten (Abschnitt 43 b) und die Ausstellung von Identitätsausweisen vorgesehen (Abschnitt 44).

Zu Artikel XVII:

Die von den Vereinten Nationen herausgegebenen Laissez-Passers sind von der Republik Österreich bereits durch den Beitritt Österreichs zum Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Spezialorganisationen der Vereinten Nationen, BGBl. Nr. 248/1950, und zum Übereinkommen über die Privilegien und Immunitäten der Vereinten Nationen, BGBl. Nr. 126/1957, anerkannt worden (siehe Abschnitte 27 bzw. 24 der zitierten Übereinkommen).

Zu Artikel XVIII:**Abschnitte 46 und 47:**

Die Republik Österreich hat mit dem Inkrafttreten des Bundesverfassungsgesetzes vom 26. Oktober 1955, BGBl. Nr. 211, über die immerwährende Neutralität Österreichs, eine Reihe von Verpflichtungen übernommen. Sie ist darüber hinaus auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes für alle Akte verantwortlich, die vom österreichischen Staatsgebiet aus gegen einen anderen Staat unternommen werden. Da Österreich aber als Mitgliedstaat in den beschlußfassenden Organen der IAEO überstimmt werden und durch die Privilegien und Immunitäten, die der IAEO und ihren Angestellten zukommen, auch nicht unmittelbar auf Handlungen und Unterlassungen der IAEO und ihrer Angestellten einwirken kann, mußte es vorsorglich — dem Beispiel der Schweiz folgend — die völkerrechtliche Verantwortlichkeit für solche Handlungen und Unterlassungen ablehnen (Abschnitt 46).

Darüber hinaus mußte das Recht der österreichischen Bundesregierung gewahrt bleiben, Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit der Republik Österreich zu ergreifen. Nur in jenen Fällen, in denen derartige Maßnahmen die Tätigkeit der IAEO beeinflussen sollten, wird die österreichische Bundesregierung das Einvernehmen mit der IAEO zu pflegen haben. Die IAEO ist auch ihrerseits verpflichtet, mit der österreichischen Bundesregierung das Einvernehmen zu pflegen, um eine allfällige, aus ihrer Tätigkeit entspringende Beeinträchtigung der Sicherheit der Republik Österreich zu vermeiden (Abschnitt 47).

Zu Abschnitt 48 a und b:

In Ergänzung zu den Verpflichtungen der IAEO gemäß den Abschnitten 40 a und 43 a wird die IAEO durch Erlassung entsprechender Richtlinien und Vorschriften Vorsorge treffen, daß mit den ihren Angestellten und anderen in Betracht kommenden Personen eingeräumten Privilegien und Immunitäten kein Mißbrauch getrieben wird.

Liegt nach Ansicht der österreichischen Bundesregierung in einem Einzelfall ein solcher Mißbrauch vor, so wird sie hierüber mit dem Generaldirektor der IAEO Verbindung aufnehmen. Sollte der Generaldirektor der IAEO die Ansicht der österreichischen Bundesregierung nicht teilen können, so ist zur objektiven Beurteilung des Falles ein Verfahren gemäß Abschnitt 51 des vorliegenden Abkommens durchzuführen.

Zu Abschnitt 48 c:

Durch diese Bestimmung ist Österreich nur verhalten, die in den Abschnitten 25 und 26

(Befreiung von der Sozialversicherungspflicht), 38 lit. d (Steuerfreiheit der Bezüge von der IAEO) und 38 lit. g (Befreiung vom nationalen Dienst unter bestimmten Voraussetzungen) eingeräumten Privilegien und Immunitäten auch österreichischen Staatsbürgern und Staatenlosen mit ständigem Wohnsitz in Österreich zu gewähren.

Diese Privilegien und Immunitäten stellen ein Minimum dar, um zu gewährleisten, daß von der IAEO auch österreichische Staatsbürger und ihnen in Österreich weitgehend gleichgestellte Staatenlose mit ständigem Aufenthalt in Österreich als Angestellte aufgenommen werden. Allgemein anerkannte Regeln des Völkerrechtes, derart, daß ein Staat verpflichtet wäre, seinen eigenen Staatsangehörigen Privilegien und Immunitäten einzuräumen, bestehen derzeit nicht. Die Privilegien und Immunitäten an Österreicher und ihnen gleichgestellten Personen werden daher lediglich im Rahmen der ausdrücklich angeführten Abschnitte gewährt werden.

Zu Artikel XIX:

Wenn auch in zahlreichen Bestimmungen des vorliegenden Abkommens der Abschluß von Zusatzabkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der IAEO vorgesehen ist, so wird doch erst im Zuge der Durchführung dieses Abkommens die Notwendigkeit des Abschlusses noch weiterer Zusatzabkommen zutage treten. In einer generellen Klausel ist daher der Abschluß solcher Zusatzabkommen vorgesehen worden (Abschnitt 49 a).

Da aber bei anderen Verträgen die Erfahrung gemacht werden mußte, daß über das Verhältnis zwischen einem Grundabkommen und seinen Zusatzabkommen keine einheitliche Auffassung besteht, sind durch die Bestimmung des Abschnittes 49 b die Beziehungen zwischen derartigen Abkommen eindeutig geregelt worden. Dieser Regelung unterliegen auch jene Abkommen, deren Bestimmungen im Wege eines auf der Meistbegünstigungsklausel basierenden Zusatzabkommens auf die IAEO Anwendung finden (Abschnitt 49 c).

Meinungsverschiedenheiten zwischen der Republik Österreich und der IAEO, die über die Auslegung oder Anwendung des vorliegenden Abkommens, sowie allfälliger Zusatzabkommen und Fragen im Zusammenhang mit dem Amtsbereich und dem Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der IAEO auftreten sollten und nicht auf anderem Wege beigelegt werden können, sind dem in Abschnitt 51 vorgesehenen Schiedsgericht zu unterbreiten.

Das Schiedsgericht wird sich bei der Beurteilung einer solchen Meinungsverschiedenheit von den üblichen Auslegungsregeln zwischenstaatlicher Verträge, der historischen Entwicklung allfälliger in Frage kommender Bestimmungen des vor-

liegenden Abkommens sowie von dem in Abschnitt 52 c festgelegten Grundsatz leiten lassen müssen.

Streitigkeiten privatrechtlichen Charakters, in denen die IAEO oder einer ihrer Angestellten, der diplomatische Privilegien und Immunitäten im Sinne des Abschnittes 39 genießt, Partei ist, werden gemäß einem von der IAEO festzulegenden Verfahren beigelegt werden (Abschnitt 50). Dieses Verfahren kommt aber nur dann zur An-

wendung, wenn die IAEO nicht auf die ihr oder den in Abschnitt 39 genannten Personen zustehenden Privilegien und Immunitäten für den Einzelfall verzichtet.

Für das Außerkrafttreten des vorliegenden Abkommens gelten neben den in Abschnitt 52 c angeführten Gründen auch jene, die nach den allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes für das Außerkrafttreten eines völkerrechtlichen Vertrages maßgebend sind.